



# Regionale Armutsstudien in Ostösterreich

BIRKE Peter

Diplomarbeit

Wirtschaftsuniversität Wien

Wien, 2006

# Inhaltsverzeichnis

<b>Tabellenverzeichnis .....</b>	<b>3</b>
<b>Abbildungsverzeichnis .....</b>	<b>5</b>
<b>1 Einleitung .....</b>	<b>6</b>
<b>2 Methodik und begriffliche Abgrenzungen .....</b>	<b>8</b>
<b>3 Begriffsklärungen zur Armutsforschung .....</b>	<b>11</b>
3.1 Definitionen und Armutskonzepte .....	11
3.2 Indikatoren und Armutsmessung .....	13
<b>4 Geografische und demografische Beschreibung Ostösterreichs .....</b>	<b>20</b>
<b>5 Regionale Armutsstudien in Ostösterreich .....</b>	<b>28</b>
<b>5.1 Klassifikation der Armutsstudien .....</b>	<b>28</b>
5.1.1 Forschungsinhalte und Ziele.....	30
5.1.2 Erhebungsgebiete.....	32
5.1.3 Erscheinungsjahr .....	35
5.1.4 Erhebungszweck und Auftraggeber.....	37
5.1.5 Maßgrößen und Armutdefinitionen .....	40
5.1.6 Datengrundlagen .....	44
5.1.7 Erhebungsmethoden .....	48
5.1.8 Grundgesamtheiten .....	52
5.1.9 Stichproben.....	55
<b>5.2 Analyse der Armutsstudien .....</b>	<b>58</b>
5.2.1 Mayer: Lager 56.....	58
5.2.2 IFES: Der subjektive und objektive Lebensrahmen alter Menschen in Niederösterreich.....	61
5.2.3 Hauder: Die Wohnverhältnisse der Ausgleichszulagenbezieher in Oberösterreich .....	63
5.2.4 Steiermärkische Landesregierung (Hg.): Armut in der Wohlstandsgesellschaft .....	65
5.2.5 Hoffmann/Zenta/Hexel: Arm sein in Österreich .....	68
5.2.6 Seckauer: Verwaltete Armut in Wels .....	70
5.2.7 Dornmayr: Offene Sozialhilfe.....	71
5.2.8 Planer/Weitzer: Wohnungslose Frauen .....	73
5.2.9 Bacher (Hg.): Handlungsfelder kommunaler Sozialpolitik. ....	75
5.2.10 Stelzer-Orthofer: Armut und Zeit.....	77
5.2.11 Gartner/Müllner: Wohnsituation von Ausländer/innen in Graz.....	81
5.2.12 Höpfl/Stelzer-Orthofer/Kober: Die bedürftige Wohlstandsgesellschaft .....	84
5.2.13 Pass: Inanspruchnahme des Mutter-Kind-Passes.....	86
5.2.14 Dorfbauer: „Hilfe zur Arbeit“ .....	88
5.2.15 ÖBIG: Soziale Ungleichheit und Gesundheit.....	91
5.2.16 Wukounig: Pensionsbezieher/innen und Umgang mit Krankheit.....	94

<b>5.3 Weitere Studien mit regionalen Bezügen .....</b>	<b>97</b>
<b>6 Zusammenfassung .....</b>	<b>102</b>
<b>7 Literaturverzeichnis .....</b>	<b>105</b>
<b>Anhang.....</b>	<b>111</b>

# Tabellenverzeichnis

Tabelle 1.: Schema der Armutslagen.....	17
Tabelle 2.: Nichtmonetäre Indikatoren EU-SILC 2003 .....	18
Tabelle 3.: Bundesländer und Einwohnerzahlen (2003).....	20
Tabelle 4.: Gemeinden Ostösterreichs mit über 20.000 Einwohnern (2001) .....	21
Tabelle 5.: Landwirtschaftliche Nutzung Ostösterreichs (2004) .....	22
Tabelle 6.: Beschäftigte im primären Sektor pro Bundesland (2001) .....	23
Tabelle 7.: Land- und forstwirtschaftliche Arbeitskräfte (1999) .....	23
Tabelle 8.: Sozialhilfebezieher der Bundesländer (2002).....	24
Tabelle 9.: Pensionisten und Ausgleichszulagenempfänger (2003).....	25
Tabelle 10.: Netto-Äquivalenzeinkommen (2003) .....	26
Tabelle 11.: Anteile an Wohnungen (Hauptwohnsitze) nach Ausstattungskategorien und Bundesländern (2001).....	27
Tabelle 12.: Analyisierte Studien zu Armut .....	29
Tabelle 13.: Forschungsinhalte und Ziele der analysierten Studien .....	31
Tabelle 14.: Analyisierte Studien nach Bundesland.....	33
Tabelle 15.: Anzahl der analysierten Studien pro Bundesland .....	34
Tabelle 16.: Analyisierte Studien nach Erscheinungsjahr .....	36
Tabelle 17.: Auftraggeber der analysierten Studien.....	37
Tabelle 18.: Erhebungszweck und Forschungsinstitution der analysierten Studien .....	39
Tabelle 19.: Maßgrößen für Armut der analysierten Studien.....	41
Tabelle 20.: Armutsdefinitionen der analysierten Studien .....	42
Tabelle 21.: Datenherkunft der analysierten Studien .....	45
Tabelle 22.: Methoden der Datengewinnung der analysierten Studien .....	50
Tabelle 23.: Art und Betrachtungsweise der analysierten Studien.....	52
Tabelle 24.: Grundgesamtheiten der analysierten Studien .....	54
Tabelle 25.: Stichprobenauswahlverfahren der analysierten Studien.....	56
Tabelle 26.: Stichprobengrößen der analysierten Studien .....	57
Tabelle 27.: Korrelationsmatrix (Studie 1).....	60
Tabelle 28.: IFES-Studien 1960er Jahre.....	61
Tabelle 29.: Umfang und Struktur der Stichprobe (Studie 2) .....	62
Tabelle 30.: Wohnungsaufwand der AZ-Bezieher (Studie 3) .....	64
Tabelle 31.: Verteilung der Haushalte/Personen in der Stichprobe (Studie 4).....	66

<b>Tabelle 32.: Verteilung der Sozialhilfeempfänger auf Problemgruppen (Studie 9).....</b>	<b>76</b>
<b>Tabelle 33.: Cluster der Sozialhilfeempfänger (Studie 10).....</b>	<b>80</b>
<b>Tabelle 34.: Stichprobenrepräsentativität Ausländer in Graz (Studie 11).....</b>	<b>83</b>
<b>Tabelle 35.: Altersverteilung der Stichprobe (Studie 13).....</b>	<b>87</b>
<b>Tabelle 36.: Monatliche Nettohaushaltseinkommen der Stichprobe (Studie 13).....</b>	<b>87</b>
<b>Tabelle 37.: Versichertenstatus nach der Sozialhilfearbeit (Studie 14).....</b>	<b>90</b>
<b>Tabelle 38.: Rezeptgebührenbefreite Hauptversicherte der OÖGKK (Studie 15).....</b>	<b>93</b>
<b>Tabelle 39.: Stichprobenverteilung (Studie 16).....</b>	<b>96</b>
<b>Tabelle 40.: Weitere Studien mit regionalen Bezügen zu Ostösterreich .....</b>	<b>98</b>

# Abbildungsverzeichnis

<b>Abbildung 1.: Abstieg in die Sozialhilfe: Dynamische Betrachtungsweise durch zeitdiskretes Erhebungsdesign mit Paneldaten (Studie 10).....</b>	<b>79</b>
<b>Abbildung 2.: Abstieg in die Sozialhilfe: Dynamische Betrachtungsweise durch zeitkontinuierliches Erhebungsdesign mit Ereignisdaten (Studie 10).....</b>	<b>79</b>

# 1 Einleitung

Armut in der österreichischen Gesellschaft ist ein äußerst vielschichtiges Problem. Wann immer Armut den Gegenstand einer Untersuchung bildet, wird das Ausmaß von Armut erhoben, werden spezifische, von Armut betroffene oder armutsgefährdete Gruppen lokalisiert oder bestimmte Aspekte von Armut erhoben. Meist geschieht dies bundesweit, um zu Ergebnissen zu kommen, die repräsentativ für ganz Österreich sind. Oft ist aber die kleinräumigere Perspektive sinnvoller, um der Armutproblematik gerecht zu werden. In Österreich wurde eine Reihe von Untersuchungen zu Armut und Armutsgefährdung durchgeführt, die auf regionalen Daten basierten, regionale Besonderheiten oder Zielgruppen zum Gegenstand hatten oder auf andere Weise einen regionalen Bezug herstellten.

Ziel dieser Arbeit ist die möglichst vollständige Erfassung, Beschreibung und Klassifikation von Studien zu Armut und Armutsgefährdung mit regionalen Bezügen zu Ostösterreich. Der geografische Bezug ist genau abgegrenzt und umfasst die österreichischen Bundesländer Burgenland, Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark. Bei der Auswahl wurde besonderes Augenmerk auf den regionalen Charakter der betrachteten Studien gelegt, der zeitliche Schwerpunkt liegt auf den letzten vier Jahrzehnten.

Nach eingehender Recherche wurden so 16 Studien mit unterschiedlichsten Aspekten zu Armut mit eindeutig regionalen Bezügen zu Ostösterreich erfasst und anhand eines Kriterienkataloges analysiert. Dieser Kriterienkatalog mit einer Vielzahl von Variablen war notwendig, um den äußerst unterschiedlichen Zugangsweisen und Untersuchungsmethoden der einzelnen Arbeiten gerecht zu werden und die Vergleichbarkeit der Studien untereinander zu gewährleisten. Dabei wird eine umfassende Anzahl an Variablen eingeführt, um eine möglichst lückenlose Erfassung und Dokumentation der Studien zu gewährleisten.

Die zentrale Frage lautet: Welche Merkmale aus dem Kriterienkatalog lassen sich in welchen Ausprägungen in den regionalen Armutsstudien finden?

Zu Beginn erfolgt die Erläuterung der Methodik und der begrifflichen Abgrenzungen der Recherche der Diplomarbeit. Schlagworte, Vorgehensweise und Einschränkungen werden deutlich gemacht.

Das Kapitel: „Begriffsklärungen zur Armutsforschung“ bietet eine allgemeine Einführung in die Definitionen, Konzepte, Indikatoren und Messmethoden der Armutsforschung, die in weiterer Folge bei Betrachtung der Studien verwendet werden.

Der genauen Analyse der Studien wurde das Kapitel: „Geografische und demografische Beschreibung Ostösterreichs“ vorangestellt, um die Kriterien, die bei der Analyse angewendet werden, in einen größeren Gesamtzusammenhang zu stellen und um einen Überblick zu erhalten, wie die Relationen der einzelnen Kriterien im Kontext der restlichen Bundesländer und zu Gesamtösterreich zu sehen sind. Dabei werden sowohl geografische Gegebenheiten als auch demografische Faktoren berücksichtigt.

Im Kapitel: „Klassifikation der Armutsstudien“ erfolgt zuerst die Erklärung, Beschreibung und Begründung der wichtigsten Kriterien und ihrer Ausprägungen in den 16 ausgewählten Armutsstudien. Anhand des jeweiligen Kriteriums werden die Unterschiede der einzelnen Studien herausgearbeitet, Gemeinsamkeiten aufgezeigt, oder generelle Trends ersichtlich gemacht. Dabei steht neben dem Regionalbezug das Untersuchungsdesign hinsichtlich Erhebungsmethoden, Datengrundlagen oder Stichprobengrößen im Vordergrund, die Ergebnisse der Armutsstudien werden nicht verglichen. Die detaillierte Klassifikation anhand von über 40 Kriterien findet sich im Anhang.

Im Mittelpunkt des Kapitels: „Analyse der Armutsstudien“ steht die verbale Analyse und Interpretation der 16 ausgewählten Armutsstudien anhand der zuvor erläuterten Kriterien. Dabei wird versucht die wichtigsten Inhalte, Methoden und Ergebnisse der Studien zu erfassen. Eine kritische Betrachtung und Einschätzung der verwendeten Methoden schließt die jeweilige Analyse der Studien ab.

Abschließend werden noch einige weitere Studien zu Armut und Armutsgefährdung angeführt, die zwar keine Aufnahme in die Analyse fanden, aber trotzdem Erwähnung finden sollten.

## 2 Methodik und begriffliche Abgrenzungen

In diesem Kapitel erfolgt die genaue Festlegung über den Recherchehintergrund der Diplomarbeit. Abgrenzung, Begriffsfestlegung, Suchkriterien, Informationsquellen und Einschränkungen werden herausgearbeitet.

Diese Diplomarbeit verfolgt einen deskriptiven Ansatz. Oberstes Kriterium bei der Suche nach Studien zu Armut und Armutsgefährdung war der Regionalbezug zu Ostösterreich. Die hier vorgenommene Eingrenzung auf Ostösterreich umfasst die österreichischen Bundesländer Burgenland, Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark. Diese Gliederung stimmt nicht mit dem Gebiet der NUTS-Gliederung („Nomenclature des unit's territoriales statistiques“) des Europäischen Statistischen Zentralamtes EUROSTAT der Europäischen Union überein. Im Gegensatz zu der hier vorgenommenen Eingrenzung umfasst die Ebene NUTS 1-Ostösterreich die Bundesländer Burgenland, Niederösterreich und Wien (vgl. Statistik Austria 2004: 482).

Die Erfassung von Studien mit Regionalbezügen zu Westösterreich und der Bundeshauptstadt Wien sind Gegenstand anderer Diplomarbeiten.

Gesucht wurde nach Studien, die das Ausmaß von Armut erhoben, die die Auswirkungen von Armut untersuchten oder sonstige Teilaspekte der Armutsproblematik zum Gegenstand hatten. Wichtig war der originäre Charakter der Studie. Primärerhebungen mit Regionalbezug bildeten die erste Präferenz.

Weiters fanden Studien Aufnahme in diese Arbeit, die Sekundärdaten neu interpretierten, während andere Publikationen, die Sekundärdaten ohne Interpretationsgehalt wiedergaben, nicht aufgenommen wurden.

Wichtig war somit die Abgrenzung zu Texten mit rein deskriptiven, normativen, spekulativen oder politischen Aussagen zu Armut ohne empirischen Hintergrund. Zumindest ein regionaler Aspekt sollte ursächlich aus der entsprechenden Arbeit hervorgehen. Alle Studien, die keine Daten mit Regionalbezug, in welcher Form auch immer verwendeten, wurden in diese Arbeit nicht aufgenommen.

Viele Studien, Berichte und andere Veröffentlichungen mussten so ausgeschieden werden. Alle bundesweiten Untersuchungen, wie zum Beispiel die Sozialberichte des

Bundesministeriums für Soziales, Generationen und Konsumentenschutz (BMSGK), wurden nicht behandelt, ebenso Veröffentlichungen normativen Inhalts, wie zum Beispiel Armutsberichte politischer Parteien, da sie keine eigenständigen Erhebungen bilden. Auch konnten diverse Veröffentlichungen von Organisationen, die sich im Bereich der Armut engagieren, wie die Armutsberichte der Caritas oder die Veröffentlichungen der österreichischen Armutskonferenz, aufgrund mangelnden Regionalbezugs nicht berücksichtigt werden. Alle Sozialberichte der Länder, Einkommensstatistiken oder Statistiken der Sozialversicherungsträger gingen nicht in diese Arbeit ein, es sei denn, sie bildeten die Datengrundlage für weiterführende Arbeiten.

Erfasst wurden Studien sowohl mit quantitativen als auch mit qualitativen Aspekten.

In einem ersten Schritt wurde nach Veröffentlichungen im österreichischen Verbundkatalog und in den lokalen Katalogen des österreichischen Bibliothekverbundes gesucht. Schlagwörter waren unter anderem „Armut“, „Armutgefährdung“, „soziale Ausgrenzung“, „Sozial“, „Deprivation“, „Lebenslage“, „Ungleichheit“, „Wohlstand“, „poverty“, „Neue Armut“, „Sozialhilfe“, „Fürsorge“, „Obdachlosigkeit“ und regionale Schlagwörter. Weiters wurde anhand dieser Begriffe in sozialwissenschaftlichen Datenbanken wie FORIS, SOWIDOK und WISO-Net SOWI nach Publikationen recherchiert. Für ältere Bestände musste auf die Zettelkataloge der Bibliotheken zurückgegriffen werden. Schließlich bildeten auch Recherchen im Internet einen Schwerpunkt, mithilfe derer weitere Dokumente und Hinweise erschlossen werden konnten.

In einem zweiten Schritt wurden die Literaturlisten der diversen Veröffentlichungen zu Armut aufgearbeitet, um so zu weiterem Material zu kommen, das im ersten Schritt nicht gefunden wurde. Schließlich bildete die Kontaktaufnahme zu Experten aus dem Bereich der Armutsforschung eine weitere Informationsquelle. Teilweise ergab sich so der Zugang auch zu nicht veröffentlichten Studien.

Publikationsformen waren somit Buch, Bericht, Broschüre, Zeitschrift, Arbeitspapiere, Diplomarbeiten, Dissertationen, organisationsinterne Papiere und Dokumente in elektronischer Form, verfügbar aus dem World Wide Web (WWW) und aus Datenbanken.

Erfasst wurden Veröffentlichungen aus dem Zeitraum ab dem Jahr 1900 bis Juni 2005. Naturgemäß lag der Schwerpunkt auf den vergangenen Jahrzehnten.

An dieser Stelle muss gesagt werden, dass trotz intensiver und systematischer Recherche Lücken offen blieben und potentielle, für diese Arbeit in Frage kommende Studien nicht erfasst werden konnten. Sei es weil sie nicht einsehbar waren oder anhand der oben genannten Vorgehensweise nicht gefunden werden konnten.

Schlussendlich blieb ein subjektiver Entscheidungsspielraum, ob die Aufnahme einer Studie in die Analyse gerechtfertigt erschien, oder nicht.

## 3 Begriffsklärungen zur Armutsforschung

### 3.1 Definitionen und Armutskonzepte

„Seit jeher besteht ein zentrales Problem der Armutsdiskussion darin, das Phänomen der Armut theoretisch und empirisch zu erfassen, wobei letztlich eine jede Armutdefinition politisch-normativer Natur ist.“ (Döring/Hanesch/Huster 1990: 10)

Von einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Thema Armut kann seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert gesprochen werden, als Charles Booth (1840 - 1916) in London sowohl eigene Beobachtungen als auch den systematischen Versuch unternahm, die Ausmaße der Armut zu erfassen. Im Jahr 1901 verglich Seebohm B. Rowntree (1879 - 1963) in Anknüpfung an Booth die Situation im ländlichen York mit der im Londoner East End. Bei diesen Studien standen das physische Existenzminimum und die Ernährung im Vordergrund und damit der Begriff der absoluten Armut.

**Absolute Armut** ist dann gegeben, wenn ein von Experten vorgegebener Mindeststandard unterschritten wird. Dieser Mindeststandard kann über Ernährungsstandards oder die Definition eines soziokulturellen Existenzminimums, das an die gesellschaftlichen Lebens- und Wertvorstellungen gebunden ist, beschrieben werden. Ausdruck eines solchen Standards wäre zum Beispiel der Maßstab eines Warenkorb (vgl. Badelt/Österle 2001: 216).

Für Österreich und die meisten anderen EU-Staaten gilt ein solcher Armutsbegriff angesichts des allgemein hohen Wohlstandsniveaus nicht als geeignete Basis für die Festlegung von akzeptablen Mindeststandards (vgl. Giorgi/Steiner 1997: 179).

Im Gegensatz dazu steht die Formulierung eines relativen Armutsansatzes.

„Unter Armut verstehen wir inferiore Lebenslagen, die hinsichtlich ihrer materiellen und immateriellen Dimensionen unterhalb von Minimalstandards zu finden sind; diese Minimalstandards sind in Relation zu den durchschnittlichen Versorgungsniveaus in der Gesellschaft zu bestimmen und zu begründen“. (Glatzer/Hübinger 1990: 44)

**Relative Armut** bedeutet somit die Differenz zu einem gesellschaftlich als befriedigend angenommenen soziokulturellen Standard.

**Relative Einkommensarmut** bedeutet, dass sich bei Unterschreitung eines bestimmten Anteils vom jeweiligen mittleren oder durchschnittlichen gewichteten Pro-Kopf-Haushaltseinkommen der Haushalt in einer prekären ökonomischen, sozialen und physischen Lage befindet. **Relative Ausgabenarmut** bezeichnet die Armut von Haushalten, unabhängig von der jeweiligen Einkommenssituation, wenn ihr Konsumniveau einen gewissen Anteil des durchschnittlichen Konsumniveaus unterschreitet (vgl. Giorgi/Steiner 1997: 179).

**Objektive Armut** beruht somit auf Standards und Grenzwerten, die durch Expertenurteile festgelegt werden, sie sind objektiv, auch wenn damit eine Reihe von Werturteilen verbunden ist. **Subjektive Armut** basiert hingegen auf der Wahrnehmung und der Beurteilung durch die Betroffenen selbst (vgl. Badelt/Österle 2001: 217).

Im Gegensatz zur **offenen Armut**, deren Auswirkungen erfassbar und einschätzbar sind, gibt es auch **versteckte Armut**. Die davon betroffenen Personen oder Haushalte sind in offiziellen Statistiken nicht erfasst, weil sie sich selbst nicht als arm wahrnehmen, weil sie Rechtsansprüche nicht geltend machen oder weil sie bei Erhebungen nicht erreicht werden können. Nicht in Anspruch genommene Sozialhilfe oder Wohnungslosigkeit wären Beispiele für versteckte Armut (vgl. Badelt/Österle 2001: 217).

Der Begriff „**neue Armut**“ geht auf Heiner Geißler zurück, der in seinem 1976 erschienenen Buch „Die neue soziale Frage“ die überwunden geglaubte „**alte Armut**“ der unterprivilegierten Klassen der Industriegesellschaft und die Herausbildung neuer sozialer Problemlagen und -gruppen zum Thema machte (vgl. Stelzer-Orthofer 1997: 22).

Der Begriff der **primären Armut** überschneidet den Begriff der absoluten Armut. Zentrales Merkmal ist der Mangel, minimale menschliche Grundbedürfnisse abzudecken, beispielsweise durch ausreichende Nahrung, Kleidung und Unterkunft. Der Mangel an höher bewerteten Gütern (Gebrauchs- statt Verbrauchsgüter) wird hingegen als **sekundäre Armut** verstanden. Die Bewertung dieser Güter hängt davon ab, ob die Gesellschaft bestimmte Güter als notwendig erachtet. Sekundäre Armut ist gesellschaftlich bedingt und ist kennzeichnend für die moderne Industriegesellschaft. Unter **tertiärer Armut** versteht man seelisch-geistige Nöte, vor allem die soziale Isolierung, eine individuelle Mangelsituation, eine Einzelfallarmut (vgl. Werth 1991: 16).

Von **Armutsgefährdung** wird gesprochen, wenn man von Armut bedroht ist, zum Beispiel wenn das gewichtete Pro-Kopf-Haushaltseinkommen unter dem Schwellenwert eines bestimmten Prozentsatzes vom durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen liegt.

Von **akuter Armut** wird gesprochen, wenn zusätzlich zu der finanziellen Benachteiligung gewisse Mängel oder Einschränkungen in bestimmten Lebensbereichen auftreten (z.B. keine angemessene Wohnung oder Heizmöglichkeit, Kleidung oder Nahrung) (vgl. Till-Tenschert u.a. 2004: 39).

**Soziale Ausgrenzung** ist ein mehrdimensionales Konzept und geht über das Einkommens- und Ausgabenniveau als Maßstab für Armut hinaus und bezeichnet die fehlende Teilhabe in ökonomischen, sozialen und rechtlichen Bereichen. In der Diskussion werden die Begriffe Armut und Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung teils synonym, teils gegensätzlich verwendet (vgl. Heitzmann 1999: 23). Tatsächlich sind Armut und soziale Ausgrenzung zwei Phänomene, die auf unterschiedliche Traditionen zurückgehen (vgl. Jordan 1996: 85ff). So kann jemand sozial ausgegrenzt ohne ökonomisch benachteiligt zu sein, wie etwa ethnische Minderheiten einer Gesellschaft, andererseits kann man arm oder armutsgefährdet sein ohne soziale Ausgrenzung, wie kinderreiche Familien oder Studenten (vgl. Badelt/Österle 2001: 221)

### 3.2 Indikatoren und Armutsmessung

Nach den grundlegenden Begriffen der Armutsforschung sollen nun die Indikatoren und Messmethoden der Armutsforschung kurz erläutert werden.

Der Ansatz des **Ernährungsstandards** zur Messung wird als eine der ältesten Methoden in der Armutsforschung angesehen. Schon um 1900 wurden von Rowntree Schätzungen über den Grundkalorienbedarf eines Individuums durchgeführt (vgl. Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel 1960: 107). Aber auch noch heute wird in den Vereinigten Staaten die Armutsgrenze auf Basis solcher Ernährungsstandards entwickelt. Die National Security Administration entwickelte die amerikanische Armutsgrenze, mit der eine gesunde Ernährung möglich sein sollte. Da aber andere Lebensbereiche, wie Wohnen oder Kleidung, nicht berücksichtigt wurden, muss man mit Hilfe des so genannten Engel-Koeffizienten hochrechnen (vgl. Schneidewind 1985: 35ff). Dies wird dadurch begründet, dass keine akzeptierten Standards für andere Bereiche außer dem Bereich der Nahrung existieren. Über die Ernährung hinausgehende soziale und kulturelle Bedürfnisse finden keine Berücksichtigung (vgl. Badelt/Österle 2001: 218).

Bei der Bestimmung eines **Warenkorbes** wird festgelegt, wie viel Geld ein Haushalt für bestimmte Dinge durchschnittlich ausgeben kann. Es wird ein Warenkorb beschrieben, der die Minimalbedürfnisse der Bereiche Ernährung, Heizung, Kleidung, Unterkunft, Körperpflege und die persönlichen Bedürfnisse des täglichen Lebens erfasst. Zu diesen

gehören auch die Teilnahme am kulturellen Leben und die Beziehungen zur Umwelt. Diese Waren sollen eine Lebensführung garantieren, die der "Würde" des Menschen entspricht (vgl. Badelt/Österle 2001: 218). Damit ist eine Reihe an Kritikpunkten verbunden, etwa die Frage, wer definiert, was gut und wichtig ist, die monetäre Bezifferung der Bedürfnisse und fehlende Dynamisierung der Zusammenstellung (vgl. Stelzer-Orthofer 1997: 31f).

Diese beiden Methoden basieren auf dem absoluten Armutsbegriff, mit allen sich daraus ergebenden Nachteilen. Folgende Messmethoden verwenden den relativen Armutsbegriff.

Der in der empirischen Armutsforschung wohl am häufigsten verwendete Indikator ist das verfügbare Haushaltseinkommen, definiert als die Summe aller Einkommenskomponenten eines Haushalts abzüglich Sozialversicherungsbeiträge, Alimentezahlungen, Schuldzinsen und direkte Einkommens- und Vermögenssteuern. Schuldzinsen und andere Zwangsabgaben werden abgezogen, weil auch bei höheren Einkommen wirtschaftliche Notsituationen entstehen können, wenn solche Ausgaben in größerem Umfang getätigt werden müssen (vgl. Buhmann 1989: 119).

Der relative Armutsbegriff findet Anwendung im Konzept der **Einkommensstandards**. Als arm gelten jene Personen oder Haushalte, deren gewichtetes Einkommen pro Kopf unterhalb der Einkommensgrenze liegt. Die Festlegung der relativen Einkommensarmutsgrenzen erfolgt willkürlich bei 40, 50 oder 60 Prozent vom mittleren oder durchschnittlichen gewichteten Pro-Kopf-Einkommen. Auch die Art der verwendeten Gewichtungsfaktoren für die Haushaltsmitglieder ist willkürlich, prägt aber entscheidend die Ergebnisse über Zahl und Struktur der Einkommensarmen (vgl. Giorgi/Steiner 1997: 180).

„Am häufigsten wird in Forschungsprojekten Armut als relative Einkommensarmut definiert, vor allem deshalb, weil die dafür notwendigen Daten am ehesten verfügbar sind. Für Studien auf Grundlage von komplexen, multidimensionalen Armutsdefinitionen fehlt meist ausreichendes Datenmaterial.“ (Giorgi/Steiner 1997: 179)

Bei der Methode der **Verbrauchsausgaben** wird anhand einer Konsumerhebung das durchschnittliche Konsumniveau der Menschen ermittelt und daraus eine Armutsgrenze abgeleitet. Ähnlich wie beim Einkommensansatz entspricht die Armutsschwelle 40, 50 oder 60 Prozent der durchschnittlichen monatlichen Verbrauchsausgaben eines Haushalts. Durch die Ausgaben wird dokumentiert, welches Budget Haushalte für

bestimmte Zwecke verwenden. Dabei bilden die Verbrauchsausgaben mittelfristige Konsumchancen ab. Zeitliche Variationen der Ausgaben erlauben es, Unregelmäßigkeiten in den Einkommen aufzufangen in Form von Sparen aktueller Einkommen, Verbrauch in vergangenen Perioden erwirtschafteter Einkommen, Vorwegnahme erwarteter Einkommen (vgl. Lutz/Wagner/Wolf 1993: 92).

Erwerbsarbeit mit Einkommen ist in unserer Gesellschaft für den Großteil der Bevölkerung die zentrale Grundlage der Existenzsicherung. Unzureichendes Einkommen kann aber nicht isoliert von den weiteren Lebensbedingungen der von Armut betroffenen oder bedrohten Personen gesehen werden. Um diesen Kontext der Lebensbedingungen zu erfassen, die sowohl Gründe als auch Folge von Einkommensarmut sein können, ist es notwendig, Informationen zu Lebensbereichen zu erhalten, die mit Armut verbunden werden (vgl. Piachaud 1992: 141).

Basierend auf dem Konzept der relativen Armut können nichtmonetäre Indikatoren Hinweise auf Deprivation in bestimmten Lebensbereichen liefern, genauere Betrachtung wird möglich durch Kumulierung einzelner Bereiche, durch Kombination von Einkommen und Indikatoren anderer Lebensbereiche, bis hin zu umfassenden Ansätzen, wie dem Lebenslagenansatz und dem Deprivationsindex.

Mit den **Ausstattungsmerkmalen** wird die Versorgung eines Haushalts mit langlebigen Konsumgütern erhoben. Dadurch bekommt man mehr Einblick in die zeitliche Dauer der Armutssituation. Das Fehlen einzelner isolierter Ausstattungsmerkmale gibt jedoch noch keinen Hinweis auf eine tatsächliche Beeinträchtigung des Lebensstandards. Deshalb gilt besonderes Augenmerk jenen Haushalten, in denen mehrere Defizite kumuliert auftreten.

**Wohnraum** gehört unbestritten zu den zentralen existentiellen Bedürfnissen des Menschen. Hinweise auf bestimmte Wohnsituationen liefern Variable wie Größe der Wohnung, Wohnungsbelag, Vorhandensein von Wasser, Heizung, Bad, WC, Wohnungskosten, aber auch Umweltbelästigungen- und -belastungen wie Lärmbe-  
lästigung.

Aus bisherigen Studien lassen sich viele Hinweise auf den Zusammenhang zwischen sozialer Lage und **Gesundheit** ablesen. In diesem Bereich ist es besonders schwierig zu untersuchen, inwieweit gerade Personen in besonders benachteiligten Lebenslagen bzw. die Armutsbevölkerung von sozialstatistisch als relevant einzustufenden Risiken betroffen sind, häufiger und schwerer krank zu werden oder früher zu sterben.

**Bildung** gilt als eine zentrale ökonomische Ressource, durch deren Erwerb und Verfügbarkeit das Arbeitsvermögen erhöht, erweitert oder erhalten werden kann. Über den Erwerb von Bildungsgütern findet zugleich eine Vorentscheidung über die künftige Stellung im Arbeits- und Beschäftigungssystem statt. Die Ausbildung hat dabei aus ökonomischer Sicht den Charakter einer Investition in das Arbeitsvermögen, durch die das Einkommen und generell die Berufs- und Lebensperspektiven positiv beeinflusst werden (vgl. Hanesch 1990: 185).

"Nicht unähnlich der Gesundheit wird den **sozialen Beziehungen** einer Person oder einer Personengruppe theoretisch große Bedeutung sowohl für die Entstehung von Armut als auch für die Diagnose von Armut zugemessen. Vor allem letzteres war für die Prägung des Begriffes der "neuen Armut" Anfang der siebziger Jahre ausschlaggebend. Damit sollte zum Ausdruck gebracht werden, dass nicht die extreme Knappheit materieller Mittel zur Daseinsbewältigung Armut ausmacht, da sie ja weitgehend beseitigt sei (oder zumindest beseitigbar schien), sondern die soziale Isolation." (Schneidewind 1985: 122) Diese soziale Isolation kann sich in Bereichen wie Urlaubs- und Freizeitverhalten, Häufigkeit von Besuchskontakten, Inanspruchnahme sozialer Dienste, Zeitverwendung, Hilfe in besonderen Situationen bis hin zu Lektüre von Tageszeitungen und Fernsehkonsum manifestieren.

Umfassendere Konzepte betrachten diese Fülle an Variablen nicht isoliert, sondern versuchen der Mehrdimensionalität des Problems gerecht zu werden.

In der internationalen Sozialberichterstattung hat sich zur Erfassung marginalisierter Lebenssituationen eine Reihe von Indikatoren etabliert. Eine nicht ausreichende Teilhabe in Lebensbereichen über das Einkommen hinaus wird als **Deprivation** bezeichnet. Deprivation wird als Benachteiligung in wesentlichen Lebensbereichen definiert und zwar „als fehlende Möglichkeit zur Inanspruchnahme von Gütern und Dienstleistungen sowie zur Teilnahme an Aktivitäten, die von der jeweiligen Gesellschaft als zentral angesehen wird“ (vgl. Europäische Kommission 2002) und muss als zentrale Dimension der Armutsberichterstattung angesehen werden.

Den Zusammenhang zwischen Deprivation und Armutsgefährdung zeigt folgende Übersicht.

Tabelle 1.: Schema der Armutslagen

		Depriviert	
		Nein	Ja
Einkommensbezogene Armutgefährdung	Nein	Nicht-arm	Mangelnde Teilhabe
	Ja	Einkommensarmut	Verfestigte Armut

Quelle: Redl 2002 und Böhnke/Delhey 2002, zitiert nach Statistik Austria 2003(2005): 39

Beim Verhaltensansatz (Deprivationsansatz) wird versucht, Einkommen und allgemeinen oder nationalen Lebensstil in Beziehung zu setzen. Am bekanntesten ist der Deprivationsindex von Peter Townsend (1979). Für Townsend bedeutet Armut eine Benachteiligung in verschiedenen Lebensbereichen. Er folgert daraus das Konzept der „relativen Deprivation“, die besteht, wenn zwischen den Lebensbedingungen der Mehrheit der Gesellschaft und der Bevölkerungsgruppe, die als arm bezeichnet werden kann, ein bedeutender Unterschied besteht. Durch eine Kombination von Indikatoren versuchte er ein praktisch anwendbares Maß für relative Deprivation zu entwickeln. Dabei wurden 60 Indikatoren, zusammengefasst zu 12 Gruppen, erstellt, um den Lebensstil einer Bevölkerung (= Arme) zu messen. Voraussetzung war, dass die relative Abweichung des Lebensstils von Armen vom Lebensstil der Gesamtgesellschaft mittels dieser Indikatoren objektiv messbar sei (vgl. Schneidewind 1985: 51).

EUROSTAT, das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, entwickelte für EU-SILC eine Reihe von nichtmonetären Indikatoren zur Beschreibung von Deprivation. Folgende Tabelle gibt einen Überblick über die ausgewählten und ausgeschiedenen Indikatoren.

Tabelle 2.: Nichtmonetäre Indikatoren EU-SILC 2003

Indikator	Label
<b>ausgewählt</b>	
badhealth	Sehr schlechter allgemeiner Gesundheitszustand
chronic	Chronisch krank
hampered	Stark beeinträchtigt durch eine Behinderung
rückstand	Mit Zahlungen im Rückstand
nobath	Kein Bad/Dusche oder WC
rot	Feuchtigkeit und Schimmel
dark	Zuwenig Tageslicht
wasch	Keine Waschmaschine (oder Waschküche)
noise	Lärmbelästigung
pollute	Umweltverschmutzung
crime	Kriminalität
urlaub	Kann sich keinen Urlaub leisten
fleisch	Kann sich nicht jeden 2.Tag Fleisch oder Fisch leisten
kleider	Kann keine neuen Kleider kaufen
heizung	Kann die Wohnung nicht angemessen warm halten
ausgaben	Kann unerwartete Ausgaben nicht bestreiten
handy	Kann sich kein Handy leisten
pc	Kann sich keinen PC leisten
internet	Kann sich kein Internet leisten
dvd	Kann sich keinen DVD Player leisten
geschirr	Kann sich keine Geschirrspülmaschine leisten
pkw	Kann sich keinen PKW leisten
<b>ausgeschlossen</b>	
wohnelast	Starke Belastung durch Wohnkosten
auskommen	Subjektiv zu wenig Einkommen um auszukommen
schwierig	Grosse Schwierigkeiten mit Einkommen auszukommen
TV	Kann sich keinen TV leisten
uebelag	Überbelag nach Gemeinde Wien Kriterium
docfinanz	Kann sich notwendigen Arztbesuch nicht leisten
ncodoctor	Hat Arzt trotz Notwendigkeit nicht aufgesucht

Quelle: Statistik Austria 2003(2005): 48

Ähnlich versucht das **Konzept der Lebenslage** die komplexer gewordene Realität in feineren Abstufungen zu erfassen. Der Begriff „Lebenslage“ findet sich besonders häufig in sozialwissenschaftlicher Literatur und geht auf Otto Neurath in der Weimarer Republik zurück. Darunter wird der Spielraum verstanden, den der Einzelne für die Befriedigung der Gesamtheit seiner materiellen und immateriellen Interessen nachhaltig besitzt. Dabei kann eine Unterversorgung in einem oder mehreren Bereichen als Ausdruck einer generell deprivierten Lebenslage interpretiert werden.

"Lebenslage" ist ein theoretischer Begriff, der, obwohl er sich direkter Definition entzieht, durch folgende Aspekte gekennzeichnet ist (vgl. Glatzer/Hübinger 1990: 35f):

- Er ist multidimensional und beinhaltet ökonomische, nichtökonomische und immaterielle Dimensionen;
- das Haushaltseinkommen ist ein zentrales Merkmal der Lebenslage, weil es Zugang zur Befriedigung zahlreicher anderer Bedürfnisse gewährt;
- er betont die Handlungsspielräume und ihre lebenslagenspezifischen Grenzen;

Im Prinzip kann das Lebenslagenkonzept zur Sozialstrukturanalyse der Gesamtgesellschaft ebenso herangezogen werden wie zur Diagnose der Lebenssituation einzelner Personen bzw. Personengruppen. Allerdings sind die Probleme der gesellschaftstheoretischen Einbettung, der empirischen Operationalisierung, der entsprechenden Datengrundlage und der praktischen Schlussfolgerungen, die sich für das Konzept stellen, bisher nicht gelöst. Vorerst hat es vor allem den Charakter einer Leitidee, die in einigen Untersuchungen mehr oder weniger gut umgesetzt wurde.

Schließlich bilden **politische Armutsgrenzen** eine gegebene Armutsschwelle. Darunter versteht man jene Grenzen, die sich aus einem staatlich festgesetzten Mindesteinkommen ableiten lassen. Dieses ist meistens durch die Leistungssätze der Sozialhilfe gegeben, obwohl auch andere Maßstäbe, wie z.B. Mindestrenten durch Ausgleichszulagenrichtsätze oder steuerliche Bemessungsgrenzen, geltend gemacht werden können (vgl. Piachaud 1992: 64).

Für die politischen Armutsgrenzen werden häufig solche Begriffe wie "Bedürftigkeit" oder "notwendiger Unterhalt" verwendet, wobei ein expliziter Mindeststandard nominiert wird.

Dieser Abschnitt bildete einen Überblick über die wichtigsten Begriffe, Konzepte, Indikatoren und Messmethoden der Armutsforschung. Im Kapitel 5.1: „Klassifikation der Armutsstudien“ wird in Bezugnahme auf die regionalen Studien in Ostösterreich auf diese Definitionen und Konzepte zurückgegriffen.

## 4 Geografische und demografische Beschreibung Ostösterreichs

Im Rahmen dieser Arbeit werden Studien mit regionalen Bezügen zu Ostösterreich (Burgenland, Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark) analysiert. Um die Kriterien, die bei der Analyse angewendet werden, in einen größeren Gesamtzusammenhang zu stellen, folgt nun eine Beschreibung der geografischen und demografischen Gegebenheiten dieser vier österreichischen Bundesländer. Das ist notwendig, um einen Überblick zu erhalten, wie die Relationen der einzelnen Kriterien in einem größeren Kontext zu sehen sind. Vorerst erfolgt eine geografische Beschreibung, immer in Hinblick auf die Armutsberichterstattung und die dazu notwendigen Größen.

Die vier betrachteten Bundesländer umfassen rund 61 Prozent des österreichischen Staatsgebietes. Insgesamt wohnen 4,4 Millionen Staatsbürger in diesem Gebiet, das entspricht über 54 Prozent der österreichischen Gesamtbevölkerung. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Bevölkerungsverteilung in den österreichischen Bundesländern nach Größe geordnet.

Tabelle 3.: Bundesländer und Einwohnerzahlen (2003)

	Einwohnerzahl	
	absolut	Prozent
Wien	1,590.242	19,6%
<b>Niederösterreich</b>	<b>1,552.848</b>	<b>19,1%</b>
<b>Oberösterreich</b>	<b>1,387.086</b>	<b>17,1%</b>
<b>Steiermark</b>	<b>1,190.574</b>	<b>14,7%</b>
Tirol	683.317	8,4%
Kärnten	559.440	6,9%
Salzburg	521.238	6,4%
Vorarlberg	356.590	4,4%
<b>Burgenland</b>	<b>276.419</b>	<b>3,4%</b>
<b>Österreich</b>	<b>8,117.754</b>	<b>100%</b>

Quelle: Statistik Austria 2004: 40

Niederösterreich, neben Wien das bevölkerungsreichste Bundesland, befindet sich im betrachteten Gebiet, gefolgt von Oberösterreich mit 17,1 Prozent der österreichischen Einwohner. Die Steiermark liegt an vierter Stelle, während das Burgenland nicht nur

flächenmäßig eines der kleinsten österreichischen Bundesländer ist, sondern auch bevölkerungsmäßig an letzter Stelle liegt.

Als Städte mit einer Einwohnerzahl über 100.000 Einwohner befinden sich die Landeshauptstädte Linz und Graz in diesem Gebiet. Die Verteilung weiterer Gemeinden mit über 20.000 Einwohnern in Ostösterreich zeigt folgende Übersicht.

Tabelle 4.: Gemeinden Ostösterreichs mit über 20.000 Einwohnern (2001)

	<b>Niederösterreich</b>	<b>Oberösterreich</b>	<b>Steiermark</b>
Graz			226.244
Linz		183.504	
Wels		56.478	
Sankt Pölten	49.121		
Steyr		39.340	
Wiener Neustadt	37.627		
Leoben			25.804
Klosterneuburg	24.797		
Baden	24.502		
Krems an der Donau	23.713		
Traun		23.470	
Amstetten	22.595		
Kapfenberg			22.234
Leonding		22.203	
Mödling	20.405		
<b>Summe Einwohner in Städten über 20.000 Einwohner pro Bundesland</b>	<b>202.760</b>	<b>324.995</b>	<b>274.282</b>

Quelle: Statistik Austria 2004: 45

Die meisten Städte mit über 20.000 Einwohnern liegen in Oberösterreich und Niederösterreich, wobei die hier nicht betrachtete Bundeshauptstadt Wien von Niederösterreich eingeschlossen wird. Die Gemeinden Klosterneuburg, Baden, Mödling und eventuell auch Wiener Neustadt in Niederösterreich können zum Großraum Wien gezählt werden. Im Burgenland findet sich keine Stadt mit über 20.000 Einwohnern, die größte Stadt des Burgenlandes ist Eisenstadt mit 11.334 Einwohnern (vgl. Statistik Austria 2004: 45).

An Ballungsräumen finden sich in Ostösterreich die Gebiete um die großen Landeshauptstädte Linz und Graz und der Ballungsraum Wien, der sich auch auf das Bundes-

land Niederösterreich erstreckt. Daneben sind die größten Ballungsräume in Oberösterreich zu finden, wie das Gebiet um Wels und Steyr.

Armut im ländlichen Bereich differiert in vielerlei Hinsicht von Armut in der Stadt. Als spezifische Faktoren im ländlichen Raum spielen unter anderem eine Rolle: mangelnde individuelle Mobilität, Langzeitarbeitslosigkeit, geringe Erwerbschancen, ungünstige Wirtschaftsstrukturen, schlechtes Angebot an kommunalem Wohnraum, unzureichende Altersversorgung bestimmter Berufsgruppen, mangelnde bis fehlende Bildungs-, Betreuungs-, und Pflegeeinrichtungen und schlechte Infrastruktur. Ländliche Armut ist nicht gleich bäuerliche Armut, aber sie ist auch bäuerliche Armut. Landwirte sind in besonderem Maße von Armut betroffen. Ausschlaggebend dafür ist in erster Linie die überwiegend klein- und mittelgroße Struktur der österreichischen Landwirtschaft (vgl. Wiesinger 2000: 47ff).

Die landwirtschaftliche Struktur in diesen vier Bundesländern unterscheidet sich von Gesamtösterreich durch einen höheren Anteil an landwirtschaftlich genutzter Fläche, gegeben durch einen geringeren Anteil an alpinen Flächen. Einzig die Steiermark ist charakterisiert durch einen relativ niedrigen Anteil an landwirtschaftlicher Nutzung und durch einen überdurchschnittlich hohen Waldanteil.

Tabelle 5.: Landwirtschaftliche Nutzung Ostösterreichs (2004)

Bundesland	Landwirtschaftliche Nutzung	Alpe	Wald
	%		
<b>Burgenland</b>	<b>50,9</b>	-	<b>30,2</b>
Kärnten	20,0	15,8	52,9
<b>Niederösterreich</b>	<b>50,0</b>	<b>0,2</b>	<b>39,3</b>
<b>Oberösterreich</b>	<b>48,1</b>	<b>0,4</b>	<b>38,8</b>
Salzburg	16,4	25,6	39,7
<b>Steiermark</b>	<b>24,8</b>	<b>6,6</b>	<b>57,1</b>
Tirol	9,8	26,9	36,8
Vorarlberg	17,6	26,6	33,9
Wien	17,0	-	16,5
<b>Österreich</b>	<b>31,4</b>	<b>10,3</b>	<b>43,2</b>

Quelle: Statistik Austria 2004: 37

Folgende Tabelle veranschaulicht die Zahl an Arbeitskräften im primären Sektor in Absolutzahlen und Anteilen der Erwerbstätigen pro Bundesland. Wichtig dabei ist die Um-

rechnung der Teilzeitbeschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft auf Vollzeit-äquivalente.

Tabelle 6.: Beschäftigte im primären Sektor pro Bundesland (2001)

Bundesland	Primärer Sektor <sup>1</sup>	Erwerbstätige insgesamt	Anteil %
<b>Burgenland</b>	<b>8.500</b>	<b>98.400</b>	<b>8,6</b>
Kärnten	14.200	239.700	5,9
<b>Niederösterreich</b>	<b>47.200</b>	<b>607.700</b>	<b>7,8</b>
<b>Oberösterreich</b>	<b>35.600</b>	<b>622.800</b>	<b>5,7</b>
Salzburg	10.900	266.600	4,1
<b>Steiermark</b>	<b>36.400</b>	<b>541.500</b>	<b>6,7</b>
Tirol	14.900	336.100	4,4
Vorarlberg	3.700	165.000	2,2
Wien	4.400	830.400	0,5
<b>Österreich</b>	<b>175.700</b>	<b>3,708.900</b>	<b>4,7</b>

1) Im primären Sektor sind aufgrund der hohen Anzahl geringfügig Erwerbstätiger (Nebenerwerbsbauern, mithelfende Familienangehörige etc.) Vollzeitäquivalente angegeben.

Quelle: Statistik Austria 2004: 184 und eigene Berechnungen

Ostösterreich weist hier fast durchwegs die höchsten Anteile an Beschäftigten im primären Sektor auf, was auf einen relativ großen Anteil an Landwirtschaft, gegeben durch die geografischen Verhältnisse, in diesen Gebieten schließen lässt. Diese Tendenz lässt sich auch an der Zahl der Arbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft ablesen.

Tabelle 7.: Land- und forstwirtschaftliche Arbeitskräfte (1999)

Bundesland	Arbeitskräfte			Anteil %
	familieneigene	familienfremde	insgesamt	
<b>Burgenland</b>	<b>34.680</b>	<b>3.121</b>	<b>37.801</b>	<b>6,6</b>
Kärnten	47.788	4.021	51.809	9,0
<b>Niederösterreich</b>	<b>125.063</b>	<b>12.370</b>	<b>137.433</b>	<b>23,9</b>
<b>Oberösterreich</b>	<b>116.810</b>	<b>6.303</b>	<b>123.113</b>	<b>21,4</b>
Salzburg	29.023	2.221	31.244	5,4
<b>Steiermark</b>	<b>118.551</b>	<b>9.312</b>	<b>127.863</b>	<b>22,2</b>
Tirol	44.922	3.974	48.896	8,5
Vorarlberg	11.403	1.572	12.975	2,3
Wien	1.660	2.297	3.957	0,7
<b>Österreich</b>	<b>529.900</b>	<b>45.191</b>	<b>575.091</b>	<b>100,0</b>

Quelle: Statistik Austria 2004: 308 und eigene Berechnungen

In Österreich ist ca. eine halbe Million Menschen in der Landwirtschaft im Voll-, Nebenerwerb oder mithelfend tätig. Die in dieser Arbeit analysierten Bundesländer umfassen fast drei Viertel aller in Österreich in der Landwirtschaft Tätigen!

Bestimmte Bevölkerungsgruppen in Österreich sind in einem erhöhten Maße armutsgefährdet (vgl. Till-Tenschert 2004: 216ff). Ausschnittsweise folgen nun Übersichten über solche soziodemografischen Gruppen in den vier analysierten Bundesländern, um die Relationen zu verdeutlichen, die die Studien mit regionalen Bezügen zu Ostösterreich beinhalten.

Sozialhilfe als Maß für Armut oder Armutsgefährdung ist ein wichtiger Indikator, der aufgrund der vorhandenen Datenlage in den Studien auf regionaler Ebene in verstärktem Maß verwendet wird (vgl. Kapitel 5.1.5: „Maßgrößen und Armutsdefinitionen“). Folgende Tabelle gibt die Zahl der Sozialhilfeempfänger (in der offenen Sozialhilfe und in Heimen oder Anstalten) in allen Bundesländern und österreichweit wieder.

Tabelle 8.: Sozialhilfebezieher der Bundesländer (2002)

<b>Bezieher von Sozialhilfe</b>	Allein- und Hauptunterstützte <sup>1</sup>	Mitunterstützte	Allein-, Haupt- und Mitunterstützte zusammen (offene Sozialhilfe)	Bezieher/innen von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes in Altenwohn- und Pflegeheimen <sup>2</sup>	<b>Anteil an der Bevölkerung in Prozent</b>
<b>Burgenland</b>	.	.	<b>749</b>	<b>884</b>	<b>0,59</b>
Kärnten	812	202	1.014	237	0,22
<b>Niederösterreich</b>	<b>3.872</b>	<b>3.211</b>	<b>7.083</b>	<b>11.100</b>	<b>1,17</b>
<b>Oberösterreich</b>	<b>1.797</b>	<b>1.011</b>	<b>2.808</b>	<b>9.375</b>	<b>0,88</b>
Salzburg	3.308	1.728	5.036	3.111	1,57
<b>Steiermark</b>	<b>2.760</b>	<b>1.400</b>	<b>4.160</b>	<b>2.776</b>	<b>0,58</b>
Tirol	4.747	1.895	6.642	61	0,99
Vorarlberg	1.781	1.181	2.962	2.232	1,47
Wien	33.438	26.846	60.284	20.596	5,14
<b>Österreich</b>	<b>52.515<sup>3</sup></b>	<b>37.474<sup>3</sup></b>	<b>90.738</b>	<b>50.372</b>	<b>1,75</b>

1) Nach dem Unterstütztenstatus sind in der offenen Sozialhilfe (Privathaushalte) vor allem die dauerunterstützten und nur zum Teil die nicht-dauerunterstützten Personen erfasst. Übersteigt die Anzahl der Dauerunterstützten jene der Allein-, Haupt- und Mitunterstützten, konnten nicht alle Dauerleistungsbezieher/innen nach ihrem Status als Allein-, Haupt- oder Mitunterstützte angegeben werden. Für das Burgenland fehlen die Angaben nach dem Unterstütztenstatus großteils. 2) Für Kärnten und Tirol sind die Sozialhilfeempfänger/innen in Altenwohn- und Pflegeheimen nur zum Teil erfasst. 3) Ohne Burgenland.

Quelle: Statistik Austria 2004: 212 und eigene Berechnungen

Die vier analysierten Bundesländer liegen mit einem Anteil zwischen 0,58 und 1,17 Prozent an der jeweiligen Gesamtbevölkerung unter dem österreichischen Durchschnitt an Sozialhilfeempfängern in Anteilen an der Gesamtbevölkerung. Niederösterreich hat mit

1,17 Prozent die höchste Rate an Sozialhilfeempfängern im untersuchten Gebiet, trotzdem bleibt die Rate unter dem österreichischen Durchschnitt von 1,75 Prozent. Auch ist der Unterschied zu Wien mit einer Rate von 5,14 Prozent bei ähnlicher Bevölkerungszahl von ca. 1,5 Millionen Einwohnern an dieser Stelle nicht erklärbar.

Ausgleichszulagen zur Arbeiter- oder Angestelltenpension der Pensionsversicherungsanstalten können ebenfalls Aufschlüsse über das Ausmaß der Armutgefährdung liefern. Folgende Tabelle stellt die Zahl der Pensionisten und die Zahl der Ausgleichszulagenempfänger in den Bundesländern gegenüber.

Tabelle 9.: Pensionisten und Ausgleichszulagenempfänger (2003)

	<b>Pensionsversicherung insgesamt</b>	<b>Ausgleichszulagenbezieher</b>	<b>% des Pensionsstandes</b>
<b>Burgenland</b>	<b>70.354</b>	<b>10.649</b>	<b>15,1</b>
Kärnten	121.424	23.114	19,0
<b>Niederösterreich</b>	<b>359.285</b>	<b>41.517</b>	<b>11,6</b>
<b>Oberösterreich</b>	<b>306.896</b>	<b>35.439</b>	<b>11,5</b>
Salzburg	102.024	11.913	11,7
<b>Steiermark</b>	<b>272.140</b>	<b>49.095</b>	<b>18,0</b>
Tirol	123.080	19.901	16,2
Vorarlberg	68.914	6.906	10,1
Wien	368.127	29.846	8,1
Ausland	222.960	-	-
<b>Österreich</b>	<b>2.015.204</b>	<b>228.380</b>	<b>11,3</b>

Quelle: Statistik Austria 2004: 206, 232 und eigene Berechnungen

In Nieder- und Oberösterreich liegt der Anteil der Ausgleichszulagenempfänger im Durchschnitt, während das Burgenland überdurchschnittliche und die Steiermark fast den höchsten Anteil von ganz Österreich an Ausgleichszulagenempfängern aufweist.

Neben den armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen gibt es weitere Indikatoren, die Rückschlüsse auf Armut und Armutgefährdung zulassen. Zentraler Indikator ist das Einkommensniveau der österreichischen Bevölkerung (vgl. Kapitel 5.1.5: „Maßgrößen und Armutdefinitionen“).

Folgende Tabelle stellt das Netto-Äquivalenzeinkommen in Österreich 2003 nach sozio-ökonomischen und regionalen Merkmalen dar. Äquivalenzeinkommen sind Haushaltseinkommen dividiert durch Personengewichtungen im Haushalt. Die Personen-

gewichtungen werden auf Basis der EU-Skala berechnet (erste Person = 1; jede weitere Person = 0,5; außer Kinder unter 14 Jahre = 0,3). Hauptverdiener ist, wer das höchste Personeneinkommen im Haushalt erzielt.

Tabelle 10.: Netto-Äquivalenzeinkommen (2003)

	Anzahl der Personen	Netto-Äquivalenzeinkommen					
		10	25	50	75	90	Arithm. Mittel
		...beziehungen weniger als ... EUR					
<b>Alle Personen</b>	<b>7.932.000</b>	<b>8.600</b>	<b>11.750</b>	<b>15.710</b>	<b>20.980</b>	<b>28.260</b>	<b>17.620</b>
<b>Geschlecht des Hauptverdieners</b>							
Männlicher Hauptverdiener	2.141.000	8.990	12.230	16.500	21.900	29.970	18.460
Weiblicher Hauptverdiener	1.140.000	7.290	9.930	14.000	19.260	26.750	16.040
<b>Region:</b>							
Wien	1.546.000	8.290	12.060	16.770	24.320	33.830	19.670
Andere Gemeinden ≥100.000 Einwohner	600.000	8.300	11.940	16.190	22.550	32.830	19.240
Gemeinden ≥10.000 und <100.000 Einwohner	1.181.000	8.870	12.120	15.970	21.730	28.420	17.930
Gemeinden <10.000 Einwohner	4.604.000	8.680	11.620	15.270	19.690	25.620	16.630

Quelle: Statistik Austria 2004: 233

Da diese Zahlen auf EU-SILC (vgl. Kapitel 5.1.6: „Datengrundlagen“) basieren, sind regionale Differenzierungen nach Gemeindegrößenklassen, jedoch nicht auf Bundesländerebene, ersichtlich. Für die jeweilige Gemeinde eines der vier analysierten Bundesländer müsste über die Einwohnerzahl das entsprechende Netto-Äquivalenzeinkommen ermittelt werden. Beispielsweise würden Linz und Graz in die Klasse „andere Gemeinden ≥ 100.000 Einwohner“ fallen.

Weitere Indikatoren, die zur Armutsmessung herangezogen werden können, betreffen Ausstattungsmerkmale von Wohnungen (vgl. Kapitel 5.1.5: „Maßgrößen und Armutdefinitionen“). Folgende Tabelle stellt die Wohnungsstruktur in den vier Bundesländern dar, mit besonderem Augenmerk auf schlecht ausgestattete Wohnungen der Kategorien C und D.

Tabelle 11.: Anteile an Wohnungen (Hauptwohnsitze) nach Ausstattungskategorien und Bundesländern (2001)

Bundesland	Wohnungen (Hauptwohnsitze) absolut	Ausstattungskategorie in Prozent			
		A (Zentralheizung o.ä., Bad/Dusche, WC)	B (Bad/Dusche, WC)	C (WC und Wasser- entnahme in der Wohnung)	D (kein(e) WC/Wasser- installation in der Wohnung)
<b>Burgenland</b>	<b>105.622</b>	<b>87,6</b>	<b>10,4</b>	<b>0,6</b>	<b>1,4</b>
Kärnten	222.279	83,6	13,9	0,9	1,6
<b>Niederösterreich</b>	<b>618.072</b>	<b>86,5</b>	<b>9,8</b>	<b>0,8</b>	<b>2,9</b>
<b>Oberösterreich</b>	<b>537.928</b>	<b>89,6</b>	<b>7,7</b>	<b>0,9</b>	<b>1,9</b>
Salzburg	204.495	88,7	9,6	0,5	1,1
<b>Steiermark</b>	<b>464.619</b>	<b>88,7</b>	<b>7,9</b>	<b>0,8</b>	<b>2,6</b>
Tirol	257.916	83,0	14,8	1,1	1,1
Vorarlberg	133.461	88,2	10,0	0,8	1,1
Wien	770.955	85,1	5,8	1,5	7,5
<b>Österreich</b>	<b>3.315.347</b>	<b>86,8</b>	<b>8,9</b>	<b>1,0</b>	<b>3,3</b>

Quelle: Statistik Austria 2004: 252

Generell ist der Wohnungsstandard in Österreich sehr hoch. Die Wohnungen in den Bundesländern sind durchwegs besser ausgestattet als in der Bundeshauptstadt Wien mit einem Anteil von 7,5 Prozent an Substandardwohnungen. Bei den betrachteten Bundesländern fällt der relativ hohe Anteil von 2,9 bzw. 2,6 Prozent an Kategorie D Wohnungen in Niederösterreich und in der Steiermark auf. In Absolutzahlen bedeutet das 17.805 bzw. 12.173 Wohnungen mit sehr schlechter Wohnausstattung.

Dieses Kapitel behandelte ausschnittsweise einige geografische und demografische Faktoren, die zu einem besseren Verständnis der Armutslage in den vier Bundesländern Ostösterreichs beitragen und der Einordnung in einem größeren Kontext auf Bundesebene hilfreich sein können.

## 5 Regionale Armutsstudien in Ostösterreich

### 5.1 Klassifikation der Armutsstudien

In diesem Kapitel werden die wichtigsten Klassifikationskriterien erläutert, die bei der Analyse der hier behandelten Studien angewendet wurden. Eine vollständige Auflistung aller angewendeten Kriterien und der Merkmalsausprägungen für jede Studie findet sich im Anhang. Im Kapitel 2: „Methodik und begriffliche Abgrenzungen“ wurde bereits auf die Auswahlkriterien eingegangen, die bei der Recherche und der Aufnahme von Studien in diese Arbeit Anwendung fanden. Aufgrund dieser Auswahlkriterien und der sonstigen Restriktionen wurden 16 Studien mit regionalen Bezügen zu Ostösterreich aufgenommen. Zu Beginn gibt folgende Tabelle die analysierten Studien mit der jeweiligen Arbeitsnummer im vollständigen Titel und Untertitel mit Autorenangabe wieder.

Tabelle 12.: Analysierte Studien zu Armut

<b>Nr.</b>	<b>Autor(en)</b>	<b>Titel / Untertitel der Studie</b>
1	Klaus W. Mayer	Lager 56. Menschen in einem Notquartier.
2	Institut für empirische Sozialforschung (IFES)	Der subjektive und objektive Lebensrahmen alter Menschen in Niederösterreich. Eine Untersuchung im Auftrag der Niederösterreichischen Landesregierung.
3	Ilse Hauder	Die Situation der Ausgleichszulagenbezieher in Oberösterreich.
4	Steiermärkische Landesregierung (Hrsg.)	Armut in der Wohlstandsgesellschaft. Zur Situation der untersten Einkommensschichten in der Steiermark.
5	Dimiter Martin Hoffmann / Kurt Zenta / Peter C. Hexel	Arm sein in Österreich. Maßnahmen zur Armutsbekämpfung aus der Sicht der Betroffenen.
6	Hansjörg Seckauer	Verwaltete Armut in Wels. Strukturen und Entwicklungstendenzen.
7	Helmut Dornmayr	Offene Sozialhilfe. Zur Lebenssituation Betroffener im zweiten Netz am Beispiel der Stadt Wels.
8	Martina Planer / Barbara Weitzer	Wohnungslose Frauen. Entstehungsbedingungen und Verlaufsformen von Wohnungslosigkeit im weiblichen Lebenszusammenhang.
9	Johann Bacher / Helmut Dornmayr / Hansjörg Seckauer	Handlungsfelder kommunaler Sozialpolitik. Eine sozialwissenschaftliche Fallstudie am Beispiel der Stadt Wels, Kapitel V.
10	Christine Stelzer-Orthofer	Armut und Zeit. Eine sozialwissenschaftliche Analyse zur Sozialhilfe.
11	Barbara Gartner / Annemarie Müllner	Wohnsituation von Ausländer/innen in Graz. Studie im Auftrag des Ausländerbeirates der Stadt Graz, Ausschuss Arbeit und Soziales.
12	Thomas Höpfl / Sonja Kober / Christine Stelzer-Orthofer	Die bedürftige Wohlstandsgesellschaft. Politik und prekäre Lebenslagen als Armutsursachen.
13	Claudia Pass	Inanspruchnahme des Mutter-Kind-Passes. Ein Beispiel für die Wechselwirkung zwischen sozialer Lage und Gesundheit?
14	Dorothea Dorfbauer	"Hilfe zur Arbeit" - eine Integrationsmöglichkeit für SozialhilfeempfängerInnen in den Arbeitsmarkt? Eine empirische Erhebung am Beispiel Sozialhilfearbeit der Stadt Linz.
15	Elisabeth Pochobradsky / Claudia Habl / Barbara Schleicher (ÖBIG)	Soziale Ungleichheit und Gesundheit.
16	Monika Wukounig	Pensionsbezieher/innen und Umgang mit Krankheit.

Quelle: selbst erstellt

Nachfolgend werden neun der wichtigsten Analyse Kriterien und ihre Ausprägungen in den jeweiligen Studien diskutiert. Da hier die Analyse der Methodik der Studien im Vordergrund stand, wurden Ergebnisse der Studien hinsichtlich Armut, Armutsgefährdung oder sozialer Ausgrenzung nicht vorrangig behandelt. Die Ergebnisse finden sich bei der jeweiligen Studie im Kapitel 5.2: „Analyse der Armutsstudien“ oder als entsprechende

Übersicht im Anhang. Allfällige Gesamtzusammenhänge und überregionale Aspekte der Kriterien werden an gegebener Stelle berücksichtigt.

### 5.1.1 Forschungsinhalte und Ziele

Die hier analysierten Studien haben neben dem eindeutigen Regionalbezug zu Ostösterreich den Bezugspunkt zu Armut, Armutsgefährdung oder sozialer Ausgrenzung gemeinsam. Dass die Inhalte und Ziele der Studien weit über die Erfassung des reinen Ausmaßes an Armut hinausgehen, zeigt folgende Übersicht.

Tabelle 13.: Forschungsinhalte und Ziele der analysierten Studien

<b>Nr.</b>	<b>Forschungsinhalt / Ziel</b>	<b>Titel der Studie</b>
1	Messung psychosozialer Regression	Lager 56.
2	Erhebung der Lebensumstände alter Menschen in Niederösterreich	Der subjektive und objektive Lebensrahmen alter Menschen in Niederösterreich.
3	Erfassung der Wohnqualität	Die Situation der Ausgleichszulagenbezieher in Oberösterreich.
4	Erfassung der Situation der untersten Einkommensschichten in der Steiermark	Armut in der Wohlstandsgesellschaft.
5	Erfassung, Darstellung und Analyse von Armut im ländlichen Raum und im städtischen Bereich und Maßnahmenevaluation	Arm sein in Österreich.
6	Analyse der Sozialhilfestatistik für den Bezirk Wels-Stadt	Verwaltete Armut in Wels.
7	Analyse der offenen Sozialhilfe für den Bezirk Wels-Stadt	Offene Sozialhilfe.
8	Analyse der Sozialhilfe für den Bezirk Wels-Stadt	Handlungsfelder kommunaler Sozialpolitik.
9	Nachzeichnen von Entstehungsbedingungen und Verlaufsformen weiblicher Obdachlosigkeit	Wohnungslose Frauen.
10	Sozialhilfebezug im Zeitablauf und Erstellung von Typologien	Armut und Zeit.
11	Erhebung der Wohnsituation von Ausländern	Wohnsituation von Ausländer/innen in Graz.
12	Erhebung prekärer Armut	Die bedürftige Wohlstandsgesellschaft.
13	Überprüfung von Hypothesen zur Wechselwirkung zwischen sozialer Lage und Gesundheit	Inanspruchnahme des Mutter-Kind-Passes.
14	Untersuchung von Arbeitsmarktintegration durch Sozialhilfearbeit	"Hilfe zur Arbeit" - eine Integrationsmöglichkeit für SozialhilfeempfängerInnen in den Arbeitsmarkt?
15	Erhebung sozialschichtabhängiger gesundheitlicher Ungleichheiten	Soziale Ungleichheit und Gesundheit.
16	Erhebung der Umstände der Pensionsbezieher in Oberösterreich und Gesundheit/Krankheit	Pensionsbezieher/innen und Umgang mit Krankheit.

Quelle: selbst erstellt

In obiger Übersicht werden die vielfältigen Aspekte und Auswirkungen von Armut deutlich. Die Ziele wurden entweder explizit in der jeweiligen Arbeit genannt, oder wurden indirekt über die Aussagen in der entsprechenden Studie formuliert.

Der Zusammenhang zwischen Wohnen und Armut wird vorrangig in den Studien Nr. 1: „Lager 56“, Nr. 3: „Die Situation der Ausgleichszulagenbezieher in Oberösterreich“, Nr. 9: „Wohnungslose Frauen“ und Nr. 11: „Wohnsituation von Ausländer/innen in Graz“ behandelt.

Den Themenbereich Gesundheit bzw. Krankheit und Armut berühren die Studien Nr. 13: „Inanspruchnahme des Mutter-Kind-Passes“, Nr. 15: „Soziale Ungleichheit und Gesundheit“ und Nr. 16: „Pensionsbezieher/innen und Umgang mit Krankheit“.

Die Sozialhilfe als unterstes Netz der sozialen Maßnahmen ist ein guter Indikator für Armut oder Armutsgefährdung. Aufbauend auf dieser Tatsache untersuchen die Studien Nr. 6: „Verwaltete Armut in Wels“, Nr. 7: „Offene Sozialhilfe“, Nr. 8: „Handlungsfelder kommunaler Sozialpolitik“, Nr. 10: „Armut und Zeit“, Nr. 12: „Die bedürftige Wohlstandsgesellschaft“ und Nr. 14: „Hilfe zur Arbeit“ in unterschiedlichster Weise den Themenkomplex Armut und Sozialhilfe.

Die Ziele und Forschungsinhalte haben unmittelbaren Einfluss auf die Wahl des Untersuchungsdesigns und somit auf die Merkmale, die Größe und die Zusammensetzung der jeweiligen Grundgesamtheit. Dieses Kriterium wird im Kapitel 5.1.8: „Grundgesamtheiten“ eingehender behandelt.

### 5.1.2 Erhebungsgebiete

In diesem Kapitel werden die regionalen Kriterien behandelt, die im Rahmen dieser Arbeit Anwendung finden. Betrachtet werden Studien zu Armut und sozialer Ausgrenzung, die regionale Bezüge zu Ostösterreich aufweisen.

Oberstes Kriterium war dabei die Konzentration auf Ostösterreich mit den Bundesländern Burgenland, Oberösterreich, Niederösterreich und Steiermark. Studien, die regionale Bezüge zu anderen Bundesländern aufweisen, wurden hier nicht erfasst.

Studien zu Armut und sozialer Ausgrenzung mit regionalen Bezügen zu Westösterreich mit den Bundesländern Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg und der Landeshauptstadt Wien sind Gegenstand anderer Diplomarbeiten.

Regionale Kriterien sind österreichisches Bundesland, Stadt, Gemeinde oder Region. Regionale Bezüge wurden durch die Wahl des Erhebungsgebietes hergestellt oder durch

Einschränkung auf Forschungssubjekte aus Ostösterreich. Wichtig dabei war, dass der regionale Zusammenhang immer sichtbar gemacht wurde. So fanden Studien, deren Schwerpunkte zwar im geografischen Raum Ostösterreich lagen, die aber keine regionalen Bezüge herstellten, keine Aufnahme in diese Arbeit.

Wie im Kapitel 2: „Methodik und begriffliche Abgrenzungen“ erläutert, reduzierte sich durch dieses Kriterium die Anzahl an Studien beträchtlich. Die folgende Tabelle zeigt die Armutsstudien, die Aufnahme in diese Arbeit fanden, verteilt nach Bundesländern, und wenn weiter eingegrenzt, nach Gemeinden.

Tabelle 14.: Analyzierte Studien nach Bundesland

<b>Nr.</b>	<b>Bundesland</b>	<b>Gemeinde</b>	<b>Titel der Studie</b>
-	Burgenland	-	-
<b>2</b>	Niederösterreich	-	Der subjektive und objektive Lebensrahmen alter Menschen in Niederösterreich.
<b>1</b>	Oberösterreich	Linz	Lager 56.
<b>15</b>	Oberösterreich	-	Soziale Ungleichheit und Gesundheit.
<b>16</b>	Oberösterreich	-	Pensionsbezieher/innen und Umgang mit Krankheit.
<b>3</b>	Oberösterreich	-	Die Situation der Ausgleichszulagenbezieher in Oberösterreich.
<b>13</b>	Oberösterreich	-	Inanspruchnahme des Mutter-Kind-Passes.
<b>10</b>	Oberösterreich	Linz	Armut und Zeit.
<b>14</b>	Oberösterreich	Linz	"Hilfe zur Arbeit" - eine Integrationsmöglichkeit für SozialhilfeempfängerInnen in den Arbeitsmarkt?
<b>6</b>	Oberösterreich	Wels	Verwaltete Armut in Wels.
<b>7</b>	Oberösterreich	Wels	Offene Sozialhilfe.
<b>8</b>	Oberösterreich	Linz	Wohnungslose Frauen.
<b>9</b>	Oberösterreich	Wels	Handlungsfelder kommunaler Sozialpolitik.
<b>12</b>	Oberösterreich	Linz	Die bedürftige Wohlstandsgesellschaft.
<b>5</b>	Oberösterreich, Wien	Schönau/OÖ, Wien	Arm sein in Österreich.
<b>4</b>	Steiermark	-	Armut in der Wohlstandsgesellschaft.
<b>11</b>	Steiermark	Graz	Wohnsituation von Ausländer/innen in Graz.

Quelle: selbst erstellt

Folgende Tabelle veranschaulicht die Anzahl der hier aufgenommenen Studien in Absolutzahlen pro Bundesland.

Tabelle 15.: Anzahl der analysierten Studien pro Bundesland

Bundesland	Anzahl an analysierten Armutsstudien
Burgenland	0
Niederösterreich	1
Oberösterreich	13
Steiermark	2

Quelle: selbst erstellt

Die mit Abstand meisten Armutsstudien wurden in Oberösterreich durchgeführt, gefolgt von Steiermark und Niederösterreich. Im Burgenland konnten trotz intensiver Recherchen keinerlei Arbeiten zu Armut und sozialer Ausgrenzung gefunden werden.

Die kleinste geografische Einheit reicht dabei von einem Barackenlager (Studie Nr. 1: „Lager 56“) bis hin zum ganzen Bundesland als Erhebungsgebiet. Selten erhob eine Studie Zahlen zu Armut und sozialer Ausgrenzung in mehreren Bundesländern. Studie Nr. 5: „Arm sein in Österreich“ wäre ein Beispiel dafür. Hier erfolgten Erhebungen in Oberösterreich und Wien. Näheres zu dieser Studie findet sich im Kapitel 5.2.5.

In Niederösterreich wurden zwar Arbeiten zu Armut gefunden, darunter allerdings keine Studien neueren Datums. Die historische Studie „Die Arbeitlosen von Marienthal“ (vgl. Kap. 5.3: „Weitere Studien mit regionalen Bezügen“) aus den 1930er Jahren, die einen Klassiker der soziologischen Forschung darstellt, hat ebenfalls eine niederösterreichische Gemeinde an der Grenze zum Burgenland zum Untersuchungsgegenstand.

In der Steiermark waren nur zwei Studien mit eindeutigen regionalen Bezügen zu finden, wobei die einzige landesweite Untersuchung bereits in den 1970er Jahren durchgeführt wurde (Studie Nr. 4: „Armut in der Wohlstandsgesellschaft“). Die einzige Arbeit neueren Datums bezieht sich auf die Stadt Graz (Studie Nr. 11: „Wohnsituation von Ausländer/innen in Graz“).

In Oberösterreich finden sich die meisten Arbeiten, sowohl landesweit, als auch in den Städten und Gemeinden. Hauptuntersuchungsgebiete in den oberösterreichischen Städten war die Landeshauptstadt Linz, gefolgt von Wels. Warum die Berichterstattung und Untersuchungstätigkeit zu Armut und sozialer Ausgrenzung in den vier Bundesländern Ostösterreichs so ungleich verteilt ist, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Möglicherweise sind politische Gründe oder die unterschiedliche

regionale Bevölkerungsverteilung die Ursache. So sind in Oberösterreich mehr und größere Ballungszentren anzutreffen als in der Steiermark oder im Burgenland.

Niederösterreich wurde vielleicht aufgrund seiner geografischen Ausrichtung auf die Bundeshauptstadt Wien an der Entwicklung einer ausgeprägten Armutsberichterstattung gehindert. So war zum Beispiel die Verwaltung Niederösterreichs lange Zeit in der Bundeshauptstadt Wien angesiedelt, erst im Jahr 1986 kam es zur Gründung einer eigenen Landeshauptstadt Sankt Pölten und der schrittweisen Verlegung der Verwaltung.

Das Burgenland ist aufgrund seiner Bevölkerungszahl und Bevölkerungsverteilung im betrachteten Gebiet unterrepräsentiert, hier würde mehr das Problemfeld Armut im ländlichen Raum zum Tragen kommen.

### 5.1.3 Erscheinungsjahr

In diesem Kapitel wird das Kriterium „Erscheinungsjahr der Studie“ behandelt. Der Erhebungszeitpunkt wird nicht gesondert betrachtet, da bei allen Studien die Veröffentlichung entweder im selben Jahr, im Folgejahr oder längstens nach zwei Jahren nach Gewinnung der Daten erfolgte.

Die Trends in der Armutsforschung spiegeln sich in der Anzahl der Studien mit regionalem Bezug in den einzelnen Dekaden des vergangenen und des jetzigen Jahrhunderts wider.

Den Beginn einer modernen Armutsforschung in Österreich könnte die Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“ markieren. Wie im Kapitel 5.3: „Weitere Studien mit regionalen Bezügen“ erläutert, stützt sich diese Studie erstmals auf Methoden der modernen empirischen Sozialforschung und stellt zu Recht einen Klassiker der Wissenschaft dar. Das Erscheinungsjahr dieser Studie 1933, lag weit vor anderen Versuchen in der Armutsforschung, die durch die Zeit des Nationalsozialismus und erzwungener Emigration vieler Sozialwissenschaftler unterbrochen wurde.

Die 1950er Jahre waren von der Nachkriegssituation geprägt, es wurde weniger von Armut als von kollektiven Notlagen gesprochen. Die 1960er Jahre werden als „Latenzphase der Armutsforschung“ bezeichnet; durch den wirtschaftlichen Aufschwung wurde die Nachkriegsarmut als überwunden angesehen. Erst Anfang der 1970er Jahre wurde Armut wieder zum Thema, indem auf die Situation von aus der Gesellschaft ausgeschlossenen Randgruppen aufmerksam gemacht wurde. Seit Mitte der 1980er

Jahre wurden Armutskonzepte zu deprivierten Lebenslagen entwickelt und verstärkt empirische Analysen unternommen (vgl. Hauser/Neumann 1992: 238ff, zitiert nach Stelzer-Orthofer 1997: 46).

Für Ostösterreich setzte der Beginn der Armutsforschung Anfang der 1970er Jahre mit der IFES-Studie „Der subjektive und objektive Lebensrahmen alter Menschen in Niederösterreich“ wieder ein. Insgesamt fanden fünf Studien aus den 1970er Jahren Aufnahme in dieser Arbeit. Der große Aufschwung der Armutsbereichterstattung setzte mit den 1990er Jahren ein. Hier ist auch für Ostösterreich ein deutliches Ansteigen der Zahl der Armutsstudien zu beobachten. Insgesamt werden an dieser Stelle fünf Arbeiten aus den 1990er Jahren angeführt. Folgende Tabelle listet alle Studien dieser Arbeit in chronologischer Reihenfolge auf.

Tabelle 16.: Analysierte Studien nach Erscheinungsjahr

Nr.	Erscheinungsjahr	Titel der Studie
1	1971	Lager 56.
2	1971	Der subjektive und objektive Lebensrahmen alter Menschen in Niederösterreich.
3	1973	Die Situation der Ausgleichszulagenbezieher in Oberösterreich.
4	1979	Armut in der Wohlstandsgesellschaft.
5	1979	Arm sein in Österreich.
6	1989	Verwaltete Armut in Wels.
7	1991	Offene Sozialhilfe.
8	1993	Wohnungslose Frauen.
9	1993	Handlungsfelder kommunaler Sozialpolitik.
10	1997	Armut und Zeit.
11	1998	Wohnsituation von Ausländer/innen in Graz.
12	2000	Die bedürftige Wohlstandsgesellschaft.
13	2001	Inanspruchnahme des Mutter-Kind-Passes.
14	2001	"Hilfe zur Arbeit" - eine Integrationsmöglichkeit für SozialhilfeempfängerInnen in den Arbeitsmarkt?
15	2002	Soziale Ungleichheit und Gesundheit.
16	2002	Pensionsbezieher/innen und Umgang mit Krankheit.

Quelle: selbst erstellt

Dieser Trend in der Armutsforschung setzte sich auch im nächsten Jahrhundert ungemindert fort. Für Ostösterreich bedeutet das, dass sich bereits fünf Studien bis Mitte 2005 mit eindeutigen regionalen Bezügen finden ließen.

### 5.1.4 Erhebungszweck und Auftraggeber

In diesem Kapitel wird das Kriterium Erhebungszweck analysiert. Unter dem Kriterium Erhebungszweck werden auch allfällige Auftraggeber subsumiert. Vorerst wird auf die Studien mit Auftraggeber eingegangen.

Armutsstudien werden von Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden), von Interessensverbänden oder anderen Körperschaften in Auftrag gegeben. Folgende Tabelle zeigt die recherchierten Studien zu Armut und Armutsgefährdung in Ostösterreich, geordnet nach Auftraggeber.

Tabelle 17.: Auftraggeber der analysierten Studien

Nr.	Auftraggeber	Titel der Studie
2	Niederösterreichische Landesregierung	Der subjektive und objektive Lebensrahmen alter Menschen in Niederösterreich.
3	Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich	Die Situation der Ausgleichszulagenbezieher in Oberösterreich.
4	Steiermärkische Landesregierung	Armut in der Wohlstandsgesellschaft.
9	Stadt Wels	Handlungsfelder kommunaler Sozialpolitik.
11	Stadt Graz	Wohnsituation von Ausländer/innen in Graz.
13	Oberösterreichische Gebietskrankenkasse (OÖGKK)	Inanspruchnahme des Mutter-Kind-Passes.
15	Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen (BMSG)	Soziale Ungleichheit und Gesundheit.
16	Pensionsversicherungsanstalt (PVA)	Pensionsbezieher/innen und Umgang mit Krankheit.

---

Quelle: selbst erstellt

Auffallend ist die geringe Zahl an Gebietskörperschaften, die als Auftraggeber fungieren. Möglicherweise werden Studien zu Armut und Armutsgefährdung in Auftrag gegeben, aber nicht veröffentlicht, wie im Fall der Studie Nr. 2: „Der subjektive und objektive Lebensrahmen alter Menschen in Niederösterreich“ im Auftrag der Niederösterreichischen Landesregierung, oder Bund und Länder erachten, über die jeweiligen Sozialberichte hinausgehende, Armutsberichte als nicht notwendig. Auch ist immer die Interessenslage des Auftraggebers zu hinterfragen. Im Gesundheitsbereich gibt es relativ viele Auftragsarbeiten, wie Studie Nr. 15: „Soziale Ungleichheit und Gesundheit“ vom Österreichischen Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG) und Studie Nr. 13: „Inanspruchnahme des Mutter-Kind-Passes“ von Claudia Pass, die das Kriterium Armut und Armutsgefährdung berücksichtigen. Studie Nr. 16: „Pensionsbezieher/innen und Umgang mit Krankheit“ von Monika Wukounig entstand als Diplomarbeit in

Zusammenarbeit mit dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger, ob die Klassifikation als Auftragsarbeit gerechtfertigt ist, konnte nicht eruiert werden.

Andere Auftraggeber kommen bei den hier recherchierten Studien nicht vor. Das liegt allerdings in der engen Auswahl begründet. Organisationen wie Caritas und das Österreichische Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung haben Interesse an Armutsberichterstattung und sind in Ostösterreich im Kampf gegen Armut aktiv, doch liegen von dieser Seite keine Studien mit regionalen Bezügen zu diesem Gebiet vor.

Entweder geht die Initiative zur Armutforschung von einer Gebietskörperschaft als Auftraggeber aus, oder von der forschenden Institution, im Falle der hier recherchierten Studien immer von Universitäten, oder, bei Diplomarbeiten und Dissertationen, von an Universitäten tätigen Personen. Ergebnisse sind als Forschungsbericht, Artikel in Fachzeitschriften, als Dissertation oder als Diplomarbeit zugänglich. Im betrachteten Gebiet Ostösterreich gibt es die Universitäten in Linz und Graz. Folgende Übersicht zeigt die Art der Studien zu Armut geordnet nach Erhebungszweck und Forschungsinstitution.

Tabelle 18.: Erhebungszweck und Forschungsinstitution der analysierten Studien

Nr.	Erhebungszweck	Forschungsinstitution	Titel der Studie
1	Forschungsarbeit	Johannes Kepler Universität Linz	Lager 56.
6	Diplomarbeit	Johannes Kepler Universität Linz	Verwaltete Armut in Wels.
7	Diplomarbeit	Johannes Kepler Universität Linz	Offene Sozialhilfe.
8	Diplomarbeit	Johannes Kepler Universität Linz	Wohnungslose Frauen.
14	Diplomarbeit	Johannes Kepler Universität Linz	"Hilfe zur Arbeit" - eine Integrationsmöglichkeit für SozialhilfeempfängerInnen in den Arbeitsmarkt?
12	Diplomarbeit / Forschungsarbeit	Johannes Kepler Universität Linz	Die bedürftige Wohlstandsgesellschaft.
16	Diplomarbeit / Auftragsarbeit	Johannes Kepler Universität Linz	Pensionsbezieher/innen und Umgang mit Krankheit.
10	Dissertation	Johannes Kepler Universität Linz	Armut und Zeit.
13	Dissertation / Auftragsarbeit	Johannes Kepler Universität Linz	Inanspruchnahme des Mutter-Kind-Passes.
5	Forschungsarbeit	Europäisches Zentrum für Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der Sozialen Wohlfahrt	Arm sein in Österreich.

Quelle: selbst erstellt

Hier ist wie im Kapitel 5.1.6: „Datengrundlagen“ ersichtlich, dass alle hier analysierten universitären Arbeiten von der Johannes Kepler Universität Linz stammen. Studie Nr. 10: „Armut und Zeit“ von Christine Stelzer-Orthofer und Studie Nr. 13: „Inanspruchnahme des Mutter-Kind-Passes“ von Claudia Pass gehen auf Dissertationen zurück, Studie Nr. 6: „Verwaltete Armut in Wels“ von Hansjörg Seckauer, Studie Nr. 7: „Offene Sozialhilfe“ von Helmut Dornmayr, Studie Nr. 12: „Die bedürftige Wohlstandsgesellschaft“, Studie Nr. 14: „Hilfe zur Arbeit“ und Studie Nr. 16: „Pensionsbezieher/innen und Umgang mit Krankheit“ sind Diplomarbeiten. Alle diese Arbeiten wurden am Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik (Institutsvorstand Prof. Josef Weidenholzer) eingereicht. Hier dürfte der jahrelange Schwerpunkt dieses Institutes zu Armut und sozialer Ausgrenzung Früchte tragen und diese relativ große Zahl an Arbeiten bedingen. Studie Nr. 8: „Wohnungslose Frauen“ wurde am Institut für Soziologie an der Johannes Kepler Universität Linz eingereicht.

Weiters dürften oberösterreichische Städte wie Linz und Wels Interesse an Armutsforschung gezeigt und die Mitarbeit der Universitäten gesucht, oder die Arbeiten zumindest unterstützt zu haben. Der enge Kontakt des Instituts für Gesellschafts- und Sozialpolitik zu den Verwaltungen einiger oberösterreichischer Städte wie Linz und Wels könnte die Entstehung universitärer Arbeiten gefördert haben und die relativ hohe Zahl an Studien in diesem Gebiet erklären.

### 5.1.5 Maßgrößen und Armutsdefinitionen

Wie im Kapitel 3: „Begriffsklärungen zur Armutsforschung“ erläutert, kann Armut und Armutsgefährdung durch eine Reihe von Indikatoren und Konzepten beschrieben werden, angefangen bei einem einzelnen, isoliert betrachteten Indikator, der Armut anzeigt, bis hin zu multidimensionalen Ansätzen, die eine Fülle von Indikatoren verknüpfen, um so zu besseren Aussagen über Armutsbetroffenheit zu gelangen. Für solche Studien auf Grundlage von komplexen Daten fehlt aber meist ausreichendes Datenmaterial (vgl. Giorgi/Steiner 1997: 179).

Bei den hier betrachteten Studien mit regionalen Bezügen zu Ostösterreich ist die Datenausgangslage noch restriktiver. Meist wird von einem Indikator ausgegangen, mit Hilfe dessen eine Armutspopulation identifiziert wird. Innerhalb dieser von Armut und Armutsgefährdung betroffenen Gruppe werden dann die verschiedenen Aspekte zu Armut erhoben.

Zum Beispiel bildet der Indikator „Sozialhilfebezug“ Armut ab. Dahinter steht die einfache Armutsdefinition: „Wenn jemand Sozialhilfe bezieht, dann ist er als arm anzusehen“. Maßgröße für Armut ist „Sozialhilfe“. Dahinter wird die begrenzte Datenausgangslage deutlich: Daten über Sozialhilfebezieher werden relativ genau in den Sozialämtern erfasst, der Kreis der von Armut und Armutsgefährdung Betroffenen kann eingegrenzt werden.

Im Kapitel 2: „Methodik und begriffliche Abgrenzungen“ wurde auf die Abgrenzung, die im Rahmen dieser Arbeit erfolgte, schon eingegangen. Hier wurden Studien aufgenommen, deren Indikatoren und Maßgrößen eindeutig auf Armut abzielen. Das können Einkommensmaße oder nichtmonetäre Ausstattungsmerkmale, wie zum Beispiel Wohnverhältnisse sein. Studien, die keine eindeutigen Indikatoren für Armut verwenden, wurden in diese Arbeit nicht aufgenommen. So zählen beispielsweise Alleinerziehende oder Arbeitslose vermehrt zu den armutsgefährdeten Gruppen (vgl. Till-Tenschert 2004: 216ff), doch kann beim Vorliegen des Indikators „Alleinerziehung“ oder „Arbeitslosigkeit“

nicht zwangsläufig auf das Vorhandensein von Armut geschlossen werden. Studien, die beispielsweise Arbeitslosigkeit ohne weitere Indikatoren zum Thema hatten, wurden deshalb nicht aufgenommen. Umgekehrt könnte Arbeitslosigkeit sehr wohl Gegenstand dieser Arbeit sein. Nämlich dann, wenn Arbeitslosigkeit und ein weiterer Indikator, der Armut anzeigt, wie zum Beispiel niedriges Haushaltseinkommen, betrachtet werden.

Folgende Übersicht vermittelt einen Eindruck über die Maßgrößen für Armut und Armutsgefährdung, die in den hier behandelten Studien vorkommen.

Tabelle 19.: Maßgrößen für Armut der analysierten Studien

<b>Nr.</b>	<b>Maßgröße für Armut</b>	<b>Titel der Studie</b>
5	Selbsteinschätzung	Arm sein in Österreich.
4	Einkommen	Armut in der Wohlstandsgesellschaft.
16	Einkommen	Pensionsbezieher/innen und Umgang mit Krankheit.
2	Haushaltseinkommen	Der subjektive und objektive Lebensrahmen alter Menschen in Niederösterreich.
13	Haushaltseinkommen	Inanspruchnahme des Mutter-Kind-Passes.
15	Haushaltseinkommen	Soziale Ungleichheit und Gesundheit.
6	Sozialhilfe	Verwaltete Armut in Wels.
7	Sozialhilfe	Offene Sozialhilfe.
9	Sozialhilfe	Handlungsfelder kommunaler Sozialpolitik.
10	Sozialhilfe	Armut und Zeit.
12	Sozialhilfe	Die bedürftige Wohlstandsgesellschaft.
14	Sozialhilfe	"Hilfe zur Arbeit" - eine Integrationsmöglichkeit für SozialhilfeempfängerInnen in den Arbeitsmarkt?
8	Obdachlosigkeit	Wohnungslose Frauen.
3	Wohnkosten	Die Situation der Ausgleichszulagenbezieher in Oberösterreich.
1	Wohnverhältnisse	Lager 56.
11	Wohnverhältnisse	Wohnsituation von Ausländer/innen in Graz.

Quelle: selbst erstellt

Hinter diesen Indikatoren stehen Armutsannahmen und Armutsdefinitionen. Die nächste Tabelle versucht die Definitionen, die in diesen Studien verwendet werden, anzuführen. Diese Definitionen sind manchmal nicht explizit gegeben, sondern nur über die Forschungsannahmen in der jeweiligen Studie eruiert.

Tabelle 20.: Armutsdefinitionen der analysierten Studien

Nr.	Armutsdefinition	Titel der Studie
3	Ausgleichszulagenbezieher zur Arbeiterpension	Die Situation der Ausgleichszulagenbezieher in Oberösterreich.
5	Subjektiv	Arm sein in Österreich.
15	Rezeptgebührenbefreiung	Soziale Ungleichheit und Gesundheit.
6	Sozialhilfebezug	Verwaltete Armut in Wels.
7	Sozialhilfebezug	Offene Sozialhilfe.
9	Sozialhilfebezug	Handlungsfelder kommunaler Sozialpolitik.
10	Sozialhilfebezug	Armut und Zeit.
14	Sozialhilfebezug	"Hilfe zur Arbeit" - eine Integrationsmöglichkeit für SozialhilfeempfängerInnen in den Arbeitsmarkt?
12	Abgelehnte Sozialhilfe-Antragsteller	Die bedürftige Wohlstandsgesellschaft.
13	Soziale Lebenslage / Einkommen	Inanspruchnahme des Mutter-Kind-Passes.
2	Niedriges Haushaltseinkommen	Der subjektive und objektive Lebensrahmen alter Menschen in Niederösterreich.
4	Niedriges Einkommen und physisches und psychisches Leid	Armut in der Wohlstandsgesellschaft.
16	Niedriges Einkommen	Pensionsbezieher/innen und Umgang mit Krankheit.
11	Schlechte Wohnqualität	Wohnsituation von Ausländer/innen in Graz.
8	Obdachlosigkeit	Wohnungslose Frauen.
1	Bewohner eines Notlagers	Lager 56.

Quelle: selbst erstellt

Die Sozialhilfe der Länder und Gemeinden dient der Absicherung der grundlegendsten Bedürfnisse von Menschen in unterschiedlichsten Lebenslagen, wenn alle übrigen sozialen Netze keine entsprechenden Leistungen vorsehen. Sie wird deswegen oft auch als „zweites soziales Netz“ bezeichnet, im Gegensatz zur vorgelagerten Sozialversicherung, dem „ersten sozialen Netz“, bestehend im wesentlichen aus Kranken-, Unfall-, Pensions- und Arbeitslosenversicherung (vgl. Stelzer-Orthofer 1997: 65 und Dornmayr 1991: 3). Die Sozialhilfe ist nach dem Subsidiaritätsprinzip organisiert. Wenn weder durch eigene Erwerbsarbeit, noch durch Leistungen der Sozialversicherung oder anderer Institutionen oder durch Einkommen und Vermögen der Familie die materielle und soziale Sicherheit gewährleistet werden kann, besteht ein Rechtsanspruch auf Sozialhilfe. Dazu zählen im Wesentlichen Geldleistungen, die Krankenhilfe, Pflegeleistungen und die Heim- und Anstaltsunterbringung (vgl. Badelt/Österle 2001: 230f).

Bei obigen Tabellen fällt der große Anteil an Sozialhilfebezug als Bezugspunkt für Armut auf. Das liegt einerseits in der Datenlage begründet (vgl. Kapitel 5.1.6: „Datengrundlagen“), andererseits am Erhebungszweck (vgl. Kapitel 5.1.4: „Erhebungszweck und

Auftraggeber“). Da die Zuständigkeit für die Vergabe der Sozialhilfe bei den Gemeinden liegt, ist der Zugang zu den Daten der Sozialhilfe für kleinere Forschungsprojekte oftmals leichter erreichbar. Weiters ist, wie aus oben angeführten Anspruchsvoraussetzungen ersichtlich, der Schluss von Bezug der Sozialhilfe auf Armut oder Armutsgefährdung zulässig. Allerdings darf nicht außer Acht gelassen werden, dass es sich dabei nur um ein Segment der Armutsbevölkerung handelt (vgl. Seckauer 1989: 67).

Die meisten Studien, die im Rahmen dieser Arbeit analysiert werden, behandeln den Bereich der offenen Sozialhilfe. Damit werden Sozialhilfeempfänger in Privathaushalten bezeichnet, im Gegensatz zu Sozialhilfeempfängern in Heimen und anderen Anstalten. Die Sozialhilfebedürftigkeit der großen Gruppe in Heimen und Anstalten entsteht durch die hohen Kosten dieser Einrichtungen, „weshalb diese Personengruppe nicht a priori dem ‚klassischen‘ Armutspotential zugerechnet werden kann.“ (Bacher/Dornmayr/Seckauer 1993: 200). Studie Nr. 6: „Verwaltete Armut in Wels“ und Studie Nr. 9: „Handlungsfelder kommunaler Sozialpolitik“ behandeln aber auch diesen Bereich.

Eine Studie aus den 1970er Jahren (Nr. 3: „Die Situation der Ausgleichszulagenbezieher in Oberösterreich“) nimmt den Ausgleichszulagenrichtsatz zur Arbeiterpension als Maß für Armut. Von diesem Indikator kann zwar noch nicht auf Armut geschlossen werden, doch wird in der Studie über den Anteil der Wohnkosten auf niedriges Einkommen geschlossen, wodurch die Aufnahme in diese Arbeit wieder als gerechtfertigt erschien. In Österreich konnte die Altersarmut durch die überproportionale Anhebung des Ausgleichszulagensatzes Anfang der 1990er Jahre zurückgedrängt werden (vgl. ÖBIG 2002: III).

Wohnraum ist ein elementares Bedürfnis des Menschen. Schlechte Wohnqualität kann als Indikator für Armut und Armutsgefährdung herangezogen werden. Das kann die Art der Wohnung betreffen, meist Substandardwohnungen der Kategorien C und D mit den entsprechenden Mängeln in der Ausstattung, oder sich in Größen wie Überbelag oder sonstigen Beeinträchtigungen ausdrücken. Die Wohnqualität stand bei Studie Nr. 11: „Wohnsituation von Ausländer/innen in Graz“ im Vordergrund, bei den Studien Nr. 3, 5, 7, 9, 12 und 16 finden sich Aussagen zur Wohnsituation in den Ergebnissen.

Wohnungslosigkeit ist ein eigener Bereich der sozialpolitischen und karitativen Maßnahmen. Die Datenlage erweist sich in diesem Bereich als äußerst schwierig, allenfalls können Zahlen von Obdachlosen-Betreuungseinrichtungen herangezogen werden. Der Zusammenhang zwischen Armut und Obdachlosigkeit ist evident. Studie

Nr. 8: „Wohnungslose Frauen“ unternimmt den Versuch einer Erhebung in diesem Bereich.

Die soziale Lebenslage der Studie Nr. 13: „Inanspruchnahme des Mutter-Kind-Passes“ wird definiert als das Resultat aus objektiven Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie aus dem familiären Kontext (Beruf der Eltern und des Lebenspartners), subjektiven Lebenseinstellungen und den individuellen Zukunftsperspektiven, wodurch das Konzept objektive und subjektive Komponenten sowie dynamische Aspekte aufweist (vgl. Pass 2001: 238f). Datentechnisch greifbar wird die anspruchsvolle Definition über die Maßgröße Haushaltseinkommen.

Dem Indikator Einkommen, sei es personen- oder haushaltsbezogen, kommt auch bei den Studien mit regionalen Bezügen zu Ostösterreich zentrale Bedeutung zu.

### 5.1.6 Datengrundlagen

In diesem Kapitel werden die Datengrundlagen behandelt, auf die die Studien zu Armut und Armutsgefährdung mit regionalen Bezügen zu Ostösterreich zurückgreifen.

Für die empirische Untersuchung von Einkommensungleichheit und Armut werden in Österreich folgende Datenquellen verwendet (vgl. Eberharter 2005: 52):

- Sonderauswertungen der Einkommensdaten des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger
- Sonderauswertungen der Lohnsteuerstatistik
- Sonderauswertungen der Einkommensdaten aus dem Mikrozensus: Stichprobenerhebungen von Einkommens- und sozioökonomischen Haushaltsmerkmalen, nur auf Bundesländerebene (NUTS 2) repräsentativ
- Meinungsumfragen zu den Lebensverhältnissen von Personen und Haushalten
- EU-SILC (European Union – Statistics on Income and Living Conditions)

Dabei kann zwischen Primär- und Sekundärdaten unterschieden werden (vgl. Hüttner/Schwarting 2002: 67ff). Primärdaten werden in der Armutforschung durch Befragung, durch Beobachtung und durch Paneldaten erhoben. Klassisches Instrument der Befragung ist das Interview. Sekundärdaten stützen sich auf andere Datenquellen, aus denen die entsprechenden Informationen gewonnen werden, d.h. die Datensätze wurden nicht für die entsprechenden Untersuchungen zu Armut generiert, sondern für andere Zwecke erhoben. Dazu zählen beispielsweise die Daten von Sozialversicherungsträgern oder von städtischen Magistraten. Auch das Auswerten von Karteikarten und Aktenanalyse zählt zu den Sekundärdaten. Die Unterschiede zwischen Primär- und

Sekundärerhebung werden im Kapitel 5.1.7: „Erhebungsmethoden“ eingehender behandelt.

Die Datenherkunft unterscheidet sich von der Art der Datengewinnung. So kann eine Primärerhebung durchaus Daten verwenden, die sekundären Charakter haben. Beispielsweise kann Adressmaterial von einem Sozialversicherungsträger verwendet werden, um mit dessen Hilfe eine primäre Befragung durchzuführen.

Folgende Tabelle veranschaulicht die Zuordnung der Studien nach Datenherkunft und Häufigkeit, auf die sich die analysierten Armutsstudien in Ostösterreich stützen.

Tabelle 21.: Datenherkunft der analysierten Studien

Nr.	Datenherkunft	Titel der Studie
6	Statistisches Zentralamt	Verwaltete Armut in Wels.
3	Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Angestellten für Oberösterreich	Die Situation der Ausgleichszulagenbezieher in Oberösterreich.
11	Magistrat der Stadt Graz	Wohnsituation von Ausländer/innen in Graz.
1	Primär	Lager 56.
2	Primär	Der subjektive und objektive Lebensrahmen alter Menschen in Niederösterreich.
4	Primär	Armut in der Wohlstandsgesellschaft.
5	Primär	Arm sein in Österreich.
8	Primär	Wohnungslose Frauen.
15	Oberösterreichische Gebietskrankenkasse	Soziale Ungleichheit und Gesundheit.
13	Oberösterreichische Gebietskrankenkasse	Inanspruchnahme des Mutter-Kind-Passes.
16	Oberösterreichische Gebietskrankenkasse	Pensionsbezieher/innen und Umgang mit Krankheit.
10	Magistrat der Stadt Linz	Armut und Zeit.
12	Magistrat der Stadt Linz	Die bedürftige Wohlstandsgesellschaft.
14	Magistrat der Stadt Linz	"Hilfe zur Arbeit" - eine Integrationsmöglichkeit für SozialhilfeempfängerInnen in den Arbeitsmarkt?
7	Magistrat der Stadt Wels	Offene Sozialhilfe.
9	Magistrat der Stadt Wels	Handlungsfelder kommunaler Sozialpolitik.

Quelle: selbst erstellt

Hier fällt wieder das Übergewicht an oberösterreichischen Institutionen auf, sowohl von der Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse (OÖGKK) als auch von den Städten Linz und Wels.

Die Oberösterreichische Gebietskrankenkasse (OÖGKK) unterstützt im Rahmen einer laufenden Qualitätssicherung die Kooperation mit Forschung und Lehre (vgl. OÖGKK 2005). Um ihre Aktivitäten auf eine breitere Basis zu stellen, hat die OÖGKK gemeinsam mit den Gebietskrankenkassen in den Bundesländern Niederösterreich, Salzburg, Kärnten und Tirol und den Versicherungsanstalten des österreichischen Bergbaus, der Gewerblichen Wirtschaft, der Bauern und der Beamten sowie mit dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger die „Kooperationsplattform Forschung und Lehre“ gegründet. Dabei werden Diplomarbeiten- und Dissertationsthemen zu juristischen, medizinischen und sozialwissenschaftlichen, personalwirtschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Themen vergeben und vom jeweiligen Krankenversicherungsträger inhaltlich und finanziell unterstützt.

Die OÖGKK stellt beispielsweise ihre erfassten und gespeicherten Gesundheits- und Krankheitsdaten für entsprechende Diplomarbeiten oder Dissertationen zur Verfügung. Bei entsprechender Qualität werden diese in der, gemeinsam mit dem Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Johannes Kepler Universität Linz herausgegebenen „Schriftenreihe Gesundheitswissenschaften“ veröffentlicht. Dabei gibt es immer wieder inhaltliche Anknüpfungspunkte zu Armut und Armutsgefährdung. Die Arbeit von Claudia Pass (Studie Nr. 13: „Inanspruchnahme des Mutter-Kind-Passes“) erschien als Veröffentlichung in dieser Schriftenreihe, die Diplomarbeit (Studie Nr. 16: „Pensionsbezieher/innen und Umgang mit Krankheit“) von Maria Wukounig und die Untersuchung des Österreichischen Bundesinstituts für Gesundheitswesen (ÖBIG) (Studie Nr. 15: „Soziale Ungleichheit und Gesundheit“) stützten sich auf Daten der OÖGKK.

Alle Studien, die mit Daten des Linzer Magistrats arbeiten, sind universitäre Arbeiten. Studie Nr. 10: „Armut und Zeit“ von Christine Stelzer-Orthofer geht auf eine Dissertation zurück, Studie Nr. 12: „Die bedürftige Wohlstandsgesellschaft“ und Studie Nr. 14: „Hilfe zur Arbeit“ sind Diplomarbeiten. Hier liegt der Schluss nahe, dass die Nähe der Johannes Kepler Universität Linz mit dem Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik (Institutsvorstand Prof. Josef Weidenholzer) möglicherweise Einfluss ausübt. Von welcher Seite die Impulse für die Zusammenarbeit mit dem Linzer Magistrat ausgingen, kann hier nicht beantwortet werden.

Ähnlich gelagert ist der Schwerpunkt Wels. Die Studie Nr. 6: „Verwaltete Armut in Wels“ von Hansjörg Seckauer ist eine Diplomarbeit, ebenso wie Studie Nr. 7: „Offene Sozialhilfe“ von Helmut Dornmayr, beide am Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Johannes Kepler Universität Linz eingereicht. Studie Nr. 9: „Handlungsfelder

kommunaler Sozialpolitik“ ist eine weiterführende Arbeit, die als Sammelband erschien, unter anderem mit diesen beiden Autoren, die ebenfalls die Stadt Wels untersucht.

Als bundesweite Untersuchungen, die allerdings nur begrenzt Rückschlüsse auf bestimmte Regionen zulassen, fanden seit 1995 in Österreich im Rahmen des Europäischen Haushaltspanels ECHP (European Community Household Panel) Erhebungen unter anderem zu Armut und Armutsgefährdung statt. Regionale Kriterien waren dabei „ländlicher Bereich – Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern“, „Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern“ und „Wien“. Die ersten sieben Wellen fanden zwischen 1995 und 2001 statt.

Seit 2003 wird auch in Österreich EU-SILC (European Union – Statistics on Income and Living Conditions) erhoben. Im Rahmen von EU-SILC werden alle wichtigen Informationen ermittelt, die notwendig sind, um ein umfassendes Bild über die Lebenssituation von Menschen in Privathaushalten zu gewinnen. Diese Statistik bildet auf europäischer Ebene die Datengrundlage für die Bereiche Haushaltseinkommen, Armut und Armutsgefährdung sowie die Lebensbedingungen deprivierter Haushalte. In Österreich werden dazu ca. 9.000 zufällig ausgewählte Haushalte, verteilt auf alle Bundesländer, befragt. Regionale Kriterien finden sich aber nur als „Wien“, „andere Großstädte (>100.000)“, „Städte mittlerer Größe (>10.000)“ und „ländlicher Bereich (<10.000)“.

Diese beiden Statistiken bildeten bzw. bilden die Datengrundlage für die Sozialberichte des Bundesministeriums für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz. Dementsprechend finden sich in den Sozialberichten des Bundes die oben beschriebenen regionalen Kriterien.

In Ostösterreich würden Linz und Graz unter das Kriterium „Andere Großstädte (mehr als 100.000 Einwohner)“ fallen. „Städte mittlerer Größe (mehr als 10.000 Einwohner)“ gibt es im Burgenland eine Gemeinde, in Niederösterreich 19, in Oberösterreich 12 und in der Steiermark sechs Gemeinden. Der Rest der Gemeinden verteilt sich auf den „ländlichen Bereich (unter 10.000 Einwohner)“.

### 5.1.7 Erhebungsmethoden

Die Verfahren der Datengewinnung umfassen grundsätzlich die Instrumente Befragung, Beobachtung, Experiment, Inhaltsanalyse und die Auswertung von Sekundärmaterial (vgl. beispielsweise Kromrey 2000: 167ff oder Hüttner/Schwarting 2002: 67ff). Als Sonderform einer periodischen Befragung von gleich bleibenden Untersuchungseinheiten in selben Zeitabständen ist die Panelerhebung. In Österreich sind der Mikrozensus und EU-SILC (European Union – Statistics on Income and Living Conditions) Beispiele für Panelerhebungen, die Datenmaterial für die Armutsforschung liefern (vgl. Kapitel 5.1.6: „Datengrundlagen“).

Bei den hier analysierten Studien kommen vorrangig die Instrumente der Befragung und die Auswertung von Sekundärmaterial zum Einsatz. Bei der Befragung oder Interview unterscheidet man nach dem Grad der Strukturiertheit standardisierte, teilstandardisierte und nicht-standardisierte Vorgehensweisen.

Die standardisierte Befragung erfolgt mündlich in persönlicher Form durch den Interviewer in Einzel- oder Gruppenform anhand eines Fragebogens, der durch den Interviewer oder den Befragten ausgefüllt wird. Bei der schriftlichen Form erfolgt die Befragung ebenfalls anhand eines Fragebogens per Post, durch Verteilung und Abholung, allenfalls durch Befragung in der Gruppe.

Die teil-standardisierten Befragungsmethoden umfassen das Leitfadeninterview, das Intensivinterview und das Experteninterview in teilstrukturierter Form.

Zu den nicht-standardisierten oder unstrukturierten Methoden gehören narratives Interview, Tiefeninterview, Experteninterview und Gruppendiskussion.

Die Auswertung von Sekundärmaterial umfasst die Auswertung von Datenquellen, die nicht primär für den Zweck der jeweiligen Untersuchung erhoben wurden. Im Bereich der Armutsstudien mit regionalen Bezügen zu Ostösterreich sind das neben der Literaturanalyse die offiziellen Statistiken der Gebietskörperschaften oder personenbezogene Akten, Karteien, Hilfsblätter oder ähnliches.

Folgende Tabelle gibt einen Überblick über die verwendeten Methoden der hier analysierten Studien. In den meisten Studien kam mehr als eine Datenerhebungsmethode

zum Einsatz, sei es als Vorerhebung zur Vorbereitung der eigentlichen Erhebung oder als eine Kombination von Methoden, die einander ergänzten.

Die in folgender Tabelle als „Datengewinnung 1“ bezeichnete Spalte beinhaltet die Hauptmethode der jeweiligen Studie. Die Identifikation als Haupt- und Vorerhebung ist auch im Kapitel 5.2: „Analyse der Armutsstudien“ oder im Anhang für die jeweilige Studie ersichtlich. Von den Stichprobengrößen im Kapitel 5.1.9: „Stichproben“ kann ebenfalls auf den Charakter der Methode der Datengewinnung geschlossen werden.

Tabelle 22.: Methoden der Datengewinnung der analysierten Studien

<b>Nr.</b>	<b>Daten- gewinnung 1</b>	<b>Daten- gewinnung 2</b>	<b>Daten- gewinnung 3</b>	<b>Titel der Studie</b>
1	Fragebogen- interview			Lager 56.
11	Fragebogen- Interview			Wohnsituation von Ausländer/innen in Graz.
12	Fragebogen- interview	Interview	Experteninterview	Die bedürftige Wohlstandsgesellschaft.
3	Fragebogen			Die Situation der Ausgleichszulagenbezieher in Oberösterreich.
4	Fragebogen	Fragebogen- interview		Armut in der Wohlstandsgesellschaft.
13	Fragebogen	Intensivinterview		Inanspruchnahme des Mutter- Kind-Passes.
8	Fragebogen	Intensivinterview / Leitfadeninterview		Wohnungslose Frauen.
2	Intensivinterview	Fragebogen	Experteninterview	Der subjektive und objektive Lebensrahmen alter Menschen in Niederösterreich.
5	Fragebogen	Intensivinterview	öffentliche Diskussion	Arm sein in Österreich.
16	Fragebogen	Leitfadeninterview	Experteninterview	Pensionsbezieher/innen und Umgang mit Krankheit.
6	Analyse sekundär			Verwaltete Armut in Wels.
15	Analyse sekundär	Experteninterview		Soziale Ungleichheit und Gesundheit.
10	Aktenanalyse sekundär	Aktenanalyse sekundär		Armut und Zeit.
7	Analyse sekundär	Analyse sekundär	Aktenanalyse sekundär	Offene Sozialhilfe.
9	Analyse sekundär	Analyse sekundär	Aktenanalyse sekundär	Handlungsfelder kommunaler Sozialpolitik.
14	Aktenanalyse Sekundär	Aktenanalyse Sekundär	Experteninterview	„Hilfe zur Arbeit“ – eine Integrationsmöglichkeit für SozialhilfeempfängerInnen in den Arbeitsmarkt?

Quelle: selbst erstellt

Das Merkmal „Fragebogeninterview“ bedeutet nach obiger Einteilung somit eine persönliche, standardisierte Einzelbefragung durch einen Interviewer mittels eines Fragebogens. Das Merkmal „Fragebogen“ deutet auf eine standardisierte, schriftliche, meist

durch Post verschickte Befragung hin, der Fragebogen wird dabei durch den Befragten ausgefüllt und retourniert.

Das Merkmal „Analyse / sekundär“ umfasst die Auswertung von Sekundärquellen, hier meist Statistiken zur Sozialhilfe. Einzig Studie Nr.15: „Soziale Ungleichheit und Gesundheit“ unterzieht Daten eines Sozialversicherungsträgers zur Rezeptgebührenbefreiung der Analyse.

„Aktenanalyse / sekundär“ bedeutet die Auswertung personenbezogener Akten, die nicht zum Zwecke der Untersuchung angelegt wurden. Unter „Akten“ werden hier alle amtlichen Unterlagen subsumiert, in obiger Tabelle handelt es sich dabei ausschließlich um Daten von Sozialhilfebeziehern. Alle anderen Datengewinnungsmethoden sind primäre Erhebungen und sind aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht als solche gekennzeichnet.

Die standardisierte Befragung ist die vorherrschende Methode der Datengewinnung der hier analysierten Studien, Experteninterviews dienten meist zur Einarbeitung in die Materie und/oder zur Erstellung eines Fragebogens. Intensivinterviews bedeuteten lang andauernde Befragungen von Armutsbetroffenen.

Die Methoden der Datengewinnung und die Art der Fragen haben unmittelbaren Einfluss, ob die Ergebnisse quantitativer oder qualitativer Natur sind. Manche Studien vereinigen beide Merkmalsausprägungen.

Ein weiteres wichtiges Kriterium ist die Betrachtungsweise der jeweiligen Studien, ob es sich um eine stichtagsbezogene bzw. durchschnittliche oder um eine Betrachtungsweise im Zeitablauf handelt. Folgende Tabelle fasst die Kriterien quantitativ / qualitativ bzw. quer / längs für die hier analysierten Studien zusammen. Im Vordergrund stand dabei die vorrangige Methode der Datengewinnung der jeweiligen Studie.

Tabelle 23.: Art und Betrachtungsweise der analysierten Studien

Nr.	Art der Ergebnisse		Betrachtung		Titel der Studie
1	quantitativ	qualitativ	quer		Lager 56.
2	quantitativ		quer		Der subjektive und objektive Lebensrahmen alter Menschen in Niederösterreich.
3	quantitativ		quer		Die Situation der Ausgleichszulagenbezieher in Oberösterreich.
4	quantitativ		quer		Armut in der Wohlstandsgesellschaft.
5		qualitativ	quer		Arm sein in Österreich.
6	quantitativ		quer	(längs) <sup>1</sup>	Verwaltete Armut in Wels.
7	quantitativ		quer		Offene Sozialhilfe.
8		qualitativ	quer		Wohnungslose Frauen.
9	quantitativ	qualitativ	quer		Handlungsfelder kommunaler Sozialpolitik.
10	quantitativ			längs	Armut und Zeit.
11	quantitativ		quer		Wohnsituation von Ausländer/innen in Graz.
12	quantitativ		quer		Die bedürftige Wohlstandsgesellschaft.
13	quantitativ		quer		Inanspruchnahme des Mutter-Kind-Passes.
14	quantitativ			längs	"Hilfe zur Arbeit" - eine Integrationsmöglichkeit für SozialhilfeempfängerInnen in den Arbeitsmarkt?
15	quantitativ	qualitativ	quer		Soziale Ungleichheit und Gesundheit.
16	quantitativ		quer		Pensionsbezieher/innen und Umgang mit Krankheit.

<sup>1</sup> Zeitraum

Quelle: selbst erstellt

Bei den meisten Studien herrscht eine querschnittsbezogene Zugangsweise vor, lediglich bei zwei der hier analysierten Studien wird versucht, dem komplexen Phänomen von Armutsverläufen mittels einer längsschnittsorientierten Erfassung gerecht zu werden.

### 5.1.8 Grundgesamtheiten

In diesem Kapitel werden die Grundgesamtheiten der hier analysierten Studien mit regionalen Bezügen zu Ostösterreich behandelt.

Da ein Eingrenzungsmerkmal dieser Arbeit „Studien zu Armut und Armutsgefährdung“ lautet, liegt der Schluss nahe: die Untersuchungseinheiten sind von Armut und Armutsgefährdung betroffene Menschen. Doch diese Menschen unterliegen einer Fülle von soziodemografischen und soziokulturellen Merkmalen, sodass eine Identifizierung dieses Merkmals mit Problemen behaftet ist. Darüber hinausgehend sind methodische Probleme zu lösen wie: individuelle oder Haushaltsbetrachtung? Mit welchen Äquivalenzziffern wird bewertet? Wer wird als nicht arm erfasst? Wie erfolgt die Verteilung? Nimmt die Person Armut subjektiv wahr?

Bei den hier behandelten Studien herrscht aufgrund der restriktiven Datenlage ein durchaus pragmatischer Zugang vor. Es wird ein Ausschnitt der (Armut-) Wirklichkeit untersucht, der durch den Zugang zur Grundgesamtheit geprägt ist. An dieser Stelle sei auf die Unterscheidung zwischen angestrebter oder eigentlicher Grundgesamtheit (engl.: target population) und der Erhebungs-Grundgesamtheit hingewiesen. Darunter wird diejenige Gesamtheit von Fällen verstanden, aus der faktisch die Stichprobe gezogen wird (vgl. Kromrey 1990: 133). Erhebungs-Grundgesamtheit ist entweder die im Zeitraum des Auswahlverfahrens prinzipiell erreichbare Gesamtheit der Untersuchungs- bzw. Erhebungseinheiten, falls das Auswahlverfahren direkt auf die Untersuchungseinheiten gerichtet ist, oder die tatsächlich repräsentierte Grundgesamtheit, falls das Auswahlverfahren sich auf eine symbolische Repräsentation der angestrebten Grundgesamtheit stützt.

Der folgende Überblick stellt die Merkmale und den Umfang der Grundgesamtheiten der in dieser Arbeit betrachteten Studien gereiht nach der Größe der Grundgesamtheit dar.

Tabelle 24.: Grundgesamtheiten der analysierten Studien

Nr.	Merkmal der Grundgesamtheit	Größe der Grundgesamtheit	Titel der Studie
2	Über 60jährige in Niederösterreich	?	Der subjektive und objektive Lebensrahmen alter Menschen in Niederösterreich.
8	Obdachlose Frauen in Linz	?	Wohnungslose Frauen.
13	Karenzgeldbezieherinnen in Oberösterreich	?	Inanspruchnahme des Mutter-Kind-Passes.
12	Abgelehnte Sozialhilfe-Antragsteller in Linz	88	Die bedürftige Wohlstandsgesellschaft.
1	Bewohner des Lagers 56	376	Lager 56.
7	Sozialhilfebezieher in Privathaushalten in Wels	480	Offene Sozialhilfe.
14	Sozialhilfearbeiter	500	"Hilfe zur Arbeit" - eine Integrationsmöglichkeit für SozialhilfeempfängerInnen in den Arbeitsmarkt?
6	Sozialhilfebezieher in Wels	888 – 1.049 <sup>1</sup>	Verwaltete Armut in Wels.
9	Sozialhilfebezieher in Wels	1.049	Handlungsfelder kommunaler Sozialpolitik.
5	Bevölkerung Schönau/Oberösterreich	1.700	Arm sein in Österreich.
10	Sozialhilfebezieher in Privathaushalten in Oberösterreich	10.000	Armut und Zeit.
11	Ausländer in Graz (ohne EU, USA, CAN, JAP, AUS)	22.176	Wohnsituation von Ausländer/innen in Graz.
3	Ausgleichszulagenbezieher in Oberösterreich	60.000	Die Situation der Ausgleichszulagenbezieher in Oberösterreich.
16	Pensionsbezieher in Oberösterreich	267.264	Pensionsbezieher/innen und Umgang mit Krankheit.
4	Privathaushalte in der Steiermark	(362.117) <sup>2</sup>	Armut in der Wohlstandsgesellschaft.
15	OÖGKK Versicherte und Angehörige	1,045.182	Soziale Ungleichheit und Gesundheit

<sup>1</sup> zeitraumbezogen

<sup>2</sup> Privathaushalte

Quelle: selbst erstellt

Die Fragezeichen markieren unbekannte Größen der Grundgesamtheit. Bei den meisten der hier angeführten Studien wird von einer Grundgesamtheit ausgegangen, die nicht a priori als arm anzusehen ist. Bei den Grundgesamtheiten „Sozialhilfebezug“ kann zumindest von einem hohen Grad an Armutsgefährdung ausgegangen werden. Hier ist wieder die dahinter stehende Armutsdefinition ausschlaggebend, ob Sozialhilfebezug mit Armut gleichzusetzen ist. Nur bei Studie Nr. 8: „Wohnungslose Frauen“ kann von einer Grundgesamtheit ausgegangen werden, die in ihrer Gesamtheit als arm anzusehen ist.

Ob diese Grundgesamtheiten im Wege einer Vollerhebung erfasst wurden, oder ob daraus Stichproben gezogen wurden, zeigt das nächste Kapitel.

### 5.1.9 Stichproben

Um die Nachteile einer Voll- oder Totalerhebung zu vermeiden, kann aus Grundgesamtheiten eine Auswahl getroffen, d.h. Stichproben gezogen werden, die bei Erfüllung folgender Kriterien Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit zulassen (vgl. Kromrey 2000: 136f).

- Die Grundgesamtheit muss eindeutig abgegrenzt sein;
- Die Stichprobenelemente müssen eindeutig definiert sein;
- Das Auswahlverfahren muss angebar sein;
- Die Stichprobe muss repräsentativ, d.h. ein verkleinertes Abbild der Grundgesamtheit, sein;

Die Vorteile der Erhebung von Stichproben liegen in Kostenersparnissen (Zeit, Geld, Arbeitsaufwand), in der schnelleren Verfügbarkeit und der meist höheren Genauigkeit aufgrund besserer Kontrolle, präziserer Datenerhebung und intensiverer Auswertung (vgl. Kromrey 2000: 130).

Bei Stichprobenauswahlverfahren unterscheidet man grundsätzlich zwischen Zufallsverfahren und Nicht-Zufallsverfahren.

Zufällige Auswahl der Elemente aus der Grundgesamtheit umfasst die Normalform (Auslosen, systematische Auswahl, etc.) und Sonderformen (Schichtung, Klumpen, Mehrstufen, etc.).

Bei nicht zufälligen Auswahlverfahren ist die Chance in die Auswahl zu gelangen für jedes Element der Grundgesamtheit nicht gleich groß. Willkürliche Auswahl oder bewusste Auswahl (typische Fälle, Quoten, etc.) sind Formen für nicht zufällige Auswahlverfahren (vgl. Hüttner/Schwarting 2002: 124).

Folgende Tabelle zeigt überblicksartig die Stichprobenauswahlverfahren, die für die verschiedenen Methoden der Datengewinnung bei den hier analysierten Studien angewendet wurden. Ein leeres Feld bedeutet dabei, dass das entsprechende Auswahlverfahren bzw. die Datengewinnungsmethode nicht durchgeführt wurde, ein Fragezeichen hingegen zeigt an, dass zwar eine Auswahl stattfand, die Form aber nicht eruiert werden konnte. Detailliertere Informationen zum jeweiligen Auswahlverfahren

werden bei der Beschreibung der jeweiligen Studie im Kapitel 5.2: „Analyse der Armutsstudien“ gegeben.

Tabelle 25.: Stichprobenauswahlverfahren der analysierten Studien

Nr.	Auswahlverfahren 1	Auswahlverfahren 2	Auswahlverfahren 3	Titel der Studie
1	bewusst			Lager 56.
2	mehrstufig	bewusst	?	Der subjektive und objektive Lebensrahmen alter Menschen in Niederösterreich.
3	bewusst			Die Situation der Ausgleichszulagenbezieher in Oberösterreich.
4	?	bewusst		Armut in der Wohlstandsgesellschaft.
5	willkürlich	bewusst	willkürlich	Arm sein in Österreich.
6	keine			Verwaltete Armut in Wels.
7	keine	gesamt	zufällig	Offene Sozialhilfe.
8	willkürlich	bewusst		Wohnungslose Frauen.
9	keine	gesamt	zufällig	Handlungsfelder kommunaler Sozialpolitik.
10	zufällig	Klumpen		Armut und Zeit.
11	mehrstufig			Wohnsituation von Ausländer/innen in Graz.
12	gesamt	willkürlich	bewusst	Die bedürftige Wohlstandsgesellschaft.
13	zufällig	?		Inanspruchnahme des Mutter-Kind-Passes.
14	gesamt	bewusst		"Hilfe zur Arbeit" - eine Integrationsmöglichkeit für SozialhilfeempfängerInnen in den Arbeitsmarkt?
15	bewusst	bewusst		Soziale Ungleichheit und Gesundheit.
16	zufällig	bewusst	bewusst	Pensionsbezieher/innen und Umgang mit Krankheit.

Quelle: selbst erstellt

Die Studien operierten mit den unterschiedlichsten Stichprobengrößen, für Vorerhebungen oder Experteninterviews wurden naturgemäß geringere Größen angesetzt als für Haupterhebungen. Auch ist das Problem der Repräsentativität zu beachten, bei zu kleinen Stichprobengrößen kann nicht mehr innerhalb eines annehmbaren Konfidenzintervalls auf die Grundgesamtheit geschlossen werden (vgl. Bleymüller/Gehlert/Gülicher 2004: 95).

Folgende Tabelle gibt die Stichprobengrößen der analysierten Studien für die jeweilige Methode der Datengewinnung an, als Vergleichsmaßstab ist die Größe der entsprechenden Grundgesamtheit (vgl. Kapitel 5.1.8: „Grundgesamtheiten“) gegenübergestellt, die Studien sind der Größe der Hauptstichprobe (= Stichprobe 1) nach geordnet.

Tabelle 26.: Stichprobengrößen der analysierten Studien

Nr.	Größe der Grundgesamtheit	Stichprobe 1	Stichprobe 2	Stichprobe 3	Titel der Studie
6	888 – 1.049 <sup>1</sup>				Verwaltete Armut in Wels.
8	?	7	7		Wohnungslose Frauen.
5	1.700	10	13	80	Arm sein in Österreich.
1	376	61			Lager 56.
12	88	88	6	9	Die bedürftige Wohlstandsgesellschaft.
2	?	275	(756) <sup>2</sup>	28	Der subjektive und objektive Lebensrahmen alter Menschen in Niederösterreich.
7	480	480	435	44	Offene Sozialhilfe.
14	500	500	303		"Hilfe zur Arbeit" - eine Integrationsmöglichkeit für SozialhilfeempfängerInnen in den Arbeitsmarkt?
11	22.176	594			Wohnsituation von Ausländer/innen in Graz.
9	1.049	1.049	435	69	Handlungsfelder kommunaler Sozialpolitik.
16	267.264	1.382	3	1	Pensionsbezieher/innen und Umgang mit Krankheit.
13	?	1.536	14		Inanspruchnahme des Mutter-Kind-Passes.
10	10.000	1.922	44		Armut und Zeit.
4	362.117	2.534	811		Armut in der Wohlstandsgesellschaft.
3	60.000	10.000	150		Die Situation der Ausgleichszulagenbezieher in Oberösterreich.
15	1,045.182	44.054			Soziale Ungleichheit und Gesundheit.

<sup>1</sup> zeitraumbezogen

<sup>2</sup> Gemeinden

Quelle: selbst erstellt

Ein leeres Feld bedeutet, dass keine weitere Stichprobe gezogen wurde, die Fragezeichen deuten auf unbekannte Größen der Grundgesamtheit hin. Alle Zahlen in obiger Tabelle bedeuten, bis auf zwei Ausnahmen, Personen. Aus der gleichen Größe der Grundgesamtheit und der Stichprobe kann die Tatsache einer Vollerhebung abgelesen werden.

Die detaillierten Angaben zu den Stichproben hinsichtlich Herkunft und Merkmal der Stichprobe, Erhebungszeit und eventueller Rücklaufquoten sind in der jeweiligen Tabelle im Anhang ersichtlich. Weitere Angaben zu den Kriterien finden sich auch in der Beschreibung der jeweiligen Studie im nächsten Abschnitt.

## 5.2 Analyse der Armutsstudien

Im nächsten großen Abschnitt folgt die Analyse der ausgewählten Studien anhand oben erläuteter Klassifikationskriterien. Die Auswahl der 16 Studien stellt einen begrenzten Ausschnitt an Studien zu Armut und Armutsgefährdung mit regionalen Bezügen zu Ostösterreich dar, mit allen Restriktionen, die eingangs im Kapitel 2: „Methodik und begriffliche Abgrenzungen“ beschrieben wurden.

Aufgrund der äußerst unterschiedlichen Form der einzelnen Studien erfolgt die Beschreibung verbal, Schwerpunkte dabei waren die Analyse der Methodik und des Untersuchungsdesigns. Die Ergebnisse der einzelnen Studien standen hier nicht im Vordergrund. Primär finden sich in der Beschreibung der einzelnen Studien Aussagen zu folgenden Kriterien:

- Art der Studie
- Erscheinungsjahr
- Ziel der Studie
- Armutsannahmen und Maßgrößen
- Untersuchungsdesign
- Datenherkunft
- Grundgesamtheit (Größe, Zusammensetzung, Merkmale)
- Stichprobe (Größe, Auswahlkriterien)
- Erhebungszeitraum
- Ergebnisse

Dort wo es sinnvoll erschien, wurden aus Gründen der Anschaulichkeit die Erläuterungen durch Tabellen ergänzt. Die Arbeitsnummerierung dient der leichteren Auffindbarkeit und stimmt mit der jeweiligen Kapitelnummerierung überein. Eine vollständige Auflistung aller angewendeten Kriterien und der Merkmalsausprägungen für jede Studie findet sich im Anhang. Auch dort wurde die Nummerierung beibehalten.

### 5.2.1 Mayer: Lager 56

Diese Untersuchung eines Barackenlagers in Linz wurde von Mitarbeitern des 1. Instituts für Soziologie der damaligen so genannten Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften durchgeführt und stellt ein Beispiel soziologischer Feldforschung in den frühen siebziger Jahren da. Ziel der Untersuchung war es, wissenschaftlich fundierte Aussagen über die Lebensweise einer ausgeprägten Unterschichtbevölkerung zu beschaffen. Zu diesem Anlass wurde das größte damals in Linz vorhandene Notquartier

(Lager 56) für eine Befragung ausgewählt. Zum Zeitpunkt dieser Untersuchung, im September 1970, wohnten im betreffenden Notquartier in 84 Haushalten 376 Personen.

In Linz gab es 1971 noch 8 derartige Barackenlager mit insgesamt 950 Personen. Die meisten dieser Lager stammten noch aus der NS-Zeit, nach 1945 dienten sie unter der Verwaltung öffentlicher Stellen als billige Notquartiere und entwickelten sich zunehmend zu Sammelbecken unterprivilegierter Bevölkerungsschichten.

Die Datensammlung erfolgte vor Ort anhand eines strukturierten Fragebogens. Dabei ging es um den Versuch, den Wirkungszusammenhang zu analysieren, der zu einem Daueraufenthalt in solch einem Lager führt. Den theoretischen Zugang lieferte das Konzept der psychosozialen Regression. „Dieses Phänomen kann definiert werden als das psychische und/oder soziale Verhalten von Individuen, die aufgrund starker äußerer oder innerer Widerstände ihre Ziele und Erwartungen nicht realisieren können und folglich sowohl ihre sozialen Beziehungen als auch ihre Bewusstseinsinhalte in regressiver Weise modifizieren. Psychosozial-regressives Verhalten wäre also ein Anpassungsverhalten durch partielle oder totale Löschung von psychischen und/oder sozialen Beziehungen“ (Mayer 1971: 6).

Befragt wurden beide Ehegatten bzw. Lebensgefährten in 61 Haushalten. Die erhobenen Daten wurden vorwiegend ein- und zweidimensional ausgewertet. Die zweidimensionale Auswertung konnte nur dichotom, d.h. mit Vier-Felder-Tafeln, vorgenommen werden. Dabei wurde jeweils das Signifikanzmaß  $\chi^2$  und das Assoziationsmaß Phi errechnet.

Anhand einer Fülle an Fragen wurden die Bereiche „Lagerleben“, „Familie, Kinder und Lebensziele“, „Geselligkeit im Lager“, „Beruf und Freizeit“ und „Beziehungen zu Organisationen und zur Gesamtgesellschaft“ abgedeckt. Armut und Armutsgefährdung manifestierten sich in Größen wie extremer Wohndichte, desolaten sanitären Bedingungen, unterdurchschnittlichem Haushaltseinkommen und sozialer Vereinsamung.

Obwohl die Stichprobengröße dieses Projektes nur  $n = 61$  Haushalte umfasste, wurde versucht, eine mehrdimensionale Analyse der Datenstruktur vorzunehmen. Die folgende Tabelle enthält die berechneten Korrelationen zwischen einigen wichtigen Variablen. Als Armutsgrad wird hier das monatliche, nicht gewichtete Nettohaushaltseinkommen pro Haushaltsmitglied bezeichnet.

Tabelle 27.: Korrelationsmatrix (Studie 1)

		<b>a</b>	<b>b</b>	<b>c</b>	<b>d</b>	<b>e</b>
Kinderzahl	<b>a</b>		0,24	- 0,19	0,44	0,42
Lebenszyklus	<b>b</b>			0,10	0,09	0,07
Schulbildung	<b>c</b>				0,14	0,09
Armutsgad	<b>d</b>					0,52
Wohndichte	<b>e</b>					

Quelle: Mayer 1971: 51

Je stärker die psychosoziale Regression ausgeprägt war, umso eher hatten die entsprechenden Personen den Kontakt zu ihrer Umwelt verloren und umso geringer waren die Möglichkeiten einer Änderung der unzureichenden Situation. Dieser Mechanismus bewirkte, dass gerade die Ärmsten die geringsten Anregungen für eine konstruktive Tätigkeit bekamen und so auch langfristig Außenseiter der Gesellschaft blieben. „Beispielsweise verbrachten im Lager 56 gerade jene Personen, die gezwungen waren, in einer extrem hohen Wohndichte zu leben, die meiste Zeit im eigenen Haushalt. Es erscheint sinnvoll, derartige Phänomene als ‚Deprivationspotenzierung‘ zu bezeichnen“ (Mayer 1971: 42).

Bei dieser Untersuchung standen soziologische Konstrukte und Fragestellungen im Vordergrund. Armut und Armutsgefährdung waren aber durch die Wahl der Untersuchungseinheit eines Barackenlagers und Notquartiers immanent. Mit dieser Arbeit gelang keine exakte und quantitative Überprüfung der anspruchsvollen Haupthypothese. Dazu war die Stichprobe von  $n = 61$  zu klein, um gültige Aussagen zu erhalten. Andererseits wurde durch die Fülle an quantitativen und qualitativen Daten, die viele Aussagen zu Armut und Armutsgefährdung beinhalteten, die Richtigkeit des theoretischen Ansatzes bestätigt.

Diese Studie kann als gutes Beispiel gelten, wie eine kleine Untersuchung in einem eng begrenzten Gebiet mit beschränkten Forschungsmitteln durchgeführt werden kann. Die anspruchsvollen empirischen Ergebnisse besitzen teilweise auch heute noch ihre Gültigkeit bei der Beschreibung unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen und haben auch nach Jahrzehnten nichts an Aktualität verloren.

## 5.2.2 IFES: Der subjektive und objektive Lebensrahmen alter Menschen in Niederösterreich

Das Institut für Empirische Sozialforschung (IFES) führte in den 1960er Jahren eine Reihe von Erhebungen zur Armutproblematik durch, die unveröffentlicht blieben. Nachfolgende Übersicht zeigt die Studien des IFES in chronologischer Abfolge.

Tabelle 28.: IFES-Studien 1960er Jahre

<b>Titel</b>	<b>Untertitel</b>	<b>Jahr</b>	
Alte Menschen in Wien.		1968	unveröffentlicht
Betagte Menschen in Wien.	I. Berichtsteil.	1968	unveröffentlicht
Armut in Österreich.	Eine Auswertung von statistischen Daten aus repräsentativen Stichproben der Umfrageforschung des Jahres 1968.	1968	unveröffentlicht
Armut im Alter.	Sonderauswertung aus der Untersuchung „Betagte Menschen in Wien“.	1969	unveröffentlicht
Objektive psychologische und soziologische Dimensionen des Lebensstils alter Menschen.	Erster Vorbericht über die Ergebnisse einer faktorenanalytischen Untersuchung des gesamten Datenmaterials der Umfrage „Betagte Menschen in Wien“.	Jänner 1969	unveröffentlicht
Das subjektive Empfinden sozialer Benachteiligung.	Vorstellungen der Österreicher über Armut und soziale Benachteiligung. Eine Umfragestudie des Instituts für empirische Sozialforschung.	Mai 1969	unveröffentlicht
Subjektive Beurteilung des Lebensstandards von Pensionisten.	Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage.	Herbst 1969	unveröffentlicht
Der subjektive und objektive Lebensrahmen alter Menschen in Niederösterreich.	Band II. Eine Untersuchung im Auftrag der Niederösterreichischen Landesregierung.	1971	unveröffentlicht

Quelle: Stromberger 1977: 377

In den Bereich dieser Arbeit fällt die Studie „Der subjektive und objektive Lebensrahmen alter Menschen in Niederösterreich. Band II. Eine Untersuchung im Auftrag der Niederösterreichischen Landesregierung. Wien 1971. Unveröffentlichter Forschungsbericht.“ (Band I beinhaltet ein „Betreuungsmodell für die alten Menschen in NÖ“). Da es sich um unveröffentlichte Forschungsberichte handelt, die auch im Institut für empirische Sozialforschung (IFES) aufgrund einer Datenbankumstellung im Sommer 2005 nicht einsehbar waren, basieren die folgenden Ausführungen auf Stromberger (1977).

Zur Erfassung objektiver Rahmendaten wurde ein Erhebungsbogen an 1.146 niederösterreichische Gemeinden versendet, der Rücklauf betrug 2/3. Weiters wurden 275 Intensivinterviews geführt, deren Auswahl durch mehrstufige Zufallsauswahl erfolgte.

Abschließend wurden noch 28 Gespräche mit Experten und Praktikern in Landesfürsorgeheimen, Altersheimen und Krankenhäusern geführt. Die Feldarbeit fand zwischen August 1970 und Februar 1971 statt. Die Datenauswertung erfolgte durch einfache und multiple Datenaggregation ohne Signifikanzschätzung.

Folgende Tabelle veranschaulicht Umfang und Struktur der gezogenen Stichprobe.

Tabelle 29.: Umfang und Struktur der Stichprobe (Studie 2)

	<b>absolut</b>	<b>relativ</b>
<b>Gesamt</b>	275	100
Männer	104	37,8
Frauen	171	62,2
<b>Alter:</b>		
60-70 Jahre	147	53,5
Über 70 Jahre	128	46,5
<b>Familientyp:</b>		
Alleinstehend	93	33,8
Ehepaar	129	46,9
Mit Verwandten	53	19,3
<b>Netto-Haushaltseinkommen</b>		
Bis 2.000	116	42,2
2.001-3.999	88	32,0
Ab 4.000	66	24,0
<b>Gemeindegröße:</b>		
Bis 500 Einwohner	27	9,8
501-2000 Einwohner	121	44,0
2001-5000 Einwohner	89	32,4
Über 5000 Einwohner	38	13,8

Quelle: Stromberger 1977: XI

Armutsindikator ist das Netto-Haushaltseinkommen ausgedrückt in österreichischen Schilling, in den drei Klassen „bis 2.000“, „2.001 - 3.999“ und „ab 4.000“. Dieser Indikator wurde mit vielfältigsten Themenbereichen, die alte Menschen betreffen, verknüpft. Angefangen von demografischen Merkmalen wie Beruf und Ausbildung, über Ausstattung der Wohnung, allgemeiner Zufriedenheit, Interaktion im Nahmilieu, bis hin zu Themen wie Informationsverhalten, Zeitungslesen, Einstellung gegenüber sozialpolitischen Initiativen, Störfaktoren im Altersheim, Hobby-Aktivitäten und Buchlektüre.

Diese Studie fand Aufnahme in diese Arbeit, da sie eines der wenigen Beispiele zu Armutsstudien in Niederösterreich ist, noch dazu mit dem Auftraggeber Niederösterreichische Landesregierung. Der allgemeine Lebensrahmen alter Menschen in Niederösterreich stand im Mittelpunkt, wurde aber bewusst mit dem Kriterium Armut, ausgedrückt über das niedrige Netto-Haushaltseinkommen, verknüpft. Einschränkend anzumerken ist die geringe Differenzierung der nach unten und oben offenen Einkommensklassen.

Warum die Armutsberichterstattung im Bundesland Niederösterreich so schwach ausgeprägt ist, kann auch an dieser Stelle nicht zufrieden stellend beantwortet werden. Möglicherweise gibt es Studien zu Armut und sozialer Ausgrenzung, die aber nicht veröffentlicht wurden. Diese Studie aus den frühen 1970er Jahren wäre ein Hinweis darauf.

### **5.2.3 Hauder: Die Wohnverhältnisse der Ausgleichszulagenbezieher in Oberösterreich**

In Oberösterreich gab es im Jahr 1973 rund 60.000 Personen, die zur Erreichung des Existenzminimums auf staatliche Unterstützung in Form einer Ausgleichszulage angewiesen waren. Von diesem Personenkreis wurde in der Studie angenommen, dass er an der Grenze zur Armut lebt, wenn die Versorgung mit notwendigen Gütern nicht mehr gegeben ist. Um konkrete Anhaltspunkte über Art und Ausmaß dieser Unterversorgung zu bekommen, führte die Kammer für Arbeiter und Angestellte bei den rund 28.000 Beziehern einer Ausgleichszulage zur Arbeiterpension in Oberösterreich eine Fragebogenerhebung durch.

Diese Erhebung beschränkte sich dabei auf die Erfassung der Wohnverhältnisse, da die Annahme zugrunde lag, dass die Höhe der finanziellen Belastung durch die Wohnkosten bestimmt, wie viel vom individuellen Einkommen für andere Zwecke zur Verfügung steht. Diese Beziehung wird für den Einzelnen umso bedeutsamer, je niedriger sein Gesamteinkommen ist.

Im Juli 1973 wurden 24.400 Fragebögen ausgesendet, der Rücklauf betrug 10.500 Fragebögen, von denen nur 10.000 ausgewertet werden konnten. Darüber hinaus gingen noch 150 Begleitschreiben ein, in denen die Betroffenen ihre Lage und ihre Probleme detailliert schilderten.

Erhoben wurden die demografischen Merkmale der Ausgleichszulagenbezieher wie Geschlecht, Alter, Familienstand und Wohnort und die Bedingungen des Wohnens anhand der Kriterien Benützungsverhältnis, Anzahl der Personen, Anzahl der Räume und Ausstattung der Wohnung. Miete, Instandhaltung und Betriebskosten bildeten den finanziellen Aufwand für das Wohnen, ausgedrückt in Wohnungsaufwand pro belastetem Ausgleichszulagenbezieher. Unter subjektive Beurteilung der Wohnverhältnisse fiel die Zufriedenheit mit Größe, Ausstattung und Lage der Wohnung. Die folgende Tabelle zeigt die Verteilung des monatlichen Wohnungsaufwands der Ausgleichszulagenbezieher.

Tabelle 30.: Wohnungsaufwand der AZ-Bezieher (Studie 3)

<b>Monatlicher Wohnungsaufwand in Schilling</b>	<b>absolut</b>	<b>relativ</b>
Keine Ausgaben	2.375	23,8
Unter 100	1.182	11,8
100-200	1.751	17,5
200-300	1.485	14,8
300-400	1.042	10,4
400-500	832	8,3
500-600	449	4,5
600-700	205	2,1
Mehr als 700	548	5,5
Ausgaben für Kost und Quartier	131	1,3
	<b>10.000</b>	<b>100,0</b>

Quelle: Hauder 1973: 38

Wie schon aus dem Titel hervorgeht, beschäftigte sich diese Studie vorrangig mit der Erfassung der Wohnverhältnisse. Durch den Indikator „Bezieher einer Ausgleichszulage“ wurde der Personenkreis hinsichtlich Armut und Armutsgefährdung eingegrenzt und davon ausgehend wurde versucht, über die Belastung durch die Wohnkosten Armut zu operationalisieren. Man gewann zwar ein genaueres Bild über die Wohnsituation der Grundgesamtheit, aber die Wohnkosten allein waren kein ausreichendes Merkmal um Armut zu erkennen. „Es ist nämlich unmöglich, für die Wohnausgaben einen bestimmten Wert als Existenzminimum in das allgemeine gesellschaftliche Existenzminimum einzusetzen, da es – wie die Untersuchung zeigte – weitgehend vom Zufall abhängt, wie viel tatsächlich für das Wohnen ausgegeben werden muss, diese Ausgaben also nicht beliebig variiert werden können, wie zum Beispiel die Ausgaben für Nahrungsmittel.“ (Hauder 1973: 31)

Trotzdem wurde die Studie in diese Arbeit aufgenommen, da sich durch den großen Umfang der Stichprobe bedingt doch ein gutes Abbild der Wohnausstattung des betroffenen Personenkreises ergibt und ein gutes Beispiel für regionale Ansätze in den frühen siebziger Jahren darstellt.

#### 5.2.4 Steiermärkische Landesregierung (Hg.): **Armut in der Wohlstandsgesellschaft**

Die einzige auffindbare Studie zu Armut und Armutsgefährdung, die sich regional auf das gesamte Bundesland Steiermark bezieht, stammt aus dem Jahr 1979. Im Auftrag der steiermärkischen Landesregierung wurde die Situation der untersten Einkommensschichten in der Steiermark erhoben. Mit der Durchführung wurde das Institut für empirische Sozialforschung (IFES) betreut.

Da in einem modernen Sozialstaat wie Österreich die „alte Armut“ weitgehend eliminiert war, ergab sich als Ausgangspunkt der (damals junge) Begriff der „neuen Armut“. Als besonders bedeutsame „ungünstige Umstände“ (Armutsfaktoren), die Individuen oder ganze Familien in eine Lebenslage bringt, die eine adäquate Erfüllung ihrer Bedürfnisse nicht mehr erlaubt, wurden genannt:

- Physische Beeinträchtigungen
- Psychische Beeinträchtigungen
- Dysfunktionale und unangepasste Verhaltensweisen
- Kinderreichtum
- Verlust des Familienerhalters oder einer anderen wesentlichen Funktionsperson
- Soziale Isolation
- Ungewöhnlich erhöhte Lebenshaltungskosten durch Umgebungseinflüsse
- Übernommene Schuldenbelastung
- Mangelnde Information oder Motivation, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen

Dabei wurde versucht einen praxisorientierten Armutsbegriff zu definieren, der sich auf das Wohl des einzelnen Menschen gründet. Es wurde festgelegt, dass jemand arm ist, der:

- physisch und psychisch leidet,
- in unserer Gesellschaft Mittel gegen dieses Leiden fände, aber
- so ein geringes Einkommen hat, dass ihm selbst bei vernünftiger Lebensführung keine Mittel dafür übrig bleiben.

Armut wurde somit durch Not und Leid und fehlendes Einkommen definiert. In der Untersuchung selbst wurde allerdings „Not“ und „Leid“ nicht operationalisiert, sondern ausschließlich das Haushaltseinkommen herangezogen um Armut zu beschreiben.

Bei einer repräsentativen Stichprobe von 3.700 Privathaushalten in der gesamten Steiermark wurde versucht, mittels Fragebogen Auskünfte über die Einkommensverhältnisse zu gewinnen. In 2.534 Haushalten konnten ausreichende Informationen eingesammelt werden. Bei einem Drittel der Haushalte mit dem niedrigsten Einkommen, das war bei 811 Haushalten, wurden dann ausführliche Interviews zur Armutsthematik durchgeführt. Das untere Einkommens-Terzil wurde dabei aufgrund des gewichteten Pro-Kopf-Einkommens berechnet, also des durchschnittlichen monatlichen Netto-Haushaltseinkommen geteilt durch die Anzahl aller Personen im Haushalt, wobei Kinder bis zu vierzehn Jahren mit der Äquivalenzzahl 0,5 gewichtet wurden.

Tabelle 31.: Verteilung der Haushalte/Personen in der Stichprobe (Studie 4)

	Haushalte		Personen	
	N	%	N	%
<b>Gewichtetes monatliches Netto-Haushaltseinkommen</b>				
bis S 2.000.-	198	7,8	913	11,1
bis S 2.500.-	206	8,1	872	10,6
bis S 3.000.-	193	7,6	657	8,0
über S 3.000.-	214	8,4	766	9,3
<b>gesamt</b>	<b>811</b>	<b>32,0</b>	<b>3.208</b>	<b>38,8</b>

Quelle: Steiermärkische Landesregierung (Hg.) 1979: 22

Im unteren Einkommensdrittel sind die Pensionisten, die Arbeiter und die Landwirte / Selbstständigen im Gegensatz zu den Angestellten / Beamten am stärksten vertreten. Der hohe Anteil an Landwirten in den beiden niedrigsten Einkommensstufen könnte allerdings zum Teil ein Ergebnis der viel ungenaueren Einkommensangaben dieser Berufsgruppe sein (vgl. Steiermärkische Landesregierung (Hg.) 1977: 23).

Als Ergebnisse konnten die Einkommensstruktur, der Ausbildungsstand des Haushaltsvorstandes und die Art des landwirtschaftlichen Betriebes mit Größe der Betriebsfläche und Tierhaltung erhoben werden. Der Themenbereich Arbeit wurde durch Arbeitslosigkeit des Haushaltsvorstandes, Arbeitslosigkeit in der Vergangenheit, Berufs- und Firmenwechsel operationalisiert. Dabei zeigte sich der enge Zusammenhang zwischen schlechter beruflicher Qualifikation und Armut, während der Zusammenhang zwischen häufigem Berufs- und Firmenwechsel und Armut nicht bestätigt werden konnte.

Ausgabenbezogen wurden die Haushaltsausgaben für Wohnung und Heizung, Kreditrückzahlungen, Ersparnisse, Lebenshaltungskosten und Struktur des Haushaltsbudgets

erfasst. Die geringe Einkommenselastizität dieser Ausgaben führt ebenfalls zu einer stärkeren Belastung der Haushalte im unteren Einkommens - Terzil. Der Bereich Wohnen wurde mit Wohnfläche, Anzahl der Wohnräume, Wohnform und Wohnausstattung in Beziehung zum Einkommen gesetzt. In der Steiermark lagen zur Zeit der Erhebung diese Größen der finanziell schwächeren Haushalte knapp über den internationalen Standards.

Weitere Größen der Konsumausgaben betrafen Essen und Getränke am Sonntag und Urlaubsreisen, wobei der Verzicht auf Urlaubsreisen bei den einkommensschwächeren Haushalten besonders stark zutage trat. Besitz von Auto, Motorrad / Moped und Höhe der Fahrtspesen sind einerseits ausgabenorientiert, andererseits geht durch Mobilität, sowie durch das Vorhandensein von Telefon im Haushalt ein gewisses Maß an sozialen Kontakten einher. Ebenso sind Zeitungs- und Zeitschriftenkauf und das Vorhandensein eines Fernsehgeräts als Maß der sozialen Teilhabe zu verstehen.

Der Gesundheitszustand wurde über das Auftreten von Krankheit und Dauerleiden bis hin zur Art des Dauerleidens abgefragt. Dabei zeigt sich im Gegensatz zu anderen Untersuchungen aus den siebziger Jahren (vgl. beispielsweise: Czepl (Hg.) (1971): „Das Gesicht der Armut“) ein eher gleich bleibender Gesundheitszustand bis zur höchsten Einkommensklasse. Erst dann ergibt sich eine deutliche Verbesserung des Gesundheitszustandes.

Nur ein geringer Prozentsatz der subjektiv unzureichend Versorgten des unteren Einkommens - Terzil erhält regelmäßig Sozialhilfe oder andere Zuschüsse. Aus der Studie geht deutlich hervor, dass nur eine kleine Minderheit der finanziell Beengten überhaupt daran denkt, Hilfe von der Gesellschaft zu bekommen, eher wendet man sich noch an den persönlichen sozialen Kontaktkreis wie Verwandte und Freunde.

Die Selbsteinstufung der befragten Haushalte hinsichtlich ihrer Lebensverhältnisse als „ausreichend“, „arm“, oder „sehr knapp“ rundet das Bild der steirischen Privathaushalte ab.

Die Studie ist ein groß angelegter Versuch, die Armutssituation in der Steiermark zu erfassen. Aufgrund der umfangreichen Stichprobe kann auf gute Repräsentativität geschlossen werden. Obwohl zu Beginn eine anspruchsvollere Definition von Armut angenommen wird, bildet das Pro-Kopf-Einkommen in den Haushalten die bestimmende Größe. Aussagekräftig ist die Verknüpfung mit dem Berufsstatus des Haushaltsvorstandes, dem Kriterium „Stadt“, „Land“ und Kinderreichtum („drei und mehr Kinder im

Haushalt“). Viele wesentliche Bereiche zur Armutsthematik wurden erfasst (Einkommen, Bildung, Wohnen, Gesundheit, Konsumausgaben, soziale Teilhabe, Sozialhilfe). Sehr zielführend war das Befragen des unteren Einkommens-Terzils aus der ersten Stichprobe um genauere Angaben zur Armutsthematik zu erhalten. Leider geht aus dem Bericht nicht hervor, wie die Fragestellungen bei diesen beiden Stichproben gestaltet waren. Vermutlich wurde der größeren Stichprobe (2.534 Befragungen) ein kürzerer Fragebogen vorgelegt, die ausführlicheren Fragen in Interviewform dem unteren Einkommensdrittel (811 Befragungen), eventuell wurden ergänzend auch qualitative Fragen gestellt. So finden sich manchmal Aspekte zu allen Haushalten („in Prozent aller Personen in den befragten Haushalten“), manche Kriterien wiederum nur für die niedrigeren Einkommen („in Prozent aller Haushalte im unteren Einkommens-Terzil“). Trotzdem ergibt sich ein gutes Bild der Situation der untersten Einkommensschichten in der Steiermark Ende der siebziger Jahre. Diese Untersuchung bildet bis heute die letzte große landesweite Untersuchung zu Armut und Armutsgefährdung in der Steiermark, die gefunden werden konnte.

#### 5.2.5 Hoffmann / Zenta / Hexel: Arm sein in Österreich

Das Europäische Zentrum für Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der Sozialen Wohlfahrt beteiligte sich seit 1976 durch verschiedene Projekte am Kampf gegen Armut. Eine Studie, durchgeführt in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für soziale Verwaltung, beinhaltete einen internationalen Vergleich von „Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und deren Auswirkungen“. In einem zweiten Projekt, das gemeinsam mit dem Institut für empirische Sozialforschung (IFES) durchgeführt wurde, wurden in einer Befragung von 134 Sozialarbeitern in ganz Österreich „ungelöste Armutsfälle in Österreich“ untersucht. Der an dieser Stelle analysierte Bericht befasste sich mit der Problematik der „Maßnahmen zur Armutsbekämpfung aus der Sicht der Betroffenen“ und erschien 1979.

Das Forschungsprojekt gliederte sich im Wesentlichen in zwei Teile, nämlich Erfassung, Darstellung und Analyse von Armut im ländlichen Raum (Bergbauerngemeinde) und im städtischen Bereich. Im städtischen Bereich (Wien) wurden Tiefeninterviews mit offensichtlich Betroffenen (Obdachlose, Straftentlassene) geführt. Als Repräsentant einer ländlichen Region wurde die Gemeinde Schönau in Oberösterreich ausgewählt. Da ein Kriterium dieser Arbeit der regionale Aspekt zu Ostösterreich ist, wird an dieser Stelle nur der Teil der Studie „Armut im ländlichen Raum“ analysiert.

Zugang zu der Gemeinde wurde über die Gemeindevertreter gesucht. Zwei öffentliche Diskussionen zu dem Thema „soziale und ökonomische Benachteiligung“ wurden im Oktober 1977 in der Gemeinde abgehalten. Dazwischen lag eine Fragebogenaktion, deren Rücklaufquote allerdings nur 10 Prozent betrug. Vor und zwischen diesen beiden öffentlichen Veranstaltungen wurden Vorgespräche mit Personen, die besonders benachteiligt erschienen, vor allem mit armen Alleinstehenden bzw. armen Familien, durchgeführt. Mit 13 Personen der Zielgruppe wurden mehrstündige historisch-analytische Tiefeninterinterviews geführt. Die Struktur des Leitfadens umfasste dabei die Bereiche:

- Probleme, Schwierigkeiten, Benachteiligungen
- Geschichte: Elternhaus, eigene Kindheit
- Schule, Ausbildung, Berufe, Arbeitslosigkeit
- Ist-Zustand: Wohnsituation, Arbeitssituation, Mangelsituationen, Einkommen, Schulden, kulturelle Teilnahme, Familie/Verwandte, Gesundheit, Kontakte mit Behörden
- Zukunftsperspektiven: Wünsche, Hilfen, Erwartungen

Ergänzend wurde eine Wohnungs-Checkliste sowie ein Sozialdatenfragebogen erstellt.

Die Ergebnisse wurden als Maßnahmenkatalog zu den Bereichen Sozialisation und Bildung, Arbeit, Einkommenssicherung, finanzielle Lage und Verschuldung, Wohnung, Gesundheit, soziale und kommunikative Deprivation, Umgang mit Behörden, verbunden mit allgemeinen Aussagen und Tendenzen zu diesen Bereichen präsentiert. Gemeinsam mit dem Institut für empirische Sozialforschung (IFES) wurde eine Armutstypologie erstellt, die öffentlichen Diskussionen wurden protokolliert. Als interessantes Komplement zum geschriebenen Bericht wurde ein Videofilm erstellt mit dem Titel „Armsein in Österreich“ (1. Teil: „Armut am Lande“, Dauer ca. 45 Minuten; 2. Teil: „Armut in der Großstadt“, Dauer ca. 60 Minuten).

Die Studie versuchte nicht nur eine Bestandsaufnahme von Armut durchzuführen, sondern auch Anregungen für Maßnahmen zu liefern. Die Erfassung von Armut anhand einer Gemeinde im ländlichen Raum und bewusst ausgewählter Armutsbetroffener in einer Großstadt kann allerdings nicht als repräsentativ für ganz Österreich gelten. Die Fragebögen in der Gemeinde Schönau wurden während der Diskussion vor Ort an Interessierte verteilt, die Restexemplare lagen im Gasthaus des Ortes auf. Dies erklärt auch die geringe Rücklaufquote von 10 Prozent. Die Studie beinhaltet jedoch eine Fülle an Aspekten zu Armut und Armutsgefährdung, ergänzt um persönliche Aussagen und Fallbeispiele. Hauptziel war jedoch die Erstellung eines Maßnahmenkatalogs mit

konkreten Vorschlägen zur Verbesserung der Situation, wodurch der politische Gehalt dieser Studie weit über eine Bestandsaufnahme hinausging.

#### 5.2.6 Seckauer: Verwaltete Armut in Wels

Diese Studie hatte die Analyse der Sozialhilfestatistik für den Bezirk Wels-Stadt der Jahre 1983-1988 zum Gegenstand. Im Jahr 1989 wurde sie von Hansjörg Seckauer als Diplomarbeit bei Prof. Josef Weidenholzer an der Johannes Kepler Universität Linz eingereicht.

Sie ist eine deskriptive Arbeit, die sich unter anderem auf Daten des Magistrats der Stadt Wels und die alljährlich vom Österreichischen Statistischen Zentralamts (jetzt: Statistik Austria) herausgegebenen Statistiken der Sozialhilfe stützt. Der Vergleichszeitraum betrug sechs Jahre. Von der geplanten Analyse über einen Zeitraum von zehn Jahren musste abgesehen werden, da die amtlichen Sozialhilfestatistiken bis zum Jahr 1982 einen leistungsbezogenen Schwerpunkt aufwiesen, weshalb die Sozialhilfeempfänger bis zu diesem Zeitpunkt nur nach sachbezogenen, nicht aber nach personenbezogenen Merkmalen dargestellt werden konnten. Ab dem Jahr 1983 wurde versucht einige personenbezogene Daten über die Empfänger dieser Leistungen in die Erhebung und Veröffentlichung aufzunehmen. Trotzdem fehlten auch ab diesem Zeitpunkt einige wichtige Variable wie „Alter des Empfängers“ oder „Dauer der Unterstützung“.

Die Gliederung in der Statistik erfolgte nach zwei Dimensionen. Zum einen wurde zwischen Empfängern in Privathaushalten (die so genannte „offene Sozialhilfe“) und solchen in Heimen und Anstalten unterschieden, zum anderen erfolgte eine Differenzierung nach den Merkmalen „Geschlecht“, „Familienstand“, „Nationalität“, „Personenkreis“ und „Unterstütztenstatus“.

Hansjörg Seckauer versuchte nun eine Analyse und Interpretation dieser Daten in diesen beiden Bereichen, zeigte Entwicklungen auf und versuchte die Ursachen für Trends zu ergründen.

Diese Studie bildet einen Grenzfall dieser Arbeit. Sie fand noch Aufnahme in diesem Rahmen, da sie einerseits regionale Aspekte verfolgte und andererseits über einen rein deskriptiven Ansatz hinausging. Bei der Analyse der Entwicklungen im Bereich der Sozialhilfe wurden durchaus originäre Schlüsse gezogen und Interdependenzen zwischen anderen Faktoren und Entwicklungen aus dem Raum Wels-Stadt aufgezeigt. Durch diese

Ansätze und die Interpretation der vorhandenen Daten wurden neue Aspekte im Bereich der Sozialhilfe erschlossen.

### 5.2.7 Dornmayr: Offene Sozialhilfe

Die hier behandelte Studie wurde im Rahmen des Forschungsprojektes „Rahmenplan 2000 für die Stadt Wels“ erstellt. Ziel dieses Projektes war es, die wesentlichen Determinanten der Entwicklung des Welser Sozialwesens zu analysieren. Die Forschungsarbeit wurde 1991 als Diplomarbeit am Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik bei Prof. Josef Weidenholzer eingereicht.

In einem Teil der Arbeit bedeutete es eine Ergänzung und Fortführung der vorangegangenen Studie Nr. 7: „Verwaltete Armut in Wels“ von Hansjörg Seckauer, die eine Analyse der Sozialhilfestatistik der Jahre 1983-1989 zum Gegenstand hatte (vgl. Kapitel 5.2.6).

Dornmayr wertet in seiner Arbeit die soziale Struktur und die räumliche Verteilung von Welser Sozialhilfeempfängern des Jahres 1989 aus. Die Darstellung bezog sich dabei auf die Empfänger der offenen Sozialhilfe, das heißt auf Empfänger in Privathaushalten, da es durch Einbeziehung der Empfänger in Anstalten und Heimen zu einer Konzentration und Verzerrung der räumlichen Verteilung gekommen wäre. Die Sozialhilfebedürftigkeit dieser großen Gruppe in Heimen und Anstalten entsteht durch die hohen Kosten dieser Einrichtungen, „weshalb diese Personengruppe nicht a priori dem ‚klassischen‘ Armutspotential zugerechnet werden kann.“ (Bacher/Dornmayr/Seckauer 1993: 200) So betrug in der Stadt Wels im Jahr 1989 der Anteil der Sozialhilfeempfänger in Privathaushalten 46,6 Prozent der gesamten Sozialhilfeempfänger. Der Anteil der Ausgaben in der offenen Sozialhilfe an den gesamten Sozialhilfaufwendungen betrug dagegen nur 14,4 Prozent (vgl. Dornmayr 1991: 3f).

Ausgewertet wurden die Hilfsblätter der Sozialhilfestatistik des Jahres 1989, wie sie vom Sozialamt bei der ersten Sozialhilfegewährung angelegt wurden. Vorerst erfolgte, analog zu Seckauer, eine eindimensionale Zeitreihenanalyse der demografischen Merkmale Geschlecht, Alter, Familienstand, Unterstützungsart und Unterstützungsgründe.

Darüber hinausgehend wurde eine zweidimensionale Analyse aufgrund einer eigens durchgeführten Auswertung der Hilfsblätter der Sozialhilfestatistik vom Jänner bis zum 15. Juni 1989 vorgenommen. Dadurch ergab sich nur eine etwas geringere Anzahl von 435

Fällen, gegenüber den 480 Fällen des gesamten Jahres 1989, das heißt die meisten der Sozialhilfeempfänger wurden bis Mitte Juni bereits das erste Mal unterstützt. Untersucht wurden alle Merkmale hinsichtlich geschlechtsspezifischer Unterschiede, Unterschieden bezüglich des Familienstandes und der Familienstruktur.

Um auch eine sozialräumliche Analyse der Stadt Wels vorzunehmen, wurden die Adressen der meisten erfassten Sozialhilfeempfänger in den Stadtplan von Wels übertragen. Personen, wohnhaft im Haus für Frauen in Not, nicht in Wels wohnhafte oder unstete Personen konnten nicht eingetragen werden. Bei dieser Vorgehensweise kam es zu äußerst interessanten und bei Betrachtung des Stadtplanes sehr deutlich sichtbaren Ergebnissen. Es zeigten sich dabei sechs mehr oder weniger stark ausgeprägte Problemgebiete. Im weitaus am stärksten von Sozialhilfebeziehern bewohnten Gebiet wohnte fast ein Achtel aller in Wels lebenden Sozialhilfeempfänger in einer einzigen Straße!

Im nächsten Teil der Studie wurden die Akten von 50 durch Zufallsstichprobe Anfang des Jahres 1990 ausgewählten und am Sozialamt Wels aktenkundigen Personen nach gemeinsamen sozioökonomischen Merkmalen untersucht. Dabei handelte es sich aber nicht nur um Sozialhilfeempfänger. In der ausgewählten Gruppe befanden sich 30 zumindest in den letzten 10 Jahren einmal unterstützte Personen (= Sozialhilfeempfänger), aber auch 20 noch nie vom Welser Sozialamt unterstützte Personen. Bei diesen 20 handelte es sich überwiegend um Personen, bei denen das Haushaltseinkommen als zu hoch befunden wurde um Unterstützung gewähren zu können. Daher wurden vielfach Anträge an andere Stellen im Wege des Magistrats gestellt. Bei sechs nicht unterstützten Personen lag keine direkte Armutsgefährdung vor, sondern hier übernahm das Sozialamt Aufgaben für andere Institutionen, sodass sich der Umfang der Stichprobe auf 44 reduzierte.

Aus den Akten konnten nun Aussagen über Geschlecht, Familienstand, Alter, Anzahl der Kinder und Geschwister, Nationalität, Ausbildung und Beruf, Beruf und Familienstand der Eltern und über die finanzielle Situation der aktenkundigen Personen gewonnen werden. Die Wohnsituation wurde durch Kennzahlen wie durchschnittliche Belegungsdichte der Wohnungen, Anzahl der Wohnungswechsel pro Jahr und Beobachtungszeitraum der Wohnungswechsel in Jahren erfasst. Weiters gingen noch allfällige Haftaufenthalte, die Gründe, die Dauer und die Höhe der Unterstützung und exemplarische Lebensläufe aus den Akten hervor.

Eine Analyse der Problembereiche des oberösterreichischen Sozialhilfegesetzes und dessen Verwaltung am Beispiel der Stadt Wels mit sozialpolitischen Schlussfolgerungen rundeten die Studie ab.

Durch die Bildung einer Stichprobe aus dem Kreis der Sozialhilfeempfänger und der Aktenanalyse konnten gute Einblicke in die soziodemografische Struktur dieser Gruppe gewonnen werden. Hier zeigt sich einmal mehr der Wert solcher Daten. Ohne entsprechende Akten könnte die Erhebung selbst einfachster sozioökonomischer Merkmale nur unter großem Aufwand erfolgen. Einschränkend für die Gültigkeit der Aussagen könnte die geringe Stichprobengröße  $n = 44$  sein. Als äußerst interessant erwies sich die sozialräumliche Analyse. Bei den im Rahmen dieser Arbeit recherchierten Arbeiten ist sie die einzige, die solch regionale Aspekte in die Analyse einbezieht, dabei könnten gerade solche Ansätze wertvolle Hinweise für die Stadtverwaltung und Stadtplanung liefern.

Teile der Arbeit, wie die sozialräumlichen Aspekte und die Merkmale der Sozialhilfeempfänger aus der Stichprobe, wurden in der Studie Nr. 9: „Handlungsfelder kommunaler Sozialpolitik“ (vgl. Kapitel 5.2.9) wiedergegeben.

#### **5.2.8 Planer / Weitzer: Wohnungslose Frauen**

Die Frauenberatungsstelle der „ARGE für Obdachlose“ in Linz führte 1990 bundesweit erstmals einen „Kurs zur Motivierung und Stabilisierung von obdachlosen und von Obdachlosigkeit betroffenen Frauen“ durch und wandte sich mit der Bitte um Begleitforschung an den Wissenschaftsladen Linz. In dessen Auftrag erstellten Martina Planer und Barbara Weitzer unter Mitarbeit von Christine Stelzer-Orthofer vom Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik an der Johannes Kepler Universität Linz ein Forschungsprojekt zum erweiterten Themenbereich „Obdachlose Frauen in Linz“. Eingereicht wurde es im November 1993 als gemeinsame Diplomarbeit von Martina Planer und Barbara Weitzer am Institut für Soziologie, ebenfalls an der Johannes Kepler Universität Linz.

Da der geplante Nachfolgekurs der „ARGE Frauenberatung“ nicht zustande kam, wurde auf Anregung des Frauenministeriums ein Beratungsstellenverzeichnis für „von Wohnungslosigkeit bedrohte und betroffene Frauen“ erstellt. Österreichweit wurden über 180 Einrichtungen sozialer Dienste angeschrieben und mittels eines Fragebogens zu der Problematik weiblicher Obdachlosigkeit befragt.

Die Studie gliederte sich demnach in zwei Teile: den ersten Teil bildete die oben erwähnte Diplomarbeit, der zweite Teil beinhaltet die Auswertung der Fragebögen, eine Analyse der sozialrechtlichen Lage betroffener Frauen sowie ein bundesweites Beratungsstellenverzeichnis von Einrichtungen, an die sich von Wohnungslosigkeit bedrohte oder betroffene Frauen wenden können. Dieser zweite Teil wurde von Christine Stelzer-Orthofer erstellt und liegt als unveröffentlichter Forschungsbericht vor.

Als Methode zur Erfassung der Lebenswelten wohnungsloser Frauen wurde ein qualitativer Zugang mittels Leitfadeninterview gewählt. Sieben Interviews wurden in die Studie aufgenommen, mit weiteren sieben Frauen wurden Gespräche im Vorfeld der Untersuchung geführt. Die Auswahl der Gesprächspartnerinnen geschah willkürlich, die Kontakte wurden über Betreuer von Wohnungsloseninstitutionen oder über die Gesprächspartnerinnen hergestellt.

Schwerpunkt der Gespräche war neben dem gesamten Lebenszusammenhang der biografische Bericht der Frauen. Die Interpretation der Interviews erfolgte in vier Schritten:

- Lebenslauf
- Gesprächssituation
- Deutungen des Selbst und der Lebensumstände
- Problemlagen und Bewältigungsstrategien.

Zum Vergleich der Biografien untereinander wurden folgende Kategorien berücksichtigt:

- Situation in der Herkunftsfamilie
- Familialer Kontext in der eigenen Familie:
  - Beziehungssituation zu (Ehe)männern
  - Verhältnis zu Kindern
  - zu anderen Personen des Familienumfelds
- Frauenrollenbilder
- Ökonomische Situation und Erwerbsarbeit
- Wohnsituation

Im Mittelpunkt dieser Studie stand das Nachzeichnen der Entstehungsbedingungen und Verlaufsformen von Wohnungslosigkeit im weiblichen Lebenszusammenhang. Wohnraum und Obdach gehört zu den elementaren Bedürfnissen der Menschen, der Zusammenhang zwischen Armut und Wohnungslosigkeit ist offensichtlich (vgl. Kapitel 5.1.5: „Maßgrößen und Armutsdefinitionen“). Quantitative Erfassungen der Zielgruppe von Wohnungslosigkeit Betroffener sind nahezu unmöglich, da die Dunkelziffer in diesem Bereich äußerst hoch ist (vgl. Planer/Weitzer 1993: 7), der qualitative Zugang scheint gerechtfertigt. Die geringe Anzahl an Interviews kann allerdings nur einen ersten Eindruck dieser speziellen Problematik vermitteln.

### 5.2.9 Bacher (Hg.): Handlungsfelder kommunaler Sozialpolitik

Diese Studie beinhaltet die Ergebnisse des Forschungsprojektes „Rahmenplan 2000 für die Stadt Wels“ und wurde vom Forschungsinstitut für Sozialplanung an der Johannes Kepler Universität Linz in Zusammenarbeit mit der sozialwissenschaftlichen Vereinigung als Band 10 der Reihe „Gesellschafts- und sozialpolitische Texte“ (Herausgeber Prof. Josef Weidenholzer) 1993 veröffentlicht. Es ist ein Sammelband, der in mehreren Beiträgen die wesentlichen Determinanten der Entwicklung des Welser Sozialwesens analysiert. Der Bogen spannt sich dabei von den Aufgaben und Gestaltungsmöglichkeiten kommunaler Stadtverwaltung, über demografische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen und eine Sozialbudgetanalyse bis hin zu einer Darstellung des sozialen Dienstleistungsangebotes.

In den Rahmen dieser Arbeit mit den Eckpunkten Armut und Regionalbezug fällt das Kapitel V: „Sozialhilfe als zweites soziales Netz“ von Johann Bacher, Helmut Dornmayr und Hansjörg Seckauer. In gewisser Weise bedeutet es eine Zusammenführung und Ergänzung der Studien Nr. 6: „Verwaltete Armut in Wels“ von Hans Jörg Seckauer (vgl. Kapitel 5.2.6) und Nr. 7: „Offene Sozialhilfe“ von Helmut Dornmayr (vgl. Kapitel 5.2.7). Armutsindikator war einmal mehr das Kriterium „Sozialhilfebezug“.

Mit Hilfe der Sozialhilfestatistiken aus den Statistischen Basisdaten Wels konnten Empfängerstruktur und Gründe für den Sozialhilfebezug aller Welser Sozialhilfebezieher des Jahres 1988 analysiert werden. Die Grundgesamtheit von  $n = 1.049$  Empfängern insgesamt teilte sich dabei auf  $n = 508$  Empfängern in Privathaushalten (offene Sozialhilfe) und  $n = 541$  Empfängern in Heimen und Anstalten auf.

Daran anschließend wurden sozialräumliche Aspekte des Sozialhilfeempfangs erhoben (vgl. Kapitel 5.2.7: „Dornmayr: Offene Sozialhilfe“). Es zeigten sich dabei sechs mehr oder weniger stark ausgeprägte „Problemzonen“, wobei ein Gebiet besonders herausragte. In dieser einzigen Straße wohnten 49 Personen, das sind 11 Prozent aller der in den Hilfsblättern erfassten Sozialhilfeempfänger.

Um weitere Einblicke in die demografischen Faktoren der armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen in Wels zu erhalten, wurden alle 435 Hilfsblätter zur Sozialhilfestatistik der offenen Sozialhilfe der ersten Jahreshälfte 1989 ausgewertet.

Für die Analyse wurden aufgrund der Merkmale Geschlecht, Alter und Familienstand soziodemografische Gruppen gebildet, von denen angenommen werden konnte, dass sie mit den in der Literatur angeführten Armutsgruppen korrelieren. Die Verteilung der untersuchten Sozialhilfeempfänger auf diese Gruppen sowie die Beziehung zu den Problemgruppen (ohne Pflegekinder) ist in folgender Tabelle dargestellt.

Tabelle 32.: Verteilung der Sozialhilfeempfänger auf Problemgruppen (Studie 9)

Demografische Armutsgruppen	Prozent	Vermutete Beziehung zu armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen
Minderjährige	37,5	Kinder und Jugendliche
Alleinstehende Männer 20 - 49 Jahre	20,3	Junge arbeitslose Männer
Ledige Frauen 20 - 49 Jahre	6,2	Alleinerzieherinnen und möglicherweise arbeitslose Frauen
Geschieden/getrennt lebende Frauen 20 - 49 Jahre	11,3	Alleinerzieherinnen
Verheiratete Frauen 20 - 49 Jahre	4,1	Alleinerzieherinnen durch Abwesenheit des Mannes (z.B. Haftaufenthalt)
Alleinstehende Männer 50 - 59 Jahre	3,1	Ältere arbeitslose Männer
Alleinstehende Frauen 50 - 59 Jahre	3,6	Ältere arbeitslose Frauen
Alleinstehende Personen über 60 Jahre	9,5	Alleinstehende Frauen ohne Pensionsansprüche
Sonstige	4,4	
<b>gesamt (n = 389)</b>	<b>100,0</b>	

Quelle: Bacher/Dornmayr/Seckauer 1993: 217

Anmerkung: Die hohe Zahl an Minderjährigen erklärt sich aus der relativ hohen Anzahl an aushilfsweise für Schulveranstaltungen unterstützten Kindern. Trotzdem sind Kinder und Jugendliche in einem stärkeren Ausmaß von Armut betroffen als andere Bevölkerungsteile (vgl. Bacher/Dornmayr/Seckauer 1993: 219).

Im Rahmen einer Aktenanalyse wurden die Lebensbedingungen und die soziale Situation von 44 Sozialhilfeempfängern und -antragstellern weiter untersucht, wodurch weitere gemeinsame Merkmale wie Kinderanzahl, Ausbildungsgrad, Vermögenssituation, Verschuldungsgrad oder Wohnraumsituation erhoben werden konnten (vgl. Kapitel 5.2.7: „Dornmayr: Offene Sozialhilfe“).

Diese Betrachtungsweisen des Sozialhilfebezugs waren vorwiegend nur querschnittsorientiert. Ein weiterer Aspekt von Armut ist ihre biografische Verortung. Anhand von 69 Akten des Sozialamts wurde versucht, bestimmte wiederkehrende Grundmuster von ausgewählten demografischen Armutsgruppen zu erkennen. Durch die Schilderung von Einzelschicksalen wurden unter anderem die spezifischen Lebensumstände Betroffener näher beleuchtet.

In den anderen Kapiteln des Forschungsprojektes waren neben den bereits genannten Autoren auch Christine Stelzer-Orthofer und Karina Göttlicher vertreten. Als quantitativer Aspekt zu Armut mit regionalen Bezügen wurde hier lediglich die soziale Lage von Kindergartenkindern in Wels, ausgedrückt über die Einkommenssituation der Eltern, angeführt.

#### **5.2.10 Stelzer-Orthofer: Armut und Zeit**

Wie im Kapitel 5.1.5: „Maßgrößen und Armutsdefinitionen“ erläutert, birgt die Wahl des Sozialhilfebezugs als Armutsindikator eine Reihe von Einschränkungen. Durch unterschiedliche Rechts- und Verwaltungslagen der Bundesländer ist eine einheitliche Erstellung von Sozialhilfestatistiken kaum möglich. Dazu kommt, dass diese von den Städten mit eigenem Statut und den Sozialhilfeverbänden weitergeleiteten Daten stichtagsbezogen bzw. durchschnittliche Daten sind, die den Zeitablauf, nämlich die Dauer des Sozialhilfebezugs, nur unzureichend berücksichtigen. Diesem Manko versuchte in Österreich die Studie von Christine Stelzer-Orthofer zu begegnen und zu einer zeitkontinuierlichen, biografischen Betrachtung von Sozialhilfeempfängern bzw. ehemaligen Sozialhilfeempfängern zu kommen.

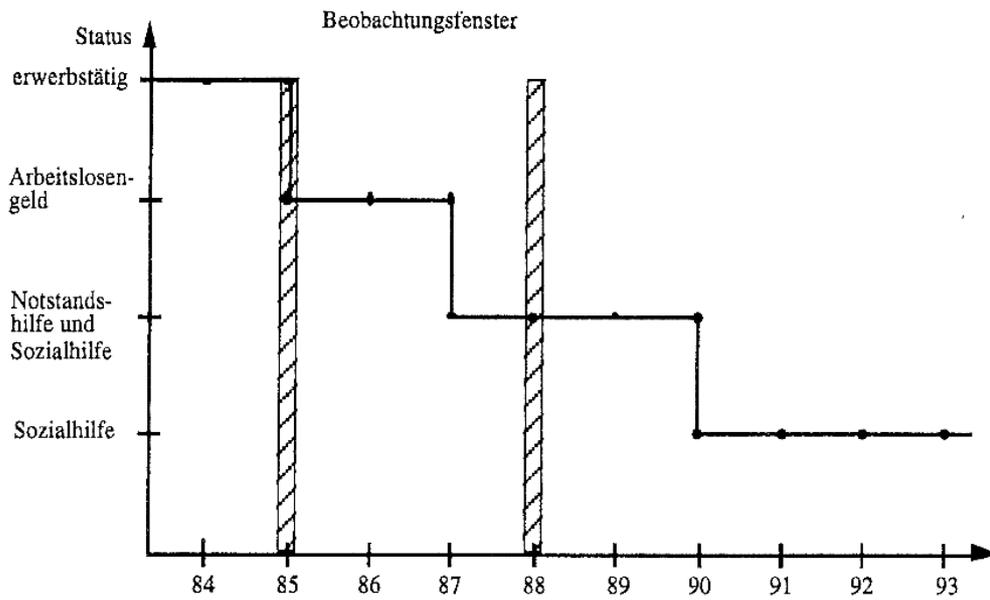
Durch Analyse des Sozialhilfeverlaufs von Sozialhilfeempfängern einer Kommune über einen Zeitraum von 10 Jahren hinweg wurden Aussagen über Ausmaß, Dauer und Art der Problemlagen von Sozialhilfeempfängern getroffen, die schließlich zu einer Typologisierung der Empfängergruppe führten. Die Arbeit stellte die erste empirische Erhebung zur Sozialhilfebedürftigkeit in Österreich dar, die den Zeitfaktor einbindet und somit Aussagen zur Dauer der Sozialhilfebedürftigkeit erlaubt. Die Studie wurde als Dissertation am Institut für Gesellschaftspolitik, Abteilung Sozialpolitik und politische Institutionen und am Institut für Soziologie, Abteilung für Methoden der empirischen Sozialforschung an der Universität Linz approbiert und leicht überarbeitet in Buchform herausgebracht.

Die Erhebung erfolgte in Linz in Zusammenarbeit mit dem Linzer Magistrat. Geplant war eine Totalerfassung der Grundgesamtheit von etwa 10.000 unterstützten Personen in Linzer Privathaushalten im Zeitraum von Jänner 1984 bis Dezember 1993. Da die Nachteile einer Totalerhebung bei einer derart großen Grundgesamtheit überwogen, wurde davon abgegangen und eine 20 Prozent-Stichprobe von 1.930 Verlaufsformen gezogen, wovon 1.922 Karteikarten ausgewertet wurden. Der Zehn-Jahres-Zyklus ergab sich dabei aus der Tatsache, dass im Linzer Magistrat erst seit Anfang 1984 sämtliche Fälle der Sozialhilfe auf Karteikarten festgehalten wurden, die die wichtigsten Angaben zur Person (Geschlecht, Nationalität, Unterstützungsgrund etc.) sowie Datum und Höhe sämtlicher bezogener Leistungen beinhalteten und die Datenaufnahme Anfang 1994 erfolgte.

„Während Querschnittsanalysen als Momentaufnahmen zu betrachten sind, kann lediglich die Einbeziehung des Faktors Zeit durch die Analyse von Längsschnittdaten zu seriösen Angaben zur Dauer von Sozialhilfebedürftigkeit führen.“ (Stelzer-Orthofer 1997, S.127)

Folgende Grafiken veranschaulichen den Vorteil einer dynamischen zeitkontinuierlichen gegenüber einer dynamischen zeitdiskreten Betrachtungsweise. Zieht man Paneldaten (z.B. aus dem Jahr 1985 und aus dem Jahr 1988) für die Erhebung heran, so erweitern sich zwar durch die beiden gewählten Beobachtungsfenster die möglichen Schlussfolgerungen, die zur Sozialhilfebedürftigkeit gezogen werden, nicht aber jene zum tatsächlichen biografischen Verlauf.

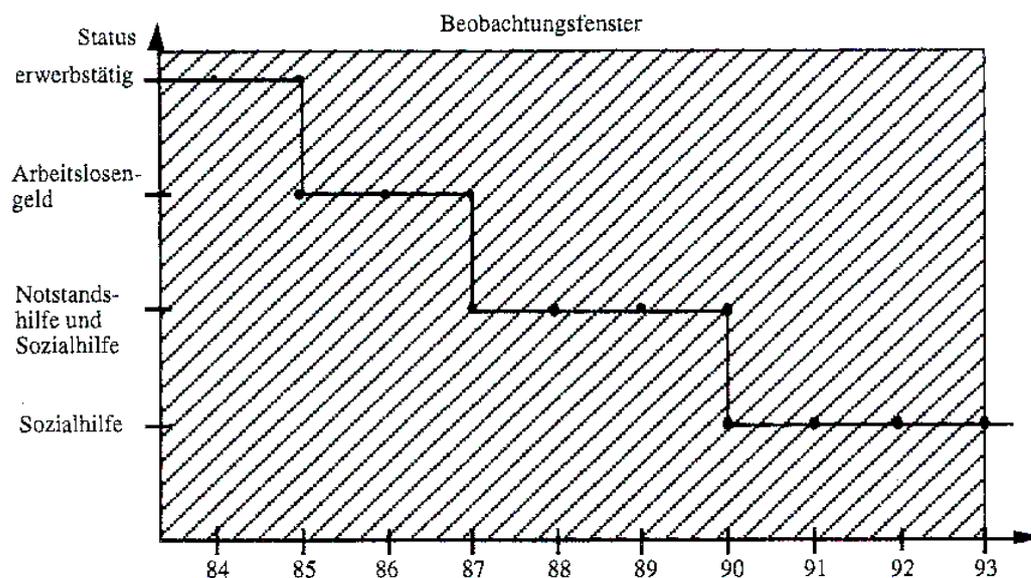
Abbildung 1.: Abstieg in die Sozialhilfe: Dynamische Betrachtungsweise durch zeitdiskretes Erhebungsdesign mit Paneldaten (Studie 10)



Quelle: Stelzer-Orthofer 1997:126

Erst durch das größere Beobachtungsfenster, das einen 10-Jahres-Zeitraum umfasst, wird der kontinuierliche Abstieg in die Sozialhilfe sichtbar. Folgende Grafik veranschaulicht die Stufen des Abstiegs in die Sozialhilfe für den Zeitraum 1984 bis 1993.

Abbildung 2.: Abstieg in die Sozialhilfe: Dynamische Betrachtungsweise durch zeitkontinuierliches Erhebungsdesign mit Ereignisdaten (Studie 10)



Quelle: Stelzer-Orthofer 1997: 127

Die Auswertung der Daten erfolgte vorerst linear und differenzierte nach Geschlecht, Nationalität, Familienstand, Grund der Unterstützung etc. Erhoben wurden dabei prozentuelle Anteile, Extremgruppenvergleiche, Korrelationen, Verlaufsmerkmale des Sozialhilfebezugs und eine Typologie von Sozialhilfeempfängern wurde geschaffen.

Darauf aufbauend wurde eine clusteranalytische Auswertung vorgenommen, wobei das Ziel clusteranalytischer Verfahren ist, eine Menge von Klassifikationsobjekten in homogene Gruppen (= Klassen, Cluster, Typen) zusammenzufassen um so zu einer empirischen Klassifikation oder Typologie zu kommen. Es wurden fünf Cluster mit den relevanten Variablen Nettodauer (Zahl der Bezugsmonate), Anzahl der Unterbrechungen, Bruttodauer (Zeitraum von der ersten bis zur letzten Leistung in Monaten), Unterbrechungsmonate sowie Höhe der durchschnittlichen monatlichen Geldleistungen gebildet. Folgende Tabelle zeigt die Interpretation der 5-Clusterlösung mit der Typologie der Sozialhilfeempfänger.

Tabelle 33.: Cluster der Sozialhilfeempfänger (Studie 10)

Clusterzahl	Merkmale	Typus
5-Cluster 1: n = 52; 2,7%	Dauernder, kontinuierlicher Bezugsverlauf in Richtsatzhöhe	Dauerbezieher
5-Cluster 2: n = 213; 11%	Kontinuierlicher Bezugsverlauf in Richtsatzhöhe innerhalb einer kurzen überschaubaren Periode	Kurzfristige Existenzsicherer
5-Cluster 3: n = 1.275; 66,1%	Kein Bezug oder kurzfristige und kurzzeitige Aushilfen	Keine Leistungsbezieher; einmalige oder kurzfristige Aushilfebezieher
5-Cluster 4: n = 166; 8,6%	Häufiger, über einige Monate unterbrochener Bezugsverlauf	Pendler; Wiederkehrer
5-Cluster 5: n = 223; 11,6%	Langfristig unterbrochener Bezugsverlauf	Mehrmalig kurzfristige Aushilfebezieher

---

Quelle: Stelzer-Orthofer 1997: 165

Zur Überprüfung dieser Typologien und Verlaufsmuster erfolgte im letzten Teil der Arbeit eine Aktenanalyse von 10 Fällen pro Cluster, d.h. je Verlaufsmuster wurden 10 Akten eingesehen, um zu mehr Informationen über armutsverursachende Lebenslagen zu kommen und der multikausalen Problemsituation der Sozialhilfebezieher gerecht zu werden.

Diese Studie bietet nicht nur hervorragende Einblicke in die Sozialhilfesituation einer größeren Kommune, sondern stellt sich auch den Herausforderungen einer Längsschnittanalyse. Durch die Analyse über einen Zeitraum von 10 Jahren hinweg und anspruch-

vollen statistischen Methoden ist diese Arbeit beispielgebend, um dem komplexen Problemkreis von Armut gerecht zu werden. Die gewonnenen Erkenntnisse über Sozialhilfebezieher und Verlaufsmuster könnten durchaus auch für andere österreichische Städte in späteren Dekaden ihre Gültigkeit haben.

### 5.2.11 Gartner / Müllner: Wohnsituation von Ausländer/innen in Graz

Bestimmte Gruppen sind in einem erhöhten Ausmaß von Armut oder Armutsgefährdung betroffen. Ausländer und Migranten zählen zu diesen gefährdeten Gruppen.

Eine Auswirkung ist die Wohnsituation dieser Randgruppen. Wohnverhältnisse bilden somit einen Indikator für Armut und Armutsgefährdung (vgl. Kapitel 5.1.5: „Maßgrößen und Armutsdefinitionen“).

Drei große Bereiche tragen zu den schlechten Wohnverhältnissen dieser Außenseitergruppe bei (vgl. Gartner/Müllner 1998: 69):

- Der sozioökonomische Status von Ausländern, der sich nach Einkommen, Bildung und Ausbildung richtet,
- ihre Außenseiterposition aufgrund ethnischer Merkmale, Rechtsstatus, Verhaltensstandards, Sprache, Religionszugehörigkeit etc., die zur Benachteiligung am Wohnungsmarkt beiträgt, sowie
- der Wohnungsmarkt selbst, der die Bedingungen vorgibt: Wohnungsknappheit, Zutrittsrestriktionen zum Wohnungsangebot, Qualitäts- und Mietpreisdiskriminierung.

Die vorliegende Studie erfasst diesen speziellen Aspekt der Armut von Ausländern in der Landeshauptstadt Graz. Erhoben wurde im Auftrag des Ausländerbeirates der Stadt Graz (Ausschuss: Arbeit und Soziales, Leitung: Celal Ünal), verfasst wurde die Studie von Barbara Gartner und Annemarie Müllner und erschien im Mai 1998.

Die Studie ist eine empirische Erhebung mit dem Ziel, die komplexen Ursachen schlechter Wohnverhältnisse von Ausländern, die Benachteiligung von Ausländern am Wohnungsmarkt, die damit verbundenen Folgen (Segregationserscheinungen, steigender informeller Rassismus, Desintegration) und den „dringenden Handlungsbedarf im wohnpolitischen und städtebaulichen Bereich“ (Gartner/Müllner 1998: 64) transparent zu machen.

Vier Arbeitshypothesen lagen der Erhebung zu Grunde:

- Ausländer sind aufgrund ihrer Rolle als Außenseiter und der damit verbundenen ungleichen Machtverhältnisse im Wohnbereich stark benachteiligt. Dazu tragen auch ihre begrenzten finanziellen Möglichkeiten aufgrund des sozioökonomischen Status bei.
- Die ausländische Bevölkerung wohnt in schlechter ausgestatteten und teureren Wohnungen als die inländische Bevölkerung. Die schlechte Wohnqualität ergibt sich vor allem aus dem Kriterium „Überbelag“ (zu viele Personen auf zu wenig Quadratmeter Wohnfläche).
- Je länger Ausländer in Graz leben, desto eher wohnen sie in Wohnungen besserer Kategorien. Diese Annahme beruht auf der Überlegung, dass die Dauer des Aufenthaltes mit einer Integration auf dem Arbeitsmarkt korreliert und damit den sozioökonomischen Status verbessert.
- Aufgrund der Restriktionen am öffentlichen Wohnungsmarkt sind Migranten auf den privaten Wohnungsmarkt angewiesen. Knappheit an billigen Wohnungen sowie informeller Rassismus führen auch hier zu starken Benachteiligungen.

Aufgrund obiger Überlegungen und der Außenseiterproblematik wurden alle aus der Europäischen Union und dem damaligen Europäischen Wirtschaftsraum EWR stammenden Personen sowie Staatsbürger aus USA, Kanada, Japan und Australien nicht in die Untersuchung einbezogen. Damit fielen 4.395 Personen aus der Grundgesamtheit der ausländischen Wohnbevölkerung in Graz. Insgesamt lebten in Graz 26.571 Ausländer (Stand: Jänner 1998), das entsprach einem Anteil von 11,07 Prozent der gesamten Grazer Wohnbevölkerung. Die Grundgesamtheit der Untersuchung betrug somit 22.176 Personen.

Daraus wurde eine Stichprobe in einem mehrstufigen Auswahlverfahren ermittelt. Zuerst wurden von 17 Grazer Stadtbezirken acht Grazer Bezirke aufgrund ihres hohen Ausländeranteils (über 10 Prozent) gezielt ausgewählt. Dann wurden die Zählsprenkel mit einem Punktbewertungssystem bewertet, das Aussagen über den durchschnittlichen Wohnungsstandard (Ausstattungskategorie, Überbelag und Lage der Wohnung) zulässt. Aus jedem Bezirk wurden nun drei Sprengel mit unterschiedlichen mittleren Punktwerten gezogen, die Auswahl der Zielpersonen (Adresse der Haushalte) erfolgte zufällig über Namensschilder oder Nachfragen vor Ort in den betreffenden Straßen.

Nachfolgende Tabelle gibt die Repräsentativität der Stichprobe für die vier am stärksten vertretenen Nationen wieder.

Tabelle 34.: Stichprobenrepräsentativität Ausländer in Graz (Studie 11)

Nationalität	Ausländische Personen				Konfidenzintervall CI 99%
	Ausländer gesamt absolut	Ausländer gesamt in %	Stichprobe Ausländer absolut	Stichprobe Ausländer in %	
Ex-Jugoslawien	12.788	68,0	364	67,1	± 5,2 %
Türkei	2.274	12,1	86	15,9	± 4,0 %
Afrika	2.506	13,4	67	12,4	± 3,7 %
Rumänien	1.229	6,5	25	4,6	± 2,3 %
<b>gesamt</b>	<b>18.797</b>	<b>100</b>	<b>542</b>	<b>100</b>	

Quelle: Gartner/Müllner 1998: 16

Die Datenerhebung erfolgte mittels eines standardisierten Fragebogens. Die Interviews wurden im Zeitraum Dezember 1997 bis Februar 1998 durchgeführt, insgesamt wurden 184 Haushalte befragt mit 594 Personen.

Der Fragebogen setzte sich aus 14 Fragebatterien zu den Bereichen Rechtssituation, Familiensituation, Wohnungssituation, Wohnqualität und Wohnungsmarkt zusammen. Von besonderer Bedeutung war das Kriterium „Überbelag / Dichte“ und „Überbelag / Zimmer“ als Indikator für beengte Wohnverhältnisse und Armut. Während sich die Definition der Überbelagsdichte auf die Quadratmeteranzahl pro Person (Richtwert: 15 m<sup>2</sup>) in einer Wohnung bezieht, wird von einem Überbelag-Zimmer gesprochen, wenn nicht jede in der Wohnung lebende Person einen abgeschlossenen Raum hat (Richtwert: 1 Zimmer pro Person).

Die Arbeitshypothesen konnten bestätigt werden. Migranten leben aufgrund ihrer Außenseiterposition und ihrer begrenzten Möglichkeiten schlechter. Die Mehrheit lebt in Wohnungen mit unzureichender Wohnungsausstattung, wobei sich die Wohnqualität durch den Faktor „Überbelag“ enorm verringert. Aber auch Migranten, die sich aufgrund ihrer langen Aufenthaltsdauer bereits am Arbeitsmarkt integrierten und dadurch ihre sozioökonomische Situation verbessern konnten, sind am Wohnungsmarkt benachteiligt. Längere Aufenthaltsdauer, besserer Rechtsstatus und eine oft damit einhergehende Besserstellung am Arbeitsmarkt führen zu keiner besseren Wohnsituation der Betroffenen.

Während die Substandard-Wohnungen für das gesamte Grazer Stadtgebiet nur 11,5 Prozent ausmachten, lebten mehr als die Hälfte der Ausländer (52,2 Prozent) in Kategorie C und D Wohnungen. 2,5 Prozent der Grazer Wohnungen waren der absoluten

Wohnungsnot zuzuordnen. Das Zusammenwirken von Knappheit an Billigwohnungen und einer hohen Nachfrage führte zu einer Überhöhung der Preise von schlecht ausgestatteten Wohnungen, der finanzielle Aufwand für Substandardwohnungen war zum Teil gleich hoch oder höher als für Standard-Wohnungen. Damit trugen die Ausgaben für Wohnraum wesentlich zu einer Armutsgefährdung der ausländischen Haushalte bei.

Mit dieser Studie wurde zum ersten Mal eine systematische Zustandserhebung der aktuellen Wohnsituation von Ausländern in Graz erstellt. Die Wohnsituation als elementares Bedürfnis und Ausdruck der finanziellen Ressourcen bildete dabei den Berührungspunkt zu Armutsgefährdung, auch wenn die Erhebung von Armut nicht explizit im Vordergrund der Untersuchung stand. Die Repräsentativität wurde gewährleistet durch die mehrstufige Stichprobenauswahl, in der sich die Prinzipien einer kriterienbezogenen Auswahl und der Zufallsauswahl ergänzten. Auf diese Weise ist es den Autorinnen gelungen, ein repräsentatives Bild der Wohnsituation der Ausländer in Graz zu zeichnen.

#### **5.2.12 Höpfl / Stelzer-Orthofer / Kober: Die bedürftige Wohlstandsgesellschaft**

Sozialhilfebezug als Maß für Armut und Armutsgefährdung ist eines der Kriterien, wie man Armut eingrenzen kann. Wie im Kapitel 5.1.5: „Maßgrößen und Armutsdefinitionen“ näher erläutert, bietet es eine Reihe von Vorteilen, nicht zuletzt aufgrund der verfügbaren Daten. Allerdings gibt es auch hier eine Dunkelziffer, nämlich die von Armut Betroffenen, die, aus welchen Gründen auch immer, nicht in den Genuss von Sozialhilfe kommen. Diesem Mangel wollte diese Arbeit Abhilfe schaffen, die als Forschungsbericht am Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich erschien. Die Projektmitarbeiterin Sonja Kober konnte die Forschungsarbeit auch als Diplomarbeit (vgl. Kober 2001) einreichen.

Der Begriff der prekären Armut nimmt eine zentrale Stellung in der Konzeption der Studie ein. Damit wird die „Armutslücke“ bezeichnet, die sich aus der Zahl der Sozialhilfebezieher und der Zahl der Armen oder Armutsgefährdeten ergibt. Diese Differenz ergibt sich, wie im Kapitel 5.1.5: „Maßgrößen und Armutsdefinitionen“ erläutert, aus der Höhe der Sozialhilferichtsätze, die als politisch motivierte Entscheidungen anzusehen sind und deren Anpassung nicht mit der allgemeinen Wohlstandsentwicklung Schritt gehalten hat (vgl. Krammer 1994: 238f). Weiters sind die Barrieren, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen, durch subjektive Hemmungen und objektive Hindernisse sehr hoch. Stolz, Scham, Angst vor Stigmatisierung, fehlende Kenntnisse über Anspruchsvoraussetzungen, Schwierig-

keiten im Umgang mit Behörden und nicht zuletzt die Befürchtungen, dass der/die Unterstützte oder die Familie zum Kostenersatz herangezogen werden, wirken sowohl als gesellschaftlich-kulturelle wie auch als administrativ-strukturelle Filter (vgl. Dimmel 1989: 181).

Ziel der Studie war es, Aufschluss über die Gruppe dieser Nicht-Bezieher zu bekommen. Dazu wurden im Zeitraum Jänner bis Mai 1999 sämtliche Fälle der abgelehnten Sozialhilfe-Antragsteller der Stadt Linz in Oberösterreich analysiert. Mit Hilfe einer Befragung mittels Fragebogen durch die Mitarbeiter der Abteilung Sozialhilfe des Linzer Magistrats gelang es im angegebenen Zeitraum fast eine Gesamterhebung durchzuführen. Experteninterviews mit den Mitarbeitern der Abteilung für Sozialhilfe dienten der Vorbereitung und Abrundung der Studie.

Die Individualdaten der 88 abgelehnten Sozialhilfe-Antragsteller gaben Aufschluss über Geschlecht, Alter, Nationalität und Familienstand der Nicht-Unterstützten, über Kinder im gemeinsamen Haushalt, über die Wohnsituation, den Erwerbsstatus, die Einkommenshöhe, die beantragte Leistung, die Begründung für das Ansuchen bis hin zu den Gründen der Nicht-Unterstützung.

Einschränkend ist anzumerken, dass mit dieser Erhebung nur die Antragsteller auf Leistungen aus der Sozialhilfe erfasst wurden, da dies erst eine vollständige Recherche der Sachlage und einen Aktenverlauf notwendig macht, in dem sämtliche Daten erhoben, dokumentiert und geprüft werden. Bei ersten Vorsprachen am Amt oder bei telefonischen Erkundigungen, ob Sozialhilfe bezogen werden könnte, wurden nicht zwangsläufig alle Angaben des Hilfesuchenden schriftlich festgehalten. Weiters bestanden die Aufzeichnungen auf freiwilliger Basis der Mitarbeiter des Sozialamts, wodurch sich zwangsläufig Lücken ergaben. Schlussendlich wurden auch all jene nicht erfasst, die zwar Anspruch auf Sozialhilfe hätten, aber aus den oben genannten Gründen mit dem Sozialamt nicht einmal in Kontakt kamen. Die Zahl der Anspruchsberechtigten wäre somit zwangsläufig um ein Vielfaches höher. Trotzdem zeigt diese Studie einen Weg auf, um mehr Einblicke in diese unbefriedigende Situation zu erhalten.

Veröffentlichungen in Zusammenhang mit diesem Projekt sind neben oben genannter Diplomarbeit auch: Höpfl, Thomas / Stelzer-Orthofer, Christine: „Die bedürftige Wohlstandsgesellschaft – neue Wahrnehmungen zu Armut, Ungleichheit und Reichtum in Österreich. Konzeptentwurf zum Projekt, Juli 1998“ und Höpfl, Thomas / Stelzer-Orthofer,

Christine: „Die bedürftige Wohlstandsgesellschaft. Zwischenbericht über Befragung am Linzer Sozialamt.“

### 5.2.13 Pass: Inanspruchnahme des Mutter-Kind-Passes

Wie im Kapitel 5.1.6: „Datengrundlagen“ erläutert, unterstützt die Oberösterreichische Gebietskrankenkasse Diplomarbeiten und Dissertation inhaltlich und finanziell im Rahmen einer „Kooperationsplattform Forschung und Lehre“. Herausragende Arbeiten werden in der gemeinsam mit dem Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Johannes Kepler Universität Linz herausgegebenen „Schriftenreihe Gesundheitswissenschaften“ veröffentlicht. Eine solche Arbeit bildet die 2001 erschienene Studie von Claudia Pass mit dem Untertitel: „Ein Beispiel für die Wechselwirkung zwischen sozialer Lage und Gesundheit?“.

Einerseits stand der Rückgang bei der Inanspruchnahme des Mutter-Kind-Passes im Mittelpunkt des Interesses, andererseits ging es, wie aus dem Untertitel ersichtlich, auch um Armut und sozial Schwache bei Inanspruchnahme dieser Gesundheitsleistungen.

Ziel des Forschungsprojekts war, die Interdependenzen zwischen sozialer Lage und Gesundheit am Beispiel der Mutter-Kind-Pass Untersuchung zu beleuchten. Da ein deutlicher Rückgang bei der Teilnahme an dieser Untersuchung aufgrund der geänderten gesetzlichen Bedingungen, die einen Wegfall der monetären Anreize bedeuteten, offensichtlich wurde, stellte sich die Frage, ob die soziale Lebenslage (werdender und junger) Mütter Auswirkungen auf eine Beteiligung an den Untersuchungen im Rahmen des Mutter-Kind-Passes hat.

„Die soziale Lebenslage resultiert aus den objektiven Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie aus dem familiären Kontext (Beruf der Eltern und des Lebenspartners), subjektiven Lebenseinstellungen und den individuellen Zukunftsperspektiven. Somit beinhaltet das Konzept der sozialen Lebenslage objektive und subjektive Komponenten und weist dynamische Aspekte auf.“ (Pass 2001: 238)

Als explorative Methode für die geplante postalische Befragung wurden vorab 14 qualitative Interviews mit Karenzgeldbezieherinnen geführt. Für die quantitative Erhebung wurde eine Zufallsstichprobe mittels Generator aus allen oberösterreichischen Karenzgeldbezieherinnen im Umfang von 3.000 Personen gezogen. Der Versand der Fragebögen erfolgte durch die Gebietskrankenkasse Oberösterreich im Mai 1999.

Bis Mitte September 1999 gingen 1.536 Fragebögen ein, was einer Rücklaufquote von rund 51 Prozent entspricht. Der Fragebogen umfasste 52 Fragen bzw. 165 Variable.

Erfasst wurden damit die sozioökonomischen Daten der Mutter, des Partners, der Kinder, Gesundheitszustand, Gesundheitsbewusstsein, Gesundheitsverhalten im Zeitablauf, Schwangerschaft, Geburt, Beteiligungsquoten und Einstellungen zu allgemeinen Vorsorgeuntersuchungen und zu Untersuchungen zum Mutter-Kind-Pass, Verhältnis zum Gynäkologen bis hin zu Zufriedenheit mit zentralen Lebensbereichen im Zeitablauf. Naturgemäß hatte die Thematik nur eine eng begrenzte Altersverteilung zur Folge, rund 70 Prozent der Befragten waren zwischen 26 und 35 Jahre alt. Folgende Tabelle zeigt die Altersverteilung der Stichprobe in Absolut- und Prozentwerten.

Tabelle 35.: Altersverteilung der Stichprobe (Studie 13)

<b>Alter</b>	<b>absolut</b>	<b>Prozent</b>
bis 20 Jahre	k.A.	1
bis 25 Jahre	273	18
bis 30 Jahre	583	38
bis 35 Jahre	492	32
bis 40 Jahre	138	9
bis 46 Jahre	k.A.	1

k.A. = keine Angabe in der Studie

Quelle: Pass 2001: 102

Zur Ermittlung der ökonomischen Situation wurden die Mütter nach ihrem monatlichen Nettohaushaltseinkommen befragt. Folgende Tabelle zeigt die Klassen und die Verteilung der monatlichen Nettohaushaltseinkommen in österreichischen Schilling in Absolut- und Prozentwerten.

Tabelle 36.: Monatliche Nettohaushaltseinkommen der Stichprobe (Studie 13)

<b>Nettohaushaltseinkommen</b>	<b>absolut</b>	<b>Prozent</b>
kein Wert	k.A.	4
bis öS 10.000	349	23
bis öS 20.000	525	34
bis öS 30.000	454	30
bis öS 40.000	k.A.	7
bis öS 50.000	k.A.	k.A.
über öS 50.000	k.A.	k.A.

k.A. = keine Angabe in der Studie

Quelle: Pass 2001: 104

Ausgehend vom Konzept der sozialen Lebenslage wurden Hypothesen gebildet, die mit Hilfe der gewonnenen Daten überprüft werden konnten. Als soziodemografische Indikatoren wurden die Schulbildung der Mutter, ihr vor der Schwangerschaft zuletzt ausgeübter Beruf und das monatliche Nettoeinkommen des Haushalts ausgewählt. Beim monatlichen Nettoeinkommen erfolgte eine Einteilung in folgende Kategorien: arme Haushalte (bis öS 10.000), mittlere Haushalte (zwischen öS 10.001 und öS 30.000), gut situierte Haushalte (zwischen 30.001 und öS 50.000) sowie reiche Haushalte (über öS 50.000).

Im Rahmen der Arbeit bestätigten sich die angenommenen Zusammenhänge zwischen sozialer Lebenslage und Untersuchungsbeteiligung. Mütter mit einer schlechteren sozialen Lebenslage beteiligten sich weniger an Mutter-Kind-Pass Untersuchungen. Es zeigte sich, dass die Beteiligung an den Untersuchungen zum Mutter-Kind-Pass zwar auf monetären Anreizen basiert, allerdings reduzieren Defizite in der Kommunikation zwischen Arzt und Patientin sowie Informationsdefizite über die Vorteile der Untersuchungen die Motivation zur Beteiligung.

Diese Studie liefert umfangreiche Ergebnisse in einem eng begrenzten Feld der Gesundheitspolitik. Armut und Armutsgefährdung wurden durch die Indikatoren Haushaltseinkommen, Schulbildung der Mutter und Kinderanzahl zum Ausdruck gebracht. Dabei standen aber Gesundheitsaspekte im Vordergrund, es wurden keine expliziten Angaben zu Armut gemacht, trotzdem sind Rückschlüsse durch die Vielzahl an Variablen möglich.

#### 5.2.14 Dorfbauer: „Hilfe zur Arbeit“

Im europäischen Kontext gewinnt die Sozialhilfe als zweites Netz sozialer Sicherheit seit den 1990er Jahren zunehmend an Bedeutung. Ein Grund dafür ist die wachsende Arbeitslosigkeit, die immer mehr Menschen in die Sozialhilfe drängt. Der Zugang zur Erwerbsarbeit für Leistungsempfänger wird von der Europäischen Union als eine der geeignetsten Methoden zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung gesehen (vgl. Dorfbauer 2001: 5). Das oberösterreichische Sozialhilfegesetz 1998 hat als erstes österreichisches Sozialhilferecht eine Aktivierungsmaßnahme in den Leistungskatalog aufgenommen. Mit „Hilfe zur Arbeit“ sollen Sozialhilfeempfänger neben Geld- und Sachleistungen auch Arbeitsplätze angeboten bekommen. Die Stadt Linz setzt mit der Sozialhilfearbeit, die neben bundesdeutschen Modellen Vorbild für das österreichische

Konzept von „Hilfe zur Arbeit“ war, schon seit längerem diesen Ansatz von Aktivierung um.

Die Diplomarbeit von Dorothea Dorfbauer befasste sich mit der empirischen Erhebung der Linzer Sozialhilfearbeit, mit der Beschreibung der Rahmenbedingungen und der Charakterisierung der Teilnehmer. Die Diplomarbeit wurde im Mai 2001 an der Johannes Kepler Universität Linz am Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik bei Prof. Josef Weidenholzer und Ass. Prof. Christine Stelzer-Orthofer eingereicht.

Durch Aktenanalyse wurde die Eingliederung von Sozialhilfeempfängern in den Arbeitsmarkt überprüft. Für die empirische Erhebung wurden Informationen über die Sozialhilfearbeiter vor, während und nach der Beschäftigung beim Magistrat Linz herangezogen, wodurch eine längsorientierte Betrachtung im Zeitablauf möglich wurde.

Bei den Daten, welche die Zeit vor der Sozialhilfearbeit betrafen, handelte es sich überwiegend um soziodemografische Merkmale wie Geschlecht, Alter, Familienstand, Nationalität. Die Beschäftigungszeit in der Sozialhilfearbeit wurde im Vergleich zu der Zeit davor umfassender betrachtet und die Analyse der Rahmenbedingungen von Sozialhilfearbeit fand Berücksichtigung. Die Integration in den Arbeitsmarkt betraf die Phase nach Beendigung der Sozialhilfearbeit. Zu drei Zeitpunkten (im Austrittsmonat, ein Jahr und drei Jahre nach Beendigung der Sozialhilfearbeit) wurde der Versicherungsstatus als Indikator der Integration in den Arbeitsmarkt erhoben.

Der Untersuchungszeitraum wurde mit zehn Jahren, von 1990 bis 1999 festgelegt. Im Zeitraum von April bis Juni 2000 wurden in einer Vollerhebung alle Sozialhilfearbeiter, die während des Untersuchungszeitraumes beschäftigt waren, erfasst. Insgesamt fanden 500 Personen mindestens einmal einen Arbeitsplatz in der Sozialhilfearbeit. Als Datengrundlage dienten die Lohnverrechnungskarteien des Magistrats Linz.

Die soziodemografischen Faktoren konnten so ermittelt und in Beziehung zur Sozialhilfearbeit gesetzt werden. Weiters wurden Aussagen über Behinderteneinstellung, Einsatzstellen, Stellenwechsel und Verweildauer in der Sozialhilfearbeit möglich.

Für die Untersuchung des Integrationseffekts wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit nur die Daten des ersten Austritts einbezogen, wodurch sich neben anderen Gründen, wie unbekannter oder fehlerhafter Versicherungsstatus nach Beendigung der Sozialhilfearbeit, eine Reduzierung der Grundgesamtheit auf 303 Personen ergab.

Folgende Tabelle zeigt einen zusammengefassten Überblick über den Versichertenstatus der ehemaligen Sozialhilfearbeiter. Dabei ist zu berücksichtigen, dass jene Sozialhilfearbeiter, die innerhalb der letzten drei Jahre des Untersuchungszeitraumes von zehn Jahren die Sozialhilfearbeit beendeten, noch keinen Versicherungsstatus für alle drei Zeitpunkte besitzen konnten, wodurch die Zahlen der Kategorie „ein Jahr danach“ und „drei Jahre danach“ zwangsläufig niedriger wurden.

Tabelle 37.: Versichertenstatus nach der Sozialhilfearbeit (Studie 14)

Versichertenstatus	im Austrittsmonat n = 303		ein Jahr danach n = 236		drei Jahre danach n = 178	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
erwerbstätig	72	23,8	66	28,0	48	27,0
Unterstützung durch das AMS	90	29,7	54	22,9	30	16,9
Leistungen aus der Pensionsversicherung	27	8,9	35	14,8	33	18,5
nicht versichert oder mitversichert	63	20,7	45	19,1	28	15,7
Wochengeld/Karenz	32	10,5	21	8,9	13	7,3
Krankengeld	5	1,7	0	0,0	2	1,1
Selbstversicherung	5	1,7	4	1,7	6	3,4
verstorben	9	3,0	11	4,7	18	10,1
<b>gesamt</b>	<b>303</b>	<b>100,0</b>	<b>236</b>	<b>100,0</b>	<b>178</b>	<b>100,0</b>

Quelle: Dorfbauer 2001: 94

Daneben wurden die längerfristigen Integrationseffekte bei Zeitablauf des Arbeitsverhältnisses, bei einvernehmlicher Lösung oder Kündigung durch den Arbeitnehmer, bei Entlassung und Kündigung durch den Arbeitgeber und bei unterschiedlichen Verweildauern an der Sozialhilfe Arbeitsstelle untersucht. Die Analyse des Integrations-effekts hinsichtlich Geschlecht, Nationalität und Behinderung rundeten das Bild der Untersuchung ab.

Sozialhilfe als Bezugspunkt für Armut findet auch hier Anwendung. Zwar werden primär Integrationseffekte in den Arbeitsmarkt untersucht, doch ist der Zusammenhang zwischen Armut und Sozialhilfebezug bzw. Verlassen des Sozialhilfestatus durch Arbeit evident. Insofern zeigt diese Studie das Ausmaß an Möglichkeiten auf, Armut oder Armutsgefährdung zu verlassen. Weiters ist diese Diplomarbeit eine der wenigen Arbeiten, die sich einer längsschnittorientierten Betrachtungsweise verschreibt. Der Erkenntnisgewinn daraus geht weit über die querschnitts- oder stichtagsbezogenen Methoden hinaus.

Die Datenherkunft deutet auf die gute Zusammenarbeit zwischen Linzer Magistrat und dem Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Johannes Kepler Universität hin.

### 5.2.15 ÖBIG: Soziale Ungleichheit und Gesundheit

Das Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen, BMSG (jetzt: Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, BMSGK) beauftragte im Oktober 1999 das Österreichische Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG) mit der Durchführung dieser Studie. Nach der Datenauswertung in Kooperation mit der Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse (OÖGKK) im ersten Halbjahr 2001 wurde die Studie von Elisabeth Pochobradsky, Claudia Habl und Barbara Schleicher unter Mitarbeit von Anton Hlava im August 2001 fertig gestellt.

In Österreich lagen bis dahin kaum Informationen zur sozial ungleichen Verteilung von Gesundheit und über das Ausmaß schichtspezifischer Unterschiede hinsichtlich gesundheitlicher Risiken, Morbidität und Mortalität vor, trotz der Möglichkeit einer relativ einkommensunabhängigen Inanspruchnahme des gesundheitlichen Versorgungssystems (vgl. ÖBIG 2002: I).

Hier setzte die Studie an. Es sollte geklärt werden, ob auch in Österreich die für andere Staaten beschriebenen sozialschichtabhängigen gesundheitlichen Ungleichheiten bestehen, das heißt, ob und in welchem Ausmaß soziale Unterschiede, im Speziellen Einkommensunterschiede, den Gesundheitszustand der österreichischen Bevölkerung beeinflussen.

Diese Annahmen wurden durch eine ausführliche Literaturanalyse, Experteninterviews und eine repräsentative Erhebung in Oberösterreich überprüft. Dieses Bundesland wurde als repräsentativ für Österreich ausgewählt, da es sowohl zentrale Siedlungsgebiete als auch ländliche Strukturen gibt und der Anteil an Personen über 65 Jahre, der Anteil an Migranten, die Erwerbsquote sowie die Bruttowertschöpfung im Bundesdurchschnitt liegen (vgl. Kapitel 4: „Geografische und demografische Beschreibung Ostösterreichs“).

Primäre Datenquelle war die Folgekostenrechnung (FOKO) der Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse (OÖGKK). Dies ist eine Datenquelle, die seit 1997 folgende Leistungsdaten erfasst:

- Verordnete Arzneimittel und Dauerrezepte
- Anzahl und Kosten von ambulanten Behandlungen im niedergelassenen Bereich
- Anzahl von stationären Aufnahmen
- Krankenstandstage der Versicherten.

Mit der Weiterentwicklung FOKO II war seit 1999 eine Verknüpfung der angeführten Leistungsdaten mit den Patientenstammdaten (Geburtsdatum, Staatszugehörigkeit, Versichertenkategorien, sozialrechtliche Stellung, Wohnregion, Wirtschaftsklasse des beschäftigenden Unternehmens usw.) möglich. Mit Ausnahme der Krankenanstaltsdaten war die Ausgangsbasis jeder Datenerfassung ein Krankenschein.

1999 waren im Jahresdurchschnitt 740.654 Personen (inklusive Pensionisten, Karenz- und Arbeitslosengeldbezieher) sowie deren Angehörige - 304.528 Personen - versichert. In Summe waren somit 1,045.182 Personen bei der OÖGKK versichert, was über 78 Prozent der Oberösterreicher entspricht.

Als entscheidendes Kriterium für die Einschätzung eines Versicherten als armutsgefährdet bzw. sozial benachteiligt wurde die Befreiung von der Entrichtung der Rezeptgebühr angesehen. Voraussetzung dafür ist das Unterschreiten einer bestimmten Einkommensgrenze. In Oberösterreich waren im Jahr 1999 rund 44.000 Hauptversicherte rezeptgebührenbefreit. Folgende Übersicht zeigt die Zusammensetzung der Gruppe der rezeptgebührenbefreiten Hauptversicherten der OÖGKK im Jahr 1999 nach der Versicherteneigenschaft.

Tabelle 38.: Rezeptgebührenbefreite Hauptversicherte der OÖGKK (Studie 15)

<b>Versicherteneigenschaft</b>	<b>Anzahl absolut</b>
Angestellte/r	1.405
Arbeiter/in	3.218
Arbeitslose (Angestellte)	606
Arbeitslose (Arbeiter)	1.781
Karenzierte	434
Pensionist/in (Angestellte)	3.789
Pensionist/in (Arbeiter)	32.815
<b>gesamt</b>	<b>44.048</b>

Quelle: ÖBIG 2001: 48

Betroffen waren davon rund 31.000 Frauen und 13.000 Männer. Neben dem Einkommenskriterium wurden in der Studie als weitere Abgrenzungsmerkmale das Alter, der berufliche Status und das Geschlecht einer Person berücksichtigt.

Bei der Literaturanalyse wurde der Zusammenhang zwischen sozialer Stellung und Gesundheit bestätigt. Die Ergebnisse der Forschungen im angloamerikanischen Raum und der Bundesrepublik Deutschland sind eindeutig: Personen mit geringem sozioökonomischen Status (mit geringer Bildung, niedrigem beruflichem Status und/oder geringem Einkommen) weisen zumeist eine erheblich höhere Mortalität und Morbidität auf als Mittel- oder Oberschichtangehörige.

Bei der Untersuchung der Hauptversicherten der Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse (OÖGKK) wiesen starke Indizien darauf hin, dass Menschen mit geringem Einkommen, unabhängig von ihrem Alter und Geschlecht, mehr gesundheitliche Probleme haben und das Gesundheitssystem infolge öfter in Anspruch nehmen als rezeptgebührenpflichtige Oberösterreicher. Sozioökonomische Merkmale waren Alter, Geschlecht, Erwerbstätigkeit, Versichertenkategorie, Wohnort und Herkunft. Diese Merkmale wurden mit den Indikatoren Rezeptgebührenbefreiung, Inanspruchnahme von Allgemeinärzten und Fachärzten, Anzahl der Verordnungen, Arzneimittelausgaben, Krankheitskosten, Anzahl von Krankenständen, Krankenstandsdauer und Inanspruchnahme von Gesundenuntersuchungen verbunden, wodurch die Trends im Wesentlichen bestätigt wurden.

Diese Studie bietet repräsentative Aussagen über Armut und Gesundheit. Einschränkungen ergaben sich aus Unschärfen der Folgekostenrechnung (FOKO).

Leistungen in Ambulatorien bzw. Ambulanzen, im außertariflichen Bereich (Wahlärzte, Selbstmedikamentation, usw.) und Leistungen außerhalb des Bundeslandes Oberösterreich, was bei sehr komplizierten Erkrankungen (diese werden zum Teil nach Wien überwiesen) und bei in Grenzregionen wohnhaften Personen der Fall ist, werden nicht erfasst. Codierte Diagnosen stehen nur aus dem stationären Bereich zur Verfügung. Aus dem niedergelassenen Bereich werden nur Wortlautdiagnosen gemeldet, die zur statistischen Erfassung ungeeignet sind. In die FOKO fließen alle Versicherten ein, die in mindestens einem Quartal des Jahres wenigstens eine Leistung, die von der OÖGKK vergütet wurde, in Anspruch genommen haben, wodurch die Stichprobe insofern verzerrt ist, als dass völlig gesunde Personen nicht enthalten sind. Jüngere Personen, die aufgrund ihres geringen Einkommens einen Anspruch auf Rezeptgebührenbefreiung hätten, stellen keinen Antrag, da sie de facto keine Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen (vgl. ÖBIG 2001: 48). Es kann nur zwischen österreichischen und nicht-österreichischen Staatsbürgern unterschieden werden, Migranten werden dadurch unzureichend erfasst. Aufgrund dieser Schwächen lassen die FOKO Daten keine absolut signifikanten Aussagen zu, können aber sehr wohl gute Indikatoren liefern und damit Tendenzen und Trends aufzeigen.

#### **5.2.16 Wukounig: Pensionsbezieher/innen und Umgang mit Krankheit**

Wie im Kapitel 5.1.6: „Datengrundlagen“ angeführt, unterstützt die Oberösterreichische Gebietskrankenkasse (OÖGKK) Diplomarbeiten und Dissertationen durch Vergabe von Themen und durch Bereitstellung von Datenmaterial. Im Jahr 2002 stellte die Diplomandin Monika Wukounig am Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik der Johannes Kepler Universität Linz bei ihrer Betreuerin Christine Stelzer-Orthofer solch eine unterstützte Diplomarbeit fertig, die den Umgang von Pensionsbeziehern mit Krankheit untersucht.

Die Diplomarbeit stellt eine empirische Erhebung dar, durchgeführt an oberösterreichischen Pensionsbeziehern, die quantitative Merkmale erhebt und miteinander verknüpft. Konkret wurde auf folgende Fragestellungen eingegangen:

- wie sich der Gesundheits- bzw. Krankheitszustand der Befragten darstellt;
- von welchem Wissen man über die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung und der öffentlichen Hand ausgehen kann;
- in welchem Ausmaß diese Leistungen in Anspruch genommen werden;
- wie die gesetzlichen Änderungen der letzten Zeit im Gesundheitswesen aufgenommen werden;
- wie es um die Zufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation und um das Vertrauen in den Wohlfahrtsstaat steht;
- wie sich ihr soziales Umfeld und die sozialen Netzwerke gestalten.

Das Hauptinteresse der Datenanalyse lag in der Betrachtung von einkommensabhängigen Unterschieden und soziodemografischen Zusammenhängen.

Vorab wurden neben dem Studium der einschlägigen Literatur als Vorbereitung vier qualitative Interviews geführt. Es wurden drei Interviewpartner aus dem Kreis der Befragten ausgewählt und anhand eines Leitfadens interviewt, um mehr Einblick in die Lebenssituationen und Probleme von Pensionisten zu gewinnen. Das vierte Interview wurde mit einer Psychologin geführt, die aufgrund ihrer langjährigen Tätigkeit in diversen Senioreneinrichtungen in einer Großstadt als Expertin gelten konnte. Diese Gespräche wurden auf Tonband aufgezeichnet und anschließend transkribiert.

Das Hauptaugenmerk lag aber auf der im Mai und Juni 2002 durchgeführten empirischen Erhebung bei oberösterreichischen Pensionsbeziehern. Diese wurde mittels standardisierten Fragebogens durchgeführt. Die Grundgesamtheit der quantitativen Untersuchung bildete die beim Hauptverband der Sozialversicherungsträger vorliegenden Daten über die Bezieher einer Pension der Pensionsversicherung der Arbeiter und der Pensionsversicherung der Angestellten in Oberösterreich. Es handelt sich um einen Datensatz, bei dem alle im Laufe des Jahres 2001 vorliegenden Pensionsbezieher erfasst wurden (insgesamt 267.264 Pensionsbezieher, 109.092 Männer, 158.172 Frauen).

Die OÖGKK zog daraus eine Stichprobe von 5.631 Personen. Es handelte sich dabei um eine nach bestimmten Pensionshöhen geschichtete Zufallsstichprobe. Die Verteilung der Stichprobe auf folgende Pensionshöhen zeigt nachstehende Tabelle.

Tabelle 39.: Stichprobenverteilung (Studie 16)

<b>Pensionshöhe (netto)</b>	<b>Grundgesamtheit in %</b>	<b>Stichprobe in %</b>	<b>Fragebogen in %</b>
bis € 730.-	48,1	21,3	17,1
€ 730 – 1.450.-	45,6	42,6	38,8
€ 1.451 – 1.820.-	6,0	21,3	34,4
über € 1.821	0,3	14,8	9,7
	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

Quelle: Wukounig 2002: 66

Die tatsächliche Aussendung an Fragebögen betrug 4.200 Stück. Davon haben 1.382 Pensionsbezieher die Bögen ausgefüllt retourniert, was einem sehr guten Rücklauf von 33 Prozent der Fragebögen entspricht.

Die demografischen Daten, die an den Beginn des Fragebogens gestellt wurden, betrafen Geschlecht, Altersgruppen, abgeschlossene Schulbildung, Tätigkeit vor dem Pensionsbezug, Pensionshöhe sowie Höhe des Familieneinkommens, Wohnort und Wohnsituation. Die Frage nach dem Einkommen wurde aufgeteilt in Pensionshöhe und Familieneinkommen.

Weitere Punkte der Erhebung betrafen Ausgleichszulage, Pflegegeldbezug und eine Reihe von medizinischen Kriterien wie Anzahl der Arztbesuche, Krankenhausaufenthalte, Medikamenteneinnahme bis hin zu Einschränkungen durch die Pensionierung und in Anspruch genommene Informationsquellen (siehe Anhang). Diese Kriterien wurden jeweils mit den soziodemografischen Merkmalen verknüpft, wodurch sich ein äußerst vielfältiges Bild der oberösterreichischen Pensionisten ergab.

Ausgehend von den Kriterien Arztbesuche, Krankenhausaufenthalte und regelmäßige Medikamenteneinnahme konnte der Gesundheitszustand der Befragten erhoben werden, weiters die Wohn- und Lebenssituation der Pensionisten. Als wesentliche Ergebnisse zu Armut konnte die positive Korrelation zwischen Gesundheitszustand und Einkommenshöhe einerseits und Gesundheitszustand und Bildungsgrad andererseits bestätigt werden. Die weibliche Altersarmut wurde nachgewiesen, der schlechte Gesundheitszustand der Bezieher einer Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension, das Nutzungsverhalten von Leistungsangeboten öffentlicher Institutionen, Informationsdefizite von sozial schwächeren Pensionisten, bis hin zur zunehmenden Belastung der sozial schwächeren Kranken durch damalige neue gesetzliche Änderungen, wie die Einführung von Ambulanzgebühren.

Bei der Diplomarbeit „Pensionsbezieher/innen und Umgang mit Krankheit“ stand nicht Armut und soziale Ausgrenzung im Vordergrund, trotzdem wurden eindeutige Zusammenhänge durch die Verknüpfung mit Pensionshöhe, Familieneinkommen und Bildungsgrad sichtbar gemacht. Kritisch anzumerken ist, dass bei der postalischen Befragung Heimplätze nicht erfasst wurden. Weiters könnte das hohe Maß an Zufriedenheit mit dem Gesundheits- und Pensionssektor darauf hindeuten, dass „Kranke“ in der Stichprobe durch die Art der Befragung in unzureichendem Ausmaß erfasst wurden.

Dass mit dieser Diplomarbeit nicht nur der Themenbereich Gesundheit, sondern auch Armut und Armutsgefährdung abgedeckt werden sollte, zeigt der Artikel mit dem Titel „Armut macht krank“ in „Soziale Sicherheit“, einer Zeitschrift der Sozialversicherung der selben Autorin im darauf folgenden Jahr, der die wesentlichen Punkte dieser Untersuchung unter dem ausdrücklichen Aspekt der Armut wiedergibt (vgl. Wukounig 2003).

### **5.3 Weitere Studien mit regionalen Bezügen**

In diesem Kapitel finden Studien Aufnahme, die einerseits aufgrund des Erscheinungsjahres, der Methodik oder des Umfangs nicht den Kriterien einer genaueren Analyse entsprachen. Andererseits enthalten sie doch Aspekte und Ergebnisse, die ein völliges Außerachtlassen als nicht gerechtfertigt erscheinen ließen. Der regionale Bezug zu Ostösterreich ist dabei, zumindest teilweise, immer gegeben.

Konkret handelt es sich um folgende Studien:

Tabelle 40.: Weitere Studien mit regionalen Bezügen zu Ostösterreich

Autor	Titel / Untertitel	Bundesland	Jahr
Maria Jahoda / Paul Lazarsfeld / Hans Zeisel	Die Arbeitslosen von Marienthal	NÖ	1933
Elisabeth Sekera	Vom Leben der ganz kleinen Leute. Sozialpolitik und Kulturanalyse am Beispiel von Hilflosenzuschussbeziehern.	NÖ	1988
Wiland Christoph Baihofer, Trägergruppe Armutsbericht Vöcklabruck	Wahrnehmen statt wegschauen. Ein Bericht über Armut im Bezirk Vöcklabruck.	OÖ	2000
Georg Wiesinger, Bundesanstalt für Bergbauernfragen	Die vielen Gesichter der ländlichen Armut. Eine Situationsanalyse zur ländlichen Armut in Ö.	KTN, OÖ, STMK	2000
Stefan Ohnmacht u.a., Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAWO)	Wohnungslos in Graz.	STMK	2004
Julia Bock-Schappelwein, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)	Arbeitslosigkeit und offene Sozialhilfe in Österreich. Eine quantitative Analyse.	BGLD, STMK, S, T, W	2004

Quelle: selbst erstellt

In weiterer Folge wird kurz auf die Studien eingegangen.

Die Studie „**Die Arbeitslosen von Marienthal**“ stellt einen Klassiker der soziologischen Forschung dar, der eine kleine niederösterreichische Gemeinde an der Grenze zum Burgenland zum Untersuchungsgegenstand machte. Darin wurden die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit mit Methoden der modernen empirischen Sozialforschung so thematisiert, dass diese Arbeit bis heute an Aktualität nichts verloren hat.

Durch Fabriksschließungen und die allgemeine Arbeitslosigkeit Anfang der 1930er Jahre waren mehr als drei Viertel der Familien des Ortes auf Arbeitslosenunterstützung angewiesen und Armut war allgegenwärtig. Jahoda, Lazarsfeld, Zeisel entdeckten als wesentliche Determinante der Arbeitslosigkeit deren Länge und die finanzielle Situation während der Arbeitslosigkeit. Sie fanden einen engen Zusammenhang zwischen finanzieller Situation und Zukunftsorientierung und differenzierten vier Haltungstypen, die unterschiedliches Verhalten und Reaktionen auf ihre Arbeitslosigkeit repräsentierten. Diese Studie wurde 1988 unter dem Titel „Einstweilen wird es Mittag oder Die Arbeitslosen von Marienthal“ von Karin Brandauer verfilmt.

In der Studie „**Vom Leben der ganz kleinen Leute 1890-1986**“ wurden Erkundigungen und Beobachtungen aus den Jahren 1981, 1984 und 1985 im Jahr 1988 in der Reihe

„Studien zur qualitativen Sozialforschung“ veröffentlicht. Die Autorin begleitete im Jahr 1981 einen medizinischen Sachverständigen und nutzte die Gelegenheit, Erkundigungen über das Schicksal von 45 Personen einzuholen, deren Antrag auf Hilflosenzuschuss abgelehnt worden war.

Geografisch bildete das Waldviertel in Niederösterreich den Schwerpunkt. Altersmäßig zählte eine Person über 90 Jahre, 13 gehörten zur Gruppe der 80-90jährigen, 23 waren zwischen 70-79 Jahre alt und nur acht Personen waren jünger. Mittels narrativer Interviews und teilnehmender Beobachtung versuchte die Autorin, möglichst viel über die Biografien, von der Lebensweise und den Lebensumständen der betroffenen Personen in Erfahrung zu bringen. Bei den Interviews wurde auf die Hilfe der Angehörigen zurückgegriffen. 1984 und 1985 wurden diejenigen, die den Zuschuss erhalten hatten, nochmals besucht und die Veränderung der Lebensumstände registriert. Armut bildete einen zentralen Ausgangspunkt der Arbeit, die sich in den Biografien der befragten Personen über Jahrzehnte hinweg abbildete. Es erfolgte eine willkürliche Auswahl über das Kriterium des abgelehnten Hilflosenzuschusses.

Diese Studie erlaubt tiefe Einblicke in persönliche Schicksale Armutsbetroffener, mit der Methode der Feldforschung wird so historische Sozialforschung greifbar. Diese Studie ist eine der wenigen Analysen zu Armut und Armutsgefährdung, die sich für das Bundesland Niederösterreich finden ließen.

Die Studie „**Wahrnehmen statt wegschauen**“ von Wiland Christoph Baihofer wurde von der Projektgruppe Armutsbericht Vöcklabruck herausgegeben und geht auf den Vöcklabrucker Armutsmarsch im Herbst 1998 zurück. Darin werden Strukturdaten, Wirtschaft, Problemlagen und Institutionen im Bezirk Vöcklabruck in Oberösterreich erhoben. Zur Beschreibung der Armut kamen neben Experteninterviews und zwei Gruppendiskussionen ein Fragebogen an alle Gemeinden, Pfarrgemeinden und Organisationen zum Einsatz. Die Rücklaufquote betrug 14 Prozent und die Informationen daraus waren nur begrenzt verwertbar. Insgesamt liegt der Schwerpunkt auf einer Darstellung der Institutionen, die mit Armut in Berührung kommen. Die Arbeit wurde als Armutsbericht veröffentlicht und als Soziologie-Diplomarbeit an der Universität Salzburg eingereicht.

Die Studie „**Die vielen Gesichter der ländlichen Armut**“ stützt sich auf explorative qualitative Erhebungen in der Steiermark, Kärnten, Oberösterreich, Niederösterreich und Salzburg. Die Ergebnisse dieser Studie basieren auf Workshops, Gruppendiskussionen

und diversen Gemeindeaktivitäten. Hauptaugenmerk lag allerdings auf Gesprächen mit Experten und Multiplikatoren, die mit der lokalen Armutssituation gut vertraut oder direkt konfrontiert waren, wie zum Beispiel Sozialarbeiter, Schuldnerberater, Caritasmitarbeiter etc. Die Auswahl der Regionen und der Interviewpersonen erfolgte dabei nicht repräsentativ. In Ostösterreich fanden Gespräche im Bezirk Amstetten (OÖ), Gruppengespräche in Voitsberg (STMK) und Diskussionsrunden in der Gemeinde Rutzenham im Bezirk Vöcklabruck (OÖ) statt.

Die Studie „**Wohnungslos in Graz**“ der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAWO) ist eine sozialwissenschaftliche Dokumentation der Sozialarbeit für wohnungslose Menschen in Graz, eine Analyse der Betreuungsangebote sowie des Strategiekonzeptes der Wohnungslosenhilfe Graz im Auftrag des Landes Steiermark und der Stadt Graz.

Ziel war es, die Stärken und Schwächen des Systems der Grazer Wohnungslosenhilfe zu untersuchen und zu erheben, welche Zielgruppen unzureichende Angebote vorfinden, damit Grundlagen für die Weiterentwicklung der Angebote zu liefern und Vorschläge für innovative Konzepte für Graz zu entwickeln. Die Methoden umfassten eine schriftliche Befragung von 23 Einrichtungen, zwei Gruppendiskussionen mit Wohnungslosen sowie Interviews mit 14 Experten der Wohnungslosenhilfe und angrenzenden Systemen (Sozialamt, Wohnungsamt, Psychiatrie, Suchtkrankenhilfe). Armut wird durch das Kriterium Wohnungslosigkeit erfasst. Das Ausmaß an Wohnungslosigkeit und Armut in der Steiermark und Graz wird über die Anzahl der bei Gericht eingebrachten Delogierungsverfahren geschätzt oder ist allenfalls über die Anzahl der bei diversen Einrichtungen untergebrachten wohnungslosen Personen grob erfassbar. Vorsichtige Vergleiche mit Österreich, der Stadt Salzburg und der Bundeshauptstadt Wien runden das Bild ab.

Die Studie „**Arbeitslosigkeit und offene Sozialhilfe in Österreich**“ war die einzige auffindbare Arbeit, die regional übergreifend auch das Burgenland erfasste. Dabei wurden Arbeitslosigkeit, Notstandshilfebezug und Sozialhilfebezug auf regionaler Ebene mit besonderem Fokus auf die Bezirke mit so genannten ida-modulen („Integration durch Arbeit“) untersucht. Die Region Oberwart im Burgenland war neben Wien, der Stadt Salzburg, Innsbruck und den steirischen Bezirken Hartberg, Knittelfeld und Voitsberg mit einem Beschäftigungsprojekt für die Reintegration von Angehörigen der Volksgruppe der Roma vertreten. Berührungspunkte zu Armut oder Armutsgefährdung ergaben sich durch die Erfassung der dauerunterstützten Personen in der offenen Sozialhilfe und den

Korrelationen zwischen Arbeitslosigkeit, Bezug der Notstandshilfe und Verweildauer in der Arbeitslosigkeit.

## 6 Zusammenfassung

Diese Arbeit hat die möglichst vollständige Erfassung, Beschreibung und Klassifikation von Studien zu Armut und Armutsgefährdung mit regionalen Bezügen zu Ostösterreich hinsichtlich eines Kriterienkataloges zum Ziel. Ostösterreich umfasste hier die österreichischen Bundesländer Burgenland, Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark.

Methodik und Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes wurden der Arbeit vorangestellt. Aufgrund dieser Einschränkungen wurden 16 Studien zu Armut in diese Arbeit aufgenommen.

Nach einer allgemeinen Einführung in die Definitionen, Konzepte, Indikatoren und Messmethoden der Armutsforschung folgte vorerst die geografische und demografische Beschreibung Ostösterreichs. Dies erschien notwendig um die Besonderheiten Ostösterreichs in einen gesamtösterreichischen Kontext zu stellen. Betrachtet wurden neben Einwohnerzahlen, Gemeindegrößen und der landwirtschaftlichen Struktur die für die Armutsforschung relevanten Größen, wie Zahl der Sozialhilfebezieher, Pensionisten und Ausgleichszulagenempfänger, Äquivalenzeinkommen und Wohnstandard.

Im Kapitel „Klassifikation der Armutsstudien“ erfolgten die Erläuterung und der Vergleich der wichtigsten Klassifikationskriterien, die bei der Analyse der hier behandelten Studien angewendet wurden. Nach den äußerst heterogenen Forschungsinhalten und Zielen der Studien folgte das Oberkriterium dieser Arbeit, die regionale Eingrenzung. Hier zeigte sich, dass die meisten Studien zu Armut in Oberösterreich durchgeführt wurden. Im Burgenland konnte dagegen keine einzige Studie zu Armut gefunden werden.

Das Kriterium „Erscheinungsjahr“ spiegelte den allgemeinen Trend in der Armutsforschung wider, nach dem Einsetzen der Armutsforschung Anfang der 1970er Jahre wuchs die Zahl der Studien in den 1980er Jahren beträchtlich, in den Jahren ab 2000 war ein weiterer Anstieg der Zahl an Armutsstudien in Ostösterreich zu beobachten.

Beim Kriterium „Erhebungszweck und Auftraggeber“ zeigte sich die hohe Zahl an Diplomarbeiten und Dissertationen zu Armut in Oberösterreich. Hier dürfte die Johannes Kepler Universität Linz mit dem Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik (Institutsvorstand Prof.

Josef Weidenholzer) eine tragende Rolle spielen, allein sechs Studien zu Armut in Oberösterreich wurden bei diesem Institut eingereicht.

Das Kriterium „Maßgrößen und Armutsdefinitionen“ spiegelt die Datenlage wider. Die meisten Studien operieren mit Sozialhilfebedürftigkeit als Maß für Armut. Einkommen als Indikator für Armut und Armutsgefährdung wird dagegen nur in fünf Studien herangezogen. Wohnen als Indikator kommt in vier Studien vor.

Die Datenherkunft gibt Auskunft über die Armutsannahmen. Meist werden Daten über Sozialhilfe oberösterreichischer Kommunen herangezogen. Die Oberösterreichische Gebietskrankenkasse (OÖGKK) stellt ebenfalls ihre Datenbestände im Rahmen einer Forschungsplattform zur Verfügung, was ein weiteres Indiz für die hohe Zahl an Studien aus Oberösterreich sein könnte.

Die Erhebungsmethoden der analysierten Studien divergieren sehr. Bis zu drei Datengewinnungsmethoden werden pro Studie eingesetzt. Am meisten werden Fragebögen als Erhebungsinstrument eingesetzt, gefolgt von der Analyse sekundärer Daten und Experteninterviews. Die meisten Studien verfolgen eine querschnittsorientierte Betrachtungsweise, nur zwei Studien verschreiben sich einer echten Längsschnittbetrachtung von Armutsverläufen. Die Erhebung von quantitativen Aspekten liegt bei den hier behandelten Studien im Vordergrund.

Die Grundgesamtheiten der analysierten Studien reichten von 88 abgelehnten Sozialhilfesantragstellern in Linz bis zu über eine Million Versicherter bei der Oberösterreichische Gebietskrankenkasse (OÖGKK). Bei entsprechend geringen Grundgesamtheiten konnte eine Gesamterhebung durchgeführt werden.

Die zufällige Stichprobenauswahl der Studien umfasste die Normalform wie Auslosen und Sonderformen, wie mehrstufige Auswahlverfahren oder Klumpenauswahlverfahren. Bei nicht zufälligen Auswahlverfahren erfolgte die Auswahl willkürlich oder bewusst, meist anhand typischer Fälle. Die Umfänge der Stichproben der Haupterhebungen reichten dabei von sieben typischen Fällen bis zu über 44.000 Rezeptgebührenbefreiten in ganz Oberösterreich. Zwei Drittel der Studien versuchten, auf eine statistisch repräsentative Größe der Stichprobe zu kommen.

Im Kapitel „Analyse der Armutsstudien“ erfolgte die verbale Analyse und Interpretation jeder der 16 ausgewählten Studien zu Armut und Armutsgefährdung. Dabei wurde

versucht, anhand der wichtigsten Kriterien wie Art und Ziel der Studie, Autor, Forschungsinstitution, Auftraggeber, Erscheinungsjahr, Armutsannahmen, Maßgrößen für Armut und Untersuchungsdesign vorzugehen. Hier fanden die Ergebnisse, wichtige Merkmale und Besonderheiten der Studien, die im Klassifikationsschema keinen Platz fanden, Beachtung. Der Versuch einer kritischen Würdigung schloss die jeweilige Studie ab.

Abschließend wurden noch einige weitere Studien zu Armut und Armutsgefährdung angeführt, die zwar keine Aufnahme in die Analyse fanden, aber trotzdem Erwähnung finden sollten.

Im Anhang erfolgte die vollständige Auflistung aller angewendeten Kriterien und der Merkmalsausprägungen für jede analysierte Studie. Die Bereiche, die die Ergebnisse betrafen, wurden ebenfalls in Tabellenform angeführt.

Diese Diplomarbeit stellt eine Bestandsaufnahme von Studien zu Armut und Armutsgefährdung mit regionalen Bezügen zu Ostösterreich dar. Erfassung und Bestandsaufnahme von Armut bilden nur den ersten Schritt, Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut wären die logische Konsequenz. Diese Arbeit versucht einen kleinen Beitrag dazu zu leisten, bestenfalls als ersten Schritt in Richtung einer systematischen und umfassenden Armutsberichterstattung in Österreich.

## 7 Literaturverzeichnis

BACHER, Johann (Hg.) (1993): Handlungsfelder kommunaler Sozialpolitik. Eine sozialwissenschaftliche Fallstudie am Beispiel der Stadt Wels. Linz.

BACHER, Johann / DORNMAYR, Helmut / SECKAUER, Hansjörg (1993): Sozialhilfe als zweites soziales Netz. In: BACHER, Johann (Hg.): Handlungsfelder kommunaler Sozialpolitik. Eine sozialwissenschaftliche Fallstudie am Beispiel der Stadt Wels. Linz, S.197-268.

BADEL, Christoph / ÖSTERLE, August (2001): Grundzüge der Sozialpolitik - Spezieller Teil: Sozialpolitik in Österreich. Wien.

BAIHOFER, Wiland (2000): Wahrnehmen statt Wegschauen. Ein Bericht über Armut im Bezirk Vöcklabruck. Vöcklabruck.

BLEYMÜLLER, Josef / GEHLERT, Günther / GÜLICHER, Herbert (2004): Statistik für Wirtschaftswissenschaftler. München.

BOCK-SCHAPPELWEIN, Julia (2004): Arbeitslosigkeit und offene Sozialhilfe in Österreich. Eine quantitative Analyse. Wien.

BUHMANN, Brigitte (1989): Armut in der reichen Schweiz. Eine verdrängte Wirklichkeit. Zürich u.a.

CZEPL, Viktor (Hg.) (1971): Das Gesicht der Armut. Eine Untersuchung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg über die Armut in den ländlichen Gebieten Salzburgs. Salzburg.

DIMMEL, Nikolaus (1989): Armutspotential zwischen Nichtanspruchnahme und Repression. In: DIMMEL, Nikolaus (Hg.): Sozialhilfe. Strukturen, Mängel, Vorschläge. Arbeit, Recht, Gesellschaft, Rechts- und sozialwissenschaftliche Schriftenreihe der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Bd. 7, S.161-189.

DORFBAUER, Dorothea (2001): „Hilfe zur Arbeit“ – eine Integrationsmöglichkeit für SozialhilfeempfängerInnen in den Arbeitsmarkt? Eine empirische Erhebung am Beispiel Sozialhilfearbeit der Stadt Linz. Diplomarbeit, Linz.

DÖRING, Diether / HANESCH, Walter / HUSTER, Ernst-Ulrich (1990): Armut als Lebenslage. Ein Konzept für Armutsberichterstattung und Armutspolitik. In: DÖRING, Diether / HANESCH, Walter / HUSTER, Ernst-Ulrich (Hg.): Armut im Wohlstand. Frankfurt am Main, S.7-27.

DORNMAYR, Helmut (1991): Offene Sozialhilfe. Zur Lebenssituation Betroffener im zweiten sozialen Netz am Beispiel der Stadt Wels. Diplomarbeit, Linz.

EBERHARTER, Veronika von (2005): Ökonomische Perspektiven der Armutsforschung in Österreich. In: SEDMAK, Clemens (Hg.): Facing Poverty. Working Papers, University of Salzburg, Poverty Research Group, S.52-58:  
<http://www.sbg.ac.at/phi/projects/start/fp4.pdf> (15.5.2005)

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2002): Europäische Sozialstatistik - Einkommen, Armut und soziale Ausgrenzung. Zweiter Bericht, Daten 1994 - 1997. Luxemburg.

GARTNER, Barbara / MÜLLNER, Annemarie (1998): Wohnsituation von Ausländer/innen in Graz. Studie im Auftrag des Ausländerbeirates der Stadt Graz. Ausschuss: Arbeit und Soziales, Celal Ünal. Graz.

GIORGI, Liana / STEINER, Hans (1997): Armut und Armutsbekämpfung in Österreich. In: Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Hg.): Bericht über die soziale Lage: Analysen und Ressortaktivitäten – Arbeitsmarkt, Arbeitswelt, Einkommen, Soziale Sicherung 1996. Wien, S.177-205.

GLATZER, Wolfgang / HÜBINGER, Werner (1990): Lebenslagen und Armut. In: DÖRING, Diether / HANESCH, Walter / HUSTER, Ernst-Ulrich (Hg.): Armut im Wohlstand. Frankfurt am Main, S.31-55.

HANESCH, Walter (1990): Unterversorgung im Bildungssystem: Das Beispiel berufliche Bildung. In: DÖRING, Diether / HANESCH, Walter / HUSTER, Ernst-Ulrich (Hg.): Armut im Wohlstand. Frankfurt am Main, S.185-205.

HAUDER, Ilse (1973): Die Wohnverhältnisse der Ausgleichszulagenbezieher in Oberösterreich. Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich in Linz, Heft 44. Linz.

HAUSER, Richard / NEUMANN, Udo (1992): Armut in der Bundesrepublik Deutschland. Die sozialwissenschaftliche Thematisierung nach dem Zweiten Weltkrieg. In: LEIBFRIED, Stephan / VOGES, Wolfgang (Hg.): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 32/1992, S.63-87.

HEITZMANN, Karin (1999): Armut und soziale Ausgrenzung: Implikationen für die Sozialpolitik? In: Kurswechsel 4/1999, S.22-30.

HOFFMANN, Dimiter / ZENTA, Kurt / HEXEL, Peter (1979): Arm sein in Österreich. Maßnahmen zur Armutsbekämpfung aus der Sicht der Betroffenen. Wien.

HÖPFL, Thomas / STELZER-ORTHOFFER, Christine / KOBER, Sonja (2000): Die bedürftige Wohlstandsgesellschaft – Politik und prekäre Lebenslagen als Armutsursachen. Linz.

HÜTTNER, Manfred / SCHWARTING, Ulf (2002): Grundzüge der Marktforschung. München, Wien.

JAHODA, Marie / LAZARSELD, Paul / ZEISEL, Hans (1960): Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch mit einem Anhang zur Geschichte der Soziographie. Allensbach, Bonn.

JORDAN, Bill (1996): A Theory of Poverty and Social Exclusion. Cambridge.

KOBER, Sonja (2001): Prekäre Armut im Wohlfahrtsstaat. Mit dem Beispiel der abgelehnten Fälle des Linzer Sozialamtes, sowie zwei Ansätzen der Armutsbekämpfung. Diplomarbeit, Linz.

KRAMMER, Norbert (1994): Die Sozialhilfe im Zeichen der Krise des Wohlfahrtsstaates. Historische Rekonstruktion, Krisenphänomene und Verarbeitungsprozesse im Bereich sozialer Sicherung auf Länder- und Gemeindeebene am Beispiel Salzburg. Diplomarbeit, Salzburg.

KROMREY, Helmut (2000): Empirische Sozialforschung. Modelle und Methoden der standardisierten Datenerhebung und Datenauswertung. Opladen.

LUTZ, Hedwig / WAGNER, Michael / WOLF, Walter (1993): Von Ausgrenzung bedroht. Struktur und Umfang der materiellen Armutsgefährdung im österreichischen Wohlfahrtsstaat der achtziger Jahre. Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik Nr.50. Wien.

MAYER, Klaus W. (1971): Lager 56. Menschen in einem Notquartier. Eine empirische Untersuchung zum Phänomen der psychosozialen Regression. Beiträge zur Sozialforschung 3/1971. Linz.

ÖBIG - Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen (2002): Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Wien.

OHNMACHT, Stefan u.a. (2004): Wohnungslos in Graz. Sozialwissenschaftliche Dokumentation der Sozialarbeit für wohnungslose Menschen in Graz, Analyse der Betreuungsangebote sowie Strategiekonzept Wohnungslosenhilfe Graz. Graz.

OÖGKK (2005): <http://www.oegkk.at> (30.6.2005)

PASS, Claudia (2001): Inanspruchnahme des Mutter-Kind-Passes. Ein Beispiel für die Wechselwirkung zwischen sozialer Lage und Gesundheit? Reihe Gesundheitswissenschaften Nr.19. Linz.

PIACHAUD, David (1992): Wie mißt man Armut? In: LEIBFRIED, Stephan / VOGES, Wolfgang (Hg.): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 32/1992, S.63-87.

PLANER, Martina / WEITZER, Barbara (1993): Wohnungslose Frauen. Entstehungsbedingungen und Verlaufsformen von Wohnungslosigkeit im weiblichen Lebenszusammenhang. Diplomarbeit, Linz.

SCHNEIDEWIND, Peter (1985): Mindestlebensstandards in Österreich. Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik Nr.11. Wien.

SECKAUER, Hansjörg (1989): Verwaltete Armut in Wels. Strukturen und Entwicklungstendenzen. Diplomarbeit, Linz.

SEKERA, Elisabeth (1988): Vom Leben der ganz kleinen Leute. 1890-1986. Sozialpolitik und Kulturanalyse am Beispiel von Hilflosenzuschussbeziehern. In: GIRTNER, Roland (Hg.): Studien zur qualitativen Sozialforschung 10. Wien, Köln.

STATISTIK AUSTRIA (2003(2005)): Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2003 in Österreich. Wien.

STATISTIK AUSTRIA (2004): Statistisches Jahrbuch Österreichs 2005.

STEIERMÄRKISCHE LANDESREGIERUNG (Hg.) (1979): Armut in der Wohlstandsgesellschaft. Zur Situation der untersten Einkommensschichten in der Steiermark. Graz.

STELZER-ORTHOFFER, Christine (1997): Armut und Zeit. Eine sozialwissenschaftliche Analyse zur Sozialhilfe. Opladen.

STROMBERGER, Gottburga (1977): Armut in der Wohlstandsgesellschaft. Unter besonderer Berücksichtigung horizontaler und vertikaler Kommunikationsstrukturen. Dissertation, Wien.

TILL-TENSCHERT, Ursula u.a. (2004): Armut und Armutsgefährdung in Österreich 2003. In: Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz - BMSGK (Hg.): Bericht über die soziale Lage 2003-2004, Ressortaktivitäten und Analysen. Wien, S.207-232.

WERTH, Beate (1991): Alte und neue Armut in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin.

WIESINGER, Georg (2000): Die vielen Gesichter der ländlichen Armut. Eine Situationsanalyse zur ländlichen Armut in Österreich. Forschungsbericht Nr.46 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.

WUKOUNIG, Monika (2002): Pensionsbezieher/innen und Umgang mit Krankheit. Diplomarbeit, Linz.

WOKOUNIG, Monika (2003): Armut macht krank. Eine empirische Untersuchung, durchgeführt an oberösterreichischen PensionsbezieherInnen. In: Soziale Sicherheit 10/2003, S.446-453.

# Anhang

## 1

<b>Titel</b>	<b>Lager 56</b>
Untertitel	Menschen in einem Notquartier
<b>Autor/en</b>	<b>Klaus W. Mayer</b>
Bundesland	Oberösterreich
Gemeinde/Region	Linz
Erscheinungsjahr	1971
Erhebungszweck	Forschungsprojekt
Universität	Johannes Kepler Universität Linz
Herausgeber	
Auftraggeber	
Durchführung	1. Institut für Soziologie der Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
Art der Studie	quantitativ / qualitativ
Betrachtungsweise	quer
<b>Ziel der Studie</b>	Messung psychosozialer Regression
<b>Armutdefinition</b>	Notlager
<b>Maßgröße für Armut</b>	Wohnverhältnisse
<b>Grundgesamtheit</b>	
Merkmale GG	Bewohner Lager 56
Größe GG	376
Datenherkunft	Magistrat der Stadt Linz
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Fragebogeninterview</b>
<b>Datengewinnung 2</b>	
<b>Datengewinnung 3</b>	
<b>Datenanalyse 1</b>	
<b>Datenanalyse 2</b>	
<b>Datenanalyse 3</b>	
<b>Stichprobe 1</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	bewusst
Herkunft der Stichprobe	Grundgesamtheit
Merkmale der Stichprobe	Haushaltsvorstand und Ehegatte
Stichprobengröße	61
Erhebungszeit	1970
Erhebungsgebiet	Lager 56, Linz
Rücklauf	
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Fragebogeninterview</b>
<b>Datenanalyse 1</b>	
<b>Ergebnisse</b>	
	1 Lagerleben
	2 Familie, Kinder, Lebensziele
	3 Geselligkeit
	4 Beruf und Freizeit
	5 Beziehungen
	6
	7
	8
	9
	10

<b>Nr.</b>	<b>2</b>
<b>Titel</b>	<b>Der subjektive und objektive Lebensrahmen alter Menschen in Niederösterreich</b>
Untertitel	Eine Untersuchung im Auftrag der Niederösterreichischen Landesregierung
<b>Autor/en</b>	
Bundesland	Niederösterreich
Gemeinde/Region	
Erscheinungsjahr	1971
Erhebungszweck	
Universität	
Herausgeber	
Auftraggeber	Niederösterreichische Landesregierung
Durchführung	Institut für empirische Sozialforschung (IFES)
Art der Studie	quantitativ
Betrachtungsweise	quer
<b>Ziel der Studie</b>	Erhebung der Lebensumstände alter Menschen in Niederösterreich
<b>Armutdefinition</b>	niedriges Haushaltseinkommen
<b>Maßgröße für Armut</b>	Haushaltseinkommen
<b>Grundgesamtheit</b>	
Merkmale GG	über 60jährige in Niederösterreich
Größe GG	
Datenherkunft	primär
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Fragebogen</b>
<b>Datengewinnung 2</b>	<b>Intensivinterview</b>
<b>Datengewinnung 3</b>	<b>Experteninterview</b>
<b>Datenanalyse 1</b>	einfache Datenaggregation
<b>Datenanalyse 2</b>	multiple Datenaggregation
<b>Datenanalyse 3</b>	
<b>Stichprobe 1</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	mehrstufig
Herkunft der Stichprobe	Grundgesamtheit
Merkmale der Stichprobe	über 60jährige in Niederösterreich
Stichprobengröße	275
Erhebungszeit	8/1970 - 2/1971
Erhebungsgebiet	Niederösterreich
Rücklauf	
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Intensivinterview</b>
<b>Datenanalyse 1</b>	
<b>Stichprobe 2</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	bewusst
Herkunft der Stichprobe	
Merkmale der Stichprobe	niederösterreichische Gemeinden
Stichprobengröße	1.146
Erhebungszeit	1970
<b>Datengewinnung 2</b>	<b>Fragebogen</b>
<b>Datenanalyse 2</b>	
<b>Stichprobe 3</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	?
Herkunft der Stichprobe	Landesfürsorgeheim, Altersheim, Krankenhaus
Merkmale der Stichprobe	Experten
Stichprobengröße	28
Erhebungszeit	8/1970 - 2/1971
<b>Datengewinnung 3</b>	<b>Experteninterview</b>
<b>Datenanalyse 3</b>	

## Ergebnisse

- 1 Beruf
- 2 Ausbildung
- 3 Wohnungsausstattung
- 4 Zufriedenheitsscore
- 5 Nachteile der Pensionierung
- 6 Interaktion im Nahmilieu
- 7 Informationsverhalten
- 8 Zeitungslesen
- 9 Einstellung gegenüber sozialpolitischen Initiativen
- 10 Störfaktoren im Altersheim
- 11 Hobby-Aktivitäten
- 12 Bücherlektüre
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20

<b>Nr.</b>	<b>3</b>
<b>Titel</b>	<b>Die Situation der Ausgleichszulagenbezieher in Oberösterreich</b>
Untertitel	Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich in Linz, Heft 44
<b>Autor/en</b>	<b>Ilse Hauder</b>
Bundesland	Oberösterreich
Gemeinde/Region	
Erscheinungsjahr	1973
Erhebungszweck	
Universität	
Herausgeber	
Auftraggeber	Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich (AK-OÖ)
Durchführung	
Art der Studie	quantitativ
Betrachtungsweise	quer
<b>Ziel der Studie</b>	Erfassung der Wohnqualität
<b>Armutsdefinition</b>	Ausgleichszulage zur Arbeiter- und Angestelltenpension
<b>Maßgröße für Armut</b>	Wohnkosten
<b>Grundgesamtheit</b>	
Merkmale GG	Ausgleichszulagenbezieher in Oberösterreich
Größe GG	60.000
Datenherkunft	Pensionsversicherungsanstalt (PVA)
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Fragebogen</b>
<b>Datengewinnung 2</b>	<b>Begleitschreiben</b>
<b>Datenanalyse 1</b>	
<b>Datenanalyse 2</b>	
<b>Stichprobe 1</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	bewusst
Herkunft der Stichprobe	Grundgesamtheit
Merkmale der Stichprobe	Ausgleichszulagenbezieher zur Arbeiterpension in Oberösterreich
Stichprobengröße	24.400
Erhebungszeit	1973
Erhebungsgebiet	Oberösterreich
Rücklauf	10.500
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Fragebogen</b>
<b>Datenanalyse 1</b>	
<b>Stichprobe 2</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	
Herkunft der Stichprobe	Stichprobe 1
Merkmale der Stichprobe	Ausgleichszulagenbezieher zur Arbeiterpension in Oberösterreich
Stichprobengröße	150
Erhebungszeit	1973
<b>Datengewinnung 2</b>	<b>Begleitschreiben</b>
<b>Datenanalyse 2</b>	
<b>Ergebnisse</b>	
	1 Geschlecht
	2 Alter
	3 Familienstand
	4 Wohnort
	5 Benützungsverhältnis
	6 Anzahl der Personen
	7 Anzahl der Räume
	8 Ausstattung der Wohnung
	9 Wohnungsaufwand
	10 subjektive Beurteilung der Wohnverhältnisse

<b>Nr.</b>	<b>4</b>
<b>Titel</b>	<b>Armut in der Wohlstandsgesellschaft</b>
Untertitel	Zur Situation der untersten Einkommensschichten in der Steiermark
<b>Autor/en</b>	
Bundesland	Steiermark
Gemeinde/Region	
Erscheinungsjahr	1979
Erhebungszweck	
Universität	
Herausgeber	Steirische Landesregierung
Auftraggeber	Steirische Landesregierung (Sozialhilfereferat)
Durchführung	Institut für empirische Sozialforschung (IFES)
Art der Studie	quantitativ
Betrachtungsweise	quer
<b>Ziel der Studie</b>	Erfassung der Situation der untersten Einkommensschichten in der Steiermark
<b>Armutsdefinition</b>	Niedriges Einkommen und physisches und psychisches Leid
<b>Maßgröße für Armut</b>	Einkommen
<b>Grundgesamtheit</b>	
Merkmale GG	Privathaushalte in der Steiermark
Größe GG	362.117
Datenherkunft	primär
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Fragebogeninterview</b>
<b>Datengewinnung 2</b>	<b>Interview</b>
<b>Datengewinnung 3</b>	
<b>Datenanalyse 1</b>	
<b>Datenanalyse 2</b>	
<b>Datenanalyse 3</b>	
<b>Stichprobe 1</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	?
Herkunft der Stichprobe	Grundgesamtheit
Merkmale der Stichprobe	Privathaushalte in der Steiermark
Stichprobengröße	3.700
Erhebungszeit	
Erhebungsgebiet	Steiermark
Rücklauf	2.534
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Fragebogeninterview</b>
<b>Datenanalyse 1</b>	
<b>Stichprobe 2</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	bewusst
Herkunft der Stichprobe	Stichprobe 1
Merkmale der Stichprobe	Haushalte mit dem niedrigsten Einkommen
Stichprobengröße	811
Erhebungszeit	
<b>Datengewinnung 2</b>	<b>Interview</b>
<b>Datenanalyse 2</b>	
<b>Stichprobe 3</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	
Herkunft der Stichprobe	
Merkmale der Stichprobe	
Stichprobengröße	
Erhebungszeit	
<b>Datengewinnung 3</b>	
<b>Datenanalyse 3</b>	

## Ergebnisse

- 1 Einkommensstruktur
- 2 Bildung
- 3 Arbeit
- 4 Haushaltsausgaben
- 5 Wohnen
- 6 Gesundheit
- 7 Konsumausgaben
- 8 soziale Kontakte
- 9 Urlaub
- 10 Zugang zum Tagesgeschehen
- 11 Selbsteinstufung
- 12 Sozialhilfe und Zuschüsse
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20

<b>Nr.</b>	<b>5</b>
<b>Titel</b>	<b>Arm sein in Österreich</b>
Untertitel	Maßnahmen zur Armutsbekämpfung aus der Sicht der Betroffenen
<b>Autor/en</b>	<b>Dimiter Martin Hoffmann / Kurt Zenta / Peter C. Hexel</b>
Bundesland	Oberösterreich / Wien
Gemeinde/Region	Schönau in OÖ / Wien
Erscheinungsjahr	1979
Erhebungszweck	Forschungsprojekt
Universität	
Herausgeber	
Auftraggeber	
Durchführung	Europäisches Zentrum für Ausbildung und Forschung auf dem Gebiet der Sozialen Wohlfahrt
Art der Studie	qualitativ
Betrachtungsweise	quer
<b>Ziel der Studie</b>	Erfassung, Darstellung und Analyse von Armut im ländlichen Raum und im städtischen Bereich / Maßnahmenevaluation
<b>Armutdefinition</b>	subjektiv
<b>Maßgröße für Armut</b>	Selbsteinschätzung
<b>Grundgesamtheit</b>	
Merkmale GG	Bevölkerung Schönau in OÖ
Größe GG	1.700
Datenherkunft	primär
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Fragebogen</b>
<b>Datengewinnung 2</b>	<b>Intensivinterview</b>
<b>Datengewinnung 3</b>	<b>öffentliche Diskussion</b>
<b>Datenanalyse 1</b>	Protokoll
<b>Datenanalyse 2</b>	Videofilm
<b>Datenanalyse 3</b>	Tonband
<b>Stichprobe 1</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	willkürlich
Herkunft der Stichprobe	Stichprobe 3 / Grundgesamtheit
Merkmale der Stichprobe	Bevölkerung Schönau in OÖ
Stichprobengröße	?
Erhebungszeit	Herbst 1977
Erhebungsgebiet	Schönau in OÖ
Rücklauf	10%
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Fragebogen</b>
<b>Datenanalyse 1</b>	
<b>Stichprobe 2</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	bewusst
Herkunft der Stichprobe	Grundgesamtheit
Merkmale der Stichprobe	benachteiligte Personen
Stichprobengröße	13
Erhebungszeit	Herbst 1977
<b>Datengewinnung 2</b>	<b>Intensivinterview / Leitfadeninterview</b>
<b>Datenanalyse 2</b>	
<b>Stichprobe 3</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	willkürlich
Herkunft der Stichprobe	Grundgesamtheit
Merkmale der Stichprobe	Bevölkerung Schönau in OÖ
Stichprobengröße	80
Erhebungszeit	20.10.1977 und 26.10.1977
<b>Datengewinnung 3</b>	<b>öffentliche Diskussion</b>
<b>Datenanalyse 3</b>	Protokoll, Tonband

## Ergebnisse

- 1 Maßnahmenkatalog
- 2 Armutstypologie
- 3 Sozialdaten
- 4 Wohnungscheckliste
- 5 Sozialisation und Bildung
- 6 Arbeit
- 7 Einkommenssicherung, finanzielle Lage und Verschuldung
- 8 Wohnung
- 9 Gesundheit
- 10 Soziale und kommunikative Deprivation
- 11 Umgang mit Behörden, Information, Beratung
- 12 Videofilm
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20

<b>Nr.</b>	<b>6</b>
<b>Titel</b>	<b>Verwaltete Armut in Wels</b>
Untertitel	Strukturen und Entwicklungstendenzen
<b>Autor/en</b>	<b>Hansjörg Seckauer</b>
Bundesland	Oberösterreich
Gemeinde/Region	Wels
Erscheinungsjahr	1989
Erhebungszweck	Diplomarbeit
Universität	Johannes Kepler Universität Linz
Herausgeber	
Auftraggeber	
Durchführung	
Art der Studie	quantitativ
Betrachtungsweise	quer / längs (Zeitraum)
<b>Ziel der Studie</b>	Analyse der Sozialhilfestatistik für den Bezirk Wels-Stadt
<b>Armutsdefinition</b>	Sozialhilfebezug
<b>Maßgröße für Armut</b>	Sozialhilfe
<b>Grundgesamtheit</b>	
Merkmale GG	Sozialhilfebezieher im Bezirk Wels-Stadt
Größe GG	888 - 1.049
Datenherkunft	Statistisches Zentralamt
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Analyse / sekundär</b>
<b>Datengewinnung 2</b>	
<b>Datengewinnung 3</b>	
<b>Datenanalyse 1</b>	
<b>Datenanalyse 2</b>	
<b>Datenanalyse 3</b>	
<b>Stichprobe 1</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	keine
Herkunft der Stichprobe	Grundgesamtheit
Merkmale der Stichprobe	Sozialhilfebezieher im Bezirk Wels-Stadt
Stichprobengröße	
Erhebungszeit	1983 - 1988
Erhebungsgebiet	Wels-Stadt
Rücklauf	
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Analyse</b>
<b>Datenanalyse 1</b>	
<b>Ergebnisse</b>	
	1 Geschlecht
	2 Familienstand
	3 Nationalität
	4 Personenkreis
	5 Unterstütztenstatus
	6 Gründe für den Sozialhilfebezug
	7 Zahl der Empfänger
	8 Empfängerdichte
	9 Trends
	10

<b>Nr.</b>	<b>7</b>
<b>Titel</b>	<b>Offene Sozialhilfe</b>
Untertitel	Zur Lebenssituation Betroffener im zweiten Netz am Beispiel der Stadt Wels
<b>Autor/en</b>	<b>Helmut Dornmayr</b>
Bundesland	Oberösterreich
Gemeinde/Region	Wels
Erscheinungsjahr	1991
Erhebungszweck	Diplomarbeit
Universität	Johannes Kepler Universität Linz
Herausgeber	
Auftraggeber	
Durchführung	
Art der Studie	quantitativ
Betrachtungsweise	quer
<b>Ziel der Studie</b>	Analyse der offenen Sozialhilfe für den Bezirk Wels-Stadt
<b>Armutsdefinition</b>	Sozialhilfebezug
<b>Maßgröße für Armut</b>	Sozialhilfe
<b>Grundgesamtheit</b>	
Merkmale GG	Sozialhilfebezieher in Wels
Größe GG	480
Datenherkunft	Magistrat der Stadt Wels
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Analyse / sekundär</b>
<b>Datengewinnung 2</b>	<b>Analyse / sekundär</b>
<b>Datengewinnung 3</b>	<b>Aktenanalyse / sekundär</b>
<b>Datenanalyse 1</b>	eindimensional
<b>Datenanalyse 2</b>	zweidimensional
<b>Datenanalyse 3</b>	ein / zweidimensional
<b>Stichprobe 1</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	keine
Herkunft der Stichprobe	Grundgesamtheit
Merkmale der Stichprobe	Bezieher der offenen Sozialhilfe in Wels-Stadt
Stichprobengröße	480
Erhebungszeit	1989
Erhebungsgebiet	Wels-Stadt
Rücklauf	
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Analyse</b>
<b>Datenanalyse 1</b>	eindimensional
<b>Stichprobe 2</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	gesamt
Herkunft der Stichprobe	Grundgesamtheit
Merkmale der Stichprobe	Bezieher der offenen Sozialhilfe in Wels
Stichprobengröße	435
Erhebungszeit	1/1989 - 6/1989
<b>Datengewinnung 2</b>	<b>Analyse</b>
<b>Datenanalyse 2</b>	zweidimensional
<b>Stichprobe 3</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	zufällig
Herkunft der Stichprobe	Grundgesamtheit
Merkmale der Stichprobe	Sozialhilfeempfänger / andere Empfänger
Stichprobengröße	44
Erhebungszeit	1980-1990
<b>Datengewinnung 3</b>	<b>Aktenanalyse</b>
<b>Datenanalyse 3</b>	ein / zweidimensional

## Ergebnisse

- 1 Geschlecht
- 2 Alter
- 3 Familienstand
- 4 Unterstützungsart
- 5 Unterstützungsgründe
- 6 Geschlechtsspezifische Unterschiede
- 7 Unterschiede nach Familienstand
- 8 Familienstruktur
- 9 Räumliche Verteilung
- 10 Geschlechterproportion
- 11 Anzahl der Kinder und Geschwister
- 12 Nationalität
- 13 Ausbildung und Beruf
- 14 Beruf und Familienstand der Eltern
- 15 Finanzielle Lage
- 16 Wohnsituation
- 17 Gefängnisaufenthalte
- 18 Unterstützungsgründe
- 19 Unterstützungsdauer und Unterstützungshöhe
- 20 Lebensläufe

<b>Nr.</b>	<b>8</b>
<b>Titel</b>	<b>Wohnungslose Frauen</b>
Untertitel	Entstehungsbedingungen und Verlaufsformen von Wohnungslosigkeit im weiblichen Lebenszusammenhang
<b>Autor/en</b>	<b>Martina Planer / Barbara Weitzer</b>
Bundesland	Oberösterreich
Gemeinde/Region	Linz
Erscheinungsjahr	1993
Erhebungszweck	Diplomarbeit
Universität	Johannes Kepler Universität Linz
Herausgeber	
Auftraggeber	ARGE für Obdachlose
Durchführung	Martina Planer / Barbara Weitzer
Art der Studie	qualitativ
Betrachtungsweise	quer
<b>Ziel der Studie</b>	Nachzeichnen von Entstehungsbedingungen und Verlaufsformen weiblicher Obdachlosigkeit
<b>Armutsdefinition</b>	Obdachlosigkeit
<b>Maßgröße für Armut</b>	Obdachlosigkeit
<b>Grundgesamtheit</b>	
Merkmale GG	Obdachlose Frauen in Linz
Größe GG	?
Datenherkunft	primär
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Fragebogen</b>
<b>Datengewinnung 2</b>	<b>Intensivinterview / Leitfadeninterview</b>
<b>Datenanalyse 1</b>	
<b>Datenanalyse 2</b>	
<b>Stichprobe 1</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	willkürlich
Herkunft der Stichprobe	Grundgesamtheit
Merkmale der Stichprobe	Obdachlose Frauen in Linz
Stichprobengröße	7
Erhebungszeit	11/1991 - 9/1992
Erhebungsgebiet	Linz
Rücklauf	
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Fragebogen</b>
<b>Datenanalyse 1</b>	
<b>Stichprobe 2</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	bewusst
Herkunft der Stichprobe	Grundgesamtheit
Merkmale der Stichprobe	Obdachlose Frauen in Linz
Stichprobengröße	7
Erhebungszeit	11/1991 - 9/1992
<b>Datengewinnung 2</b>	<b>Intensivinterview / Leitfadengespräch</b>
<b>Datenanalyse 2</b>	
<b>Ergebnisse</b>	
	1 Lebenslauf
	2 Gesprächssituation
	3 Deutungen
	4 Problemlagen und Bewältigungsstrategien
	5 Herkunftsfamilien
	6 Familien- und Beziehungssituation
	7 Frauenrollenbilder
	8 Ökonomische Situation
	9 Wohnsituation
	10

<b>Nr.</b>	<b>9</b>
<b>Titel</b>	<b>Handlungsfelder kommunaler Sozialpolitik</b>
Untertitel	Eine sozialwissenschaftliche Fallstudie am Beispiel der Stadt Wels, Kapitel V
<b>Autor/en</b>	<b>Johann Bacher / Helmut Dornmayr / Hansjörg Seckauer</b>
Bundesland	Oberösterreich
Gemeinde/Region	Wels
Erscheinungsjahr	1993
Erhebungszweck	
Universität	Johannes Kepler Universität Linz
Herausgeber	Johann Bacher
Auftraggeber	Stadt Wels
Durchführung	
Art der Studie	qualitativ / quantitativ
Betrachtungsweise	quer
<b>Ziel der Studie</b>	Analyse der Sozialhilfe für den Bezirk Wels-Stadt
<b>Armutdefinition</b>	Sozialhilfebezug
<b>Maßgröße für Armut</b>	Sozialhilfe
<b>Grundgesamtheit</b>	
Merkmale GG	Sozialhilfeempfänger in Wels
Größe GG	1.049
Datenherkunft	Magistrat der Stadt Wels
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Analyse / sekundär (Statistik)</b>
<b>Datengewinnung 2</b>	<b>Analyse / sekundär (Hilfsblätter der Sozialhilfestatistik)</b>
<b>Datengewinnung 3</b>	<b>Aktenanalyse / sekundär</b>
<b>Datenanalyse 1</b>	
<b>Datenanalyse 2</b>	
<b>Datenanalyse 3</b>	
<b>Stichprobe 1</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	keine
Herkunft der Stichprobe	Grundgesamtheit
Merkmale der Stichprobe	Sozialhilfebezieher in Wels
Stichprobengröße	1.049
Erhebungszeit	1988
Erhebungsgebiet	Wels-Stadt
Rücklauf	
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Analyse / sekundär (Statistik)</b>
<b>Datenanalyse 1</b>	
<b>Stichprobe 2</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	gesamt
Herkunft der Stichprobe	Grundgesamtheit
Merkmale der Stichprobe	Sozialhilfeempfänger in Privathaushalten in Wels
Stichprobengröße	435
Erhebungszeit	1/1989 - 6/1989
<b>Datengewinnung 2</b>	<b>Analyse / sekundär (Hilfsblätter der Sozialhilfestatistik)</b>
<b>Datenanalyse 2</b>	
<b>Stichprobe 3</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	zufällig
Herkunft der Stichprobe	Grundgesamtheit
Merkmale der Stichprobe	Klienten Sozialamt Wels
Stichprobengröße	69
Erhebungszeit	1989
<b>Datengewinnung 3</b>	<b>Aktenanalyse</b>
<b>Datenanalyse 3</b>	

## Ergebnisse

- 1 Empfängerstruktur
- 2 Unterstützungsgründe
- 3 Räumliche Verteilung
- 4 Geschlecht
- 5 Alter
- 6 Familienstand
- 7 Problemgruppen
- 8 Merkmale der Sozialhilfeempfänger
- 9 Biografien
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20

<b>Nr.</b>	<b>10</b>
<b>Titel</b>	<b>Armut und Zeit</b>
Untertitel	Eine sozialwissenschaftliche Analyse zur Sozialhilfe
<b>Autor/en</b>	<b>Christine Stelzer-Orthofer</b>
Bundesland	Oberösterreich
Gemeinde/Region	Linz
Erscheinungsjahr	1997
Erhebungszweck	Dissertation
Universität	Johannes Kepler Universität Linz
Herausgeber	
Auftraggeber	
Durchführung	Christine Stelzer-Orthofer
Art der Studie	quantitativ
Betrachtungsweise	längs
<b>Ziel der Studie</b>	Sozialhilfebezug im Zeitablauf, Typologien
<b>Armutsdefinition</b>	Sozialhilfebezug
<b>Maßgröße für Armut</b>	Sozialhilfe
<b>Grundgesamtheit</b>	
Merkmale GG	Sozialhilfebezieher in Linz
Größe GG	10.000
Datenherkunft	Amt für soziale Angelegenheiten des Linzer Magistrats
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Aktenanalyse (Karteikarten) / sekundär</b>
<b>Datengewinnung 2</b>	<b>Aktenanalyse (Karteikarten) / sekundär</b>
<b>Datengewinnung 3</b>	
<b>Datenanalyse 1</b>	lineare Auswertung, Clusteranalyse
<b>Datenanalyse 2</b>	
<b>Datenanalyse 3</b>	
<b>Stichprobe 1</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	zufällig
Herkunft der Stichprobe	Grundgesamtheit
Merkmale der Stichprobe	Sozialhilfebezieher in Linz
Stichprobengröße	1.922
Erhebungszeit	1/1984 - 12/1993
Erhebungsgebiet	Linz
Rücklauf	
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Aktenanalyse</b>
<b>Datenanalyse 1</b>	lineare Auswertung, Clusteranalyse
<b>Stichprobe 2</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	Klumpen
Herkunft der Stichprobe	Stichprobe 1
Merkmale der Stichprobe	
Stichprobengröße	44
Erhebungszeit	1984 - 1993
<b>Datengewinnung 2</b>	<b>Aktenanalyse</b>
<b>Datenanalyse 2</b>	Analyse
<b>Stichprobe 3</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	
Herkunft der Stichprobe	
Merkmale der Stichprobe	
Stichprobengröße	
Erhebungszeit	
<b>Datengewinnung 3</b>	
<b>Datenanalyse 3</b>	

## Ergebnisse

- 1 Häufigkeit
- 2 Kontinuität
- 3 Soziodemographische Merkmale
- 4 Extremgruppenvergleich
- 5 Einflussfaktoren auf die Verlaufsmerkmale
- 6 Cluster
- 7 Ausstiegsursachen
- 8 Typologie
- 9
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20

<b>Nr.</b>	<b>11</b>
<b>Titel</b>	<b>Wohnsituation von Ausländer/innen in Graz</b>
Untertitel	Studie im Auftrag des Ausländerbeirates der Stadt Graz, Ausschuss Arbeit und Soziales
<b>Autor/en</b>	<b>Barbara Gartner / Annemarie Müllner</b>
Bundesland	Steiermark
Gemeinde/Region	Graz
Erscheinungsjahr	1998
Erhebungszweck	
Universität	
Herausgeber	
Auftraggeber	Ausländerbeirat der Stadt Graz
Durchführung	
Art der Studie	quantitativ
Betrachtungsweise	quer
<b>Ziel der Studie</b>	Erhebung der Wohnsituation von Ausländern
<b>Armutdefinition</b>	Wohnqualität von Ausländern
<b>Maßgröße für Armut</b>	Wohnverhältnisse
<b>Grundgesamtheit</b>	
Merkmale GG	Ausländer in Graz (ohne EU, USA, CAN, JAP, AUS)
Größe GG	22.176
Datenherkunft	Einwohneramt
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Fragebogeninterview</b>
<b>Datengewinnung 2</b>	
<b>Datengewinnung 3</b>	
<b>Datenanalyse 1</b>	
<b>Datenanalyse 2</b>	
<b>Datenanalyse 3</b>	
<b>Stichprobe 1</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	mehrstufig
Herkunft der Stichprobe	Grundgesamtheit
Merkmale der Stichprobe	Haushalte mit Ausländern (ohne EU, USA, CAN, JAP, AUS)
Stichprobengröße	184 Haushalte, 594 Personen
Erhebungszeit	12/1997 - 2/1998
Erhebungsgebiet	Grazer Bezirke mit mehr als 10% Ausländeranteil
Rücklauf	
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Fragebogeninterview</b>
<b>Datenanalyse 1</b>	
<b>Ergebnisse</b>	
	1 <u>Rechtssituation</u>
	2 <u>Familiensituation</u>
	3 <u>Wohnsituation</u>
	4 <u>Wohnqualität</u>
	5 Lage der Wohnung
	6 Ausstattung der Wohnung
	7 Überbelag in den Wohnungen
	8 Wohnumfeld
	9 Wohnungskosten
	10 <u>Wohnungsmarkt</u>
	11 Privater Wohnungsmarkt
	12 Geförderter Wohnungsmarkt
	13 Wohnungssuche
	14
	15

<b>Nr.</b>	<b>12</b>
<b>Titel</b>	<b>Die bedürftige Wohlstandsgesellschaft</b>
Untertitel	Politik und prekäre Lebenslagen als Armutsursachen
<b>Autor/en</b>	<b>Thomas Höpfl / Christine Stelzer-Orthofer / Sonja Kober</b>
Bundesland	Oberösterreich
Gemeinde/Region	Linz
Erscheinungsjahr	2000
Erhebungszweck	
Universität	Johannes Kepler Universität Linz
Herausgeber	ISW
Auftraggeber	
Durchführung	Sonja Kober
Art der Studie	quantitativ
Betrachtungsweise	quer
<b>Ziel der Studie</b>	Erhebung prekärer Armut
<b>Armutsdefinition</b>	abgelehnte Sozialhilfe-Antragsteller
<b>Maßgröße für Armut</b>	Sozialhilfe
<b>Grundgesamtheit</b>	
Merkmale GG	abgelehnte Sozialhilfe-Antragsteller
Größe GG	88
Datenherkunft	Sozialamt Linz
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Fragebogen</b>
<b>Datengewinnung 2</b>	<b>Interview</b>
<b>Datengewinnung 3</b>	<b>Experteninterview</b>
<b>Datenanalyse 1</b>	
<b>Datenanalyse 2</b>	
<b>Datenanalyse 3</b>	
<b>Stichprobe 1</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	gesamt
Herkunft der Stichprobe	Grundgesamtheit
Merkmale der Stichprobe	vom Linzer Sozialamt abgelehnte Fälle
Stichprobengröße	88
Erhebungszeit	1/1999 - 5/1999
Erhebungsgebiet	Linz
Rücklauf	
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Fragebogen</b>
<b>Datenanalyse 1</b>	
<b>Stichprobe 2</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	willkürlich
Herkunft der Stichprobe	Stichprobe 1
Merkmale der Stichprobe	vom Linzer Sozialamt abgelehnte Fälle
Stichprobengröße	6
Erhebungszeit	
<b>Datengewinnung 2</b>	<b>Interview</b>
<b>Datenanalyse 2</b>	
<b>Stichprobe 3</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	bewusst
Herkunft der Stichprobe	
Merkmale der Stichprobe	Mitarbeiter Abteilung Sozialhilfe
Stichprobengröße	9
Erhebungszeit	1999
<b>Datengewinnung 3</b>	<b>Experteninterview</b>
<b>Datenanalyse 3</b>	

## Ergebnisse

- 1 Geschlecht
- 2 Alter
- 3 Nationalität
- 4 Familienstand
- 5 Kinder
- 6 Wohnsituation
- 7 Erwerbsstatus
- 8 Gründe für das Ansuchen
- 9 Gründe der Ablehnung
- 10 Wohnverhältnisse
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20

<b>Nr.</b>	<b>13</b>
<b>Titel</b>	<b>Inanspruchnahme des Mutter-Kind-Passes</b>
Untertitel	Ein Beispiel für die Wechselwirkung zwischen sozialer Lage und Gesundheit?
<b>Autor/en</b>	<b>Claudia Pass</b>
Bundesland	Oberösterreich
Gemeinde/Region	
Erscheinungsjahr	2001
Erhebungszweck	Dissertation
Universität	Johannes Kepler Universität Linz
Herausgeber	Josef Weidenholzer
Auftraggeber	Oberösterreichische Gebietskrankenkasse (OÖGKK)
Durchführung	
Art der Studie	quantitativ
Betrachtungsweise	quer
<b>Ziel der Studie</b>	Überprüfung von Hypothesen zur Wechselwirkung zwischen sozialer Lage und Gesundheit
<b>Armutsdefinition</b>	soziale Lebenslage
<b>Maßgröße für Armut</b>	Haushaltseinkommen
<b>Grundgesamtheit</b>	
Merkmale GG	Karenzgeldbezieherinnen in Oberösterreich
Größe GG	
Datenherkunft	Oberösterreichische Gebietskrankenkasse (OÖGKK)
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Fragebogen</b>
<b>Datengewinnung 2</b>	<b>Intensivinterview</b>
<b>Datengewinnung 3</b>	
<b>Datenanalyse 1</b>	
<b>Datenanalyse 2</b>	
<b>Datenanalyse 3</b>	
<b>Stichprobe 1</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	zufällig
Herkunft der Stichprobe	Grundgesamtheit
Merkmale der Stichprobe	Karenzgeldbezieherinnen in Oberösterreich
Stichprobengröße	3000
Erhebungszeit	5/1999 - 9/1999
Erhebungsgebiet	Oberösterreich
Rücklauf	1.536
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Fragebogen</b>
<b>Datenanalyse 1</b>	
<b>Stichprobe 2</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	?
Herkunft der Stichprobe	Grundgesamtheit
Merkmale der Stichprobe	oberösterreichische Karenzgeldbezieherinnen
Stichprobengröße	14
Erhebungszeit	9/1998 - 11/1998
<b>Datengewinnung 2</b>	<b>Intensivinterview</b>
<b>Datenanalyse 2</b>	
<b>Stichprobe 3</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	
Herkunft der Stichprobe	
Merkmale der Stichprobe	
Stichprobengröße	
Erhebungszeit	
<b>Datengewinnung 3</b>	
<b>Datenanalyse 3</b>	

## Ergebnisse

- 1 Sozioökonomische Daten der Mutter
- 2 Sozioökonomische Daten des Partners
- 3 Anzahl und Altersstruktur der Kinder
- 4 Zufriedenheit mit zentralen Lebensbereichen im Zeitverlauf
- 5 Gesundheitszustand von Mutter und Kind im Zeitverlauf
- 6 Gesundheitsbewusstsein und Gesundheitsverhalten im Zeitverlauf
- 7 Befinden während der Schwangerschaft
- 8 Beteiligungsquote und Einstellungen zu allgemeinen Vorsorgeuntersuchungen
- 9 Verhältnis zwischen Gynäkologen und Schwangeren
- 10 Beteiligung an den Untersuchungen zum Mutter-Kind-Pass vor der Geburt
- 11 Geburt
- 12 Beteiligung an den Untersuchungen zum Mutter-Kind-Pass nach der Geburt
- 13 Einstellungen zum Mutter-Kind-Pass
- 14 Gesetzesänderung und ihre Konsequenzen
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20

<b>Nr.</b>	<b>14</b>
<b>Titel</b>	<b>"Hilfe zur Arbeit" - eine Integrationsmöglichkeit für SozialhilfeempfängerInnen in den Arbeitsmarkt?</b>
Untertitel	Eine empirische Erhebung am Beispiel Sozialhilfearbeit der Stadt Linz
<b>Autor/en</b>	<b>Dorothea Dorfbauer</b>
Bundesland	Oberösterreich
Gemeinde/Region	Linz
Erscheinungsjahr	2001
Erhebungszweck	Diplomarbeit
Universität	Johannes Kepler Universität Linz
Herausgeber	
Auftraggeber	
Durchführung	Dorothea Dorfbauer
Art der Studie	quantitativ
Betrachtungsweise	längs
<b>Ziel der Studie</b>	Untersuchung von Arbeitsmarktintegration durch Sozialhilfearbeit
<b>Armutsdefinition</b>	Sozialhilfearbeiter
<b>Maßgröße für Armut</b>	Sozialhilfe
<b>Grundgesamtheit</b>	
Merkmale GG	Sozialhilfearbeiter
Größe GG	500
Datenherkunft	Sozialamt Linz / Hauptverband der Sozialversicherungsträger
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Aktenanalyse / sekundär</b>
<b>Datengewinnung 2</b>	<b>Aktenanalyse / sekundär</b>
<b>Datengewinnung 3</b>	<b>Experteninterview</b>
<b>Datenanalyse 1</b>	Erhebungsbogen
<b>Datenanalyse 2</b>	
<b>Datenanalyse 3</b>	
<b>Stichprobe 1</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	gesamt
Herkunft der Stichprobe	Grundgesamtheit
Merkmale der Stichprobe	
Stichprobengröße	ca. 500
Erhebungszeit	1990 - 1999
Erhebungsgebiet	Linz
Rücklauf	
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Aktenanalyse (Lohnverrechnungskartei)</b>
<b>Datenanalyse 1</b>	Erhebungsbogen
<b>Stichprobe 2</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	bewusst
Herkunft der Stichprobe	Grundgesamtheit
Merkmale der Stichprobe	
Stichprobengröße	303
Erhebungszeit	1990 - 1999
<b>Datengewinnung 2</b>	<b>Aktenanalyse (Personalakt Sozialversicherungsträger)</b>
<b>Datenanalyse 2</b>	
<b>Stichprobe 3</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	
Herkunft der Stichprobe	
Merkmale der Stichprobe	Mitarbeiter Abteilung Sozialhilfearbeit
Stichprobengröße	
Erhebungszeit	
<b>Datengewinnung 3</b>	<b>Experteninterview</b>
<b>Datenanalyse 3</b>	

## Ergebnisse

- 1 Geschlecht
- 2 Alter
- 3 Familienstand
- 4 Nationalität
- 5 Behinderteneinstellung
- 6 Einsatzstellen
- 7 Stellenwechsel
- 8 Verweildauer in der Sozialhilfearbeit
- 9 Integrationseffekte bei
- 10 Zeitablauf des Arbeitsverhältnisses
- 11 einvernehmlicher Lösung
- 12 Kündigung durch den Arbeitnehmer
- 13 Entlassung und Kündigung durch den Arbeitgeber
- 14 Verweildauer an der Sozialhilfearbeitsstelle
- 15 Integrationseffekte und
- 16 Geschlecht
- 17 Nationalität
- 18 Behinderung
- 19
- 20

<b>Nr.</b>	<b>15</b>
<b>Titel</b>	<b>Soziale Ungleichheit und Gesundheit</b>
Untertitel	
<b>Autor/en</b>	<b>Elisabeth Pochobradsky / Claudia Habl / Barbara Schleicher</b>
Bundesland	Oberösterreich
Gemeinde/Region	
Erscheinungsjahr	2002
Erhebungszweck	Auftragsstudie
Universität	
Herausgeber	Bundesministerium für Gesundheit und Frauen (BMGF), Sektion IV / A/5 - Gesundheitsökonomie und Qualitätsmanagement
Auftraggeber	Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen (BMSG)
Durchführung	Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG)
Art der Studie	qualitativ / quantitativ
Betrachtungsweise	quer
<b>Ziel der Studie</b>	Erhebung sozialschichtabhängiger gesundheitlicher Ungleichheiten
<b>Armutdefinition</b>	Rezeptgebührenbefreiung
<b>Maßgröße für Armut</b>	Haushaltseinkommen
<b>Grundgesamtheit</b>	
Merkmale GG	Versicherte und Angehörige
Größe GG	1,045.182
Datenherkunft	Oberösterreichische Gebietskrankenkasse (OÖGKK)
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Analyse / sekundär</b>
<b>Datengewinnung 2</b>	<b>Experteninterview</b>
<b>Datengewinnung 3</b>	
<b>Datenanalyse 1</b>	eindimensional
<b>Datenanalyse 2</b>	
<b>Datenanalyse 3</b>	Literaturanalyse
<b>Stichprobe 1</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	bewusst
Herkunft der Stichprobe	Grundgesamtheit
Merkmale der Stichprobe	Rezeptgebührenbefreite
Stichprobengröße	44.054
Erhebungszeit	1999
Erhebungsgebiet	Oberösterreich
Rücklauf	
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Analyse / sekundär</b>
<b>Datenanalyse 1</b>	ein / zweidimensional
<b>Stichprobe 2</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	bewusst
Herkunft der Stichprobe	
Merkmale der Stichprobe	
Stichprobengröße	
Erhebungszeit	
<b>Datengewinnung 2</b>	<b>Experteninterview</b>
<b>Datenanalyse 2</b>	
<b>Stichprobe 3</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	
Herkunft der Stichprobe	
Merkmale der Stichprobe	
Stichprobengröße	
Erhebungszeit	
<b>Datengewinnung 3</b>	
<b>Datenanalyse 3</b>	Literaturanalyse

## Ergebnisse

- 1 Rezeptgebührenbefreiungen in Oberösterreich
- 2 Rezeptgebührenbefreite in Oberösterreich
- 3 Alter
- 4 Geschlecht
- 5 Herkunft
- 6 Inanspruchnahme von Allgemeinärzten und Fachärzten
- 7 Anzahl der Verordnungen
- 8 Arzneimittelausgaben
- 9 Krankheitskosten
- 10 Anzahl von Krankenständen
- 11 Krankenstandsdauer
- 12 Inanspruchnahme von Gesundenuntersuchungen
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20

<b>Nr.</b>	<b>16</b>
<b>Titel</b>	<b>Pensionsbezieher/innen und Umgang mit Krankheit</b>
Untertitel	
<b>Autor/en</b>	<b>Monika Wukounig</b>
Bundesland	Oberösterreich
Gemeinde/Region	
Erscheinungsjahr	2002
Erhebungszweck	Diplomarbeit
Universität	Johannes Kepler Universität Linz
Herausgeber	
Auftraggeber	
Durchführung	Monika Wukounig
Art der Studie	quantitativ
Betrachtungsweise	quer
<b>Ziel der Studie</b>	Erhebung der Umstände der Pensionsbezieher in Oberösterreich und Gesundheit / Krankheit
<b>Armutdefinition</b>	niedriges Einkommen
<b>Maßgröße für Armut</b>	Einkommen
<b>Grundgesamtheit</b>	
Merkmale GG	Pensionsbezieher Arbeiter und Angestellte in OÖ 2001
Größe GG	267.264
Datenherkunft	Hauptverband der Sozialversicherungsträger
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Fragebogen</b>
<b>Datengewinnung 2</b>	<b>Leitfadeninterview</b>
<b>Datengewinnung 3</b>	<b>Experteninterview</b>
<b>Datenanalyse 1</b>	
<b>Datenanalyse 2</b>	
<b>Datenanalyse 3</b>	
<b>Stichprobe 1</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	zufällig
Herkunft der Stichprobe	Grundgesamtheit
Merkmale der Stichprobe	Pensionsbezieher
Stichprobengröße	4200
Erhebungszeit	5/2002 - 6/2002
Erhebungsgebiet	Oberösterreich
Rücklauf	1.382
<b>Datengewinnung 1</b>	<b>Fragebogen</b>
<b>Datenanalyse 1</b>	
<b>Stichprobe 2</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	bewusst
Herkunft der Stichprobe	Grundgesamtheit
Merkmale der Stichprobe	Stadt / Land
Stichprobengröße	3
Erhebungszeit	
<b>Datengewinnung 2</b>	<b>Leitfadeninterview</b>
<b>Datenanalyse 2</b>	
<b>Stichprobe 3</b>	
<b>Auswahlverfahren</b>	bewusst
Herkunft der Stichprobe	
Merkmale der Stichprobe	Experte
Stichprobengröße	1
Erhebungszeit	
<b>Datengewinnung 3</b>	<b>Experteninterview</b>
<b>Datenanalyse 3</b>	

## Ergebnisse

- 1 Geschlecht
- 2 Alter
- 3 Schulbildung
- 4 Beruf vor Pensionierung
- 5 Pensionshöhe
- 6 Familieneinkommen
- 7 Wohnort
- 8 Wohnsituation
- 9 Ausgleichszulage
- 10 Pflegegeld
- 11 Arztbesuche
- 12 Krankenhausaufenthalte
- 13 Medikamenteneinnahme
- 14 Gesundheitszustand
- 15 Leistungen der OÖGKK
- 16 Inanspruchnahme von Leistungen
- 17 Einschränkungen
- 18 Inanspruchnahme von Leistungen
- 19 Informationsquellen
- 20 Hilfestellung